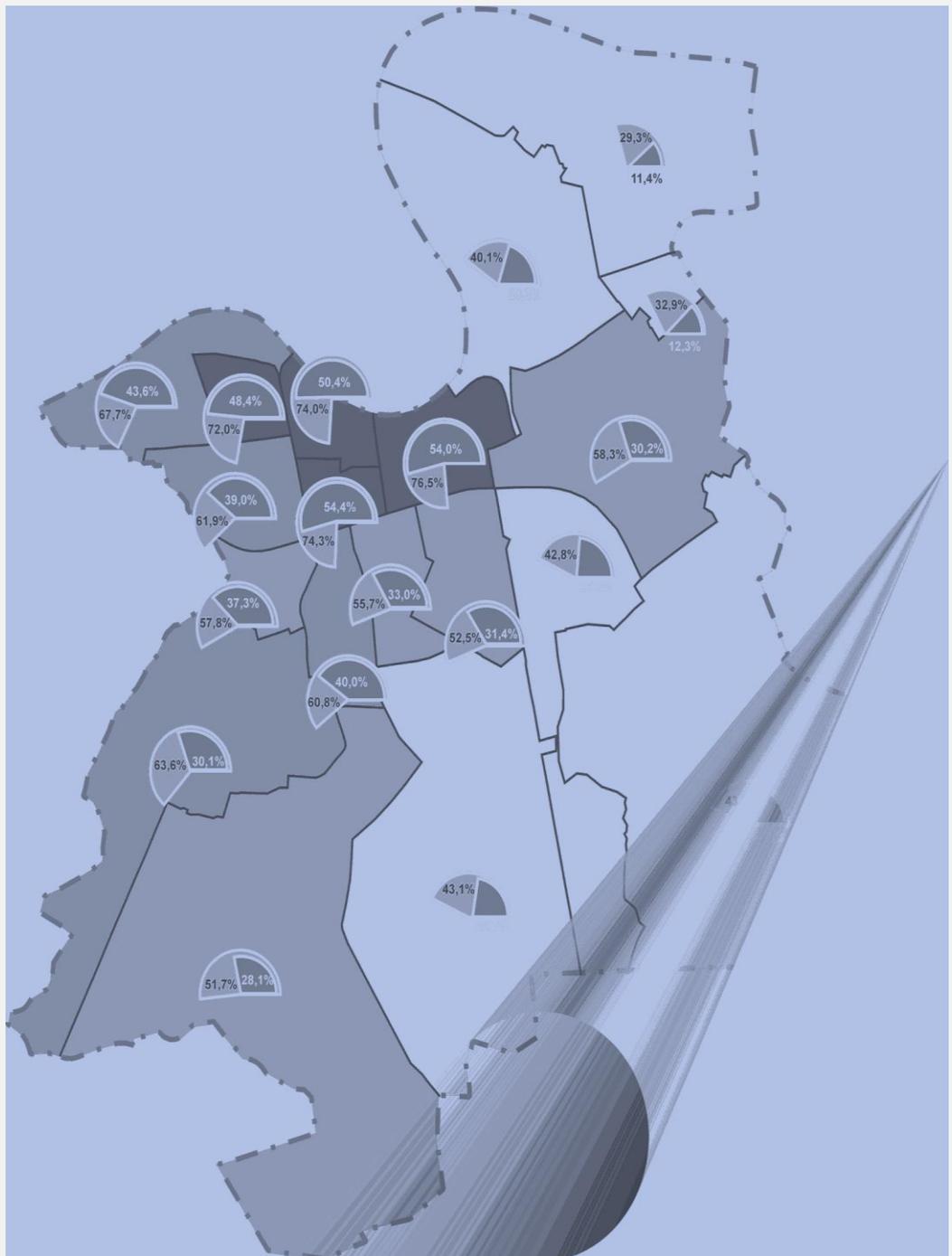


Sozialbericht 2015

Dezernat III / 81.3 Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Referat Sozialplanung

Offenbach
am Main

OF



Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

wie in den Vorjahren stellt der Sozialbericht 2015 eine Fülle von Daten zur sozialen Situation in der Stadt zusammen. Gerade für die wichtigen sozialpolitischen Fragen der Stadt ist es wichtig, die Daten zu kennen, wenn Position bezogen und Problemlösungen erarbeitet werden sollen.

Der Bericht konzentriert sich auf die Bereiche der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) und die Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch XII (SGB XII). Es wird erkennbar, dass es im Bereich des SGB II trotz einer sehr deutlichen Bevölkerungszunahme auf inzwischen rund 132 Tausend Einwohner nur einen sehr kleinen Fallzahlenanstieg gegeben hat. Die Entwicklung in Offenbach war im Jahr 2015 erkennbar günstiger als in anderen hessischen Großstädten.

Im Bereich der Grundsicherung im Alter nach dem SGB XII entwickelt sich die Fallzahl weitgehend parallel zur Bevölkerung. Das zeigt: es gibt nach wie vor großen sozialpolitischen Handlungsbedarf. Vor allem die Unterstützungsbedürftigkeit Älterer jenseits des Arbeitslebens wird zunehmend zu einem wichtigen Thema.

Wie in den früheren Berichten gibt auch der vorliegende detaillierte Aufschlüsselungen der räumlichen Verteilung von Menschen mit Unterstützungsbedarf in unserer Stadt. Nach wie vor weisen die Innenstadtbezirke in dieser Hinsicht eine besondere Belastung auf. Jedoch hat sich die soziale Situation in der Innenstadt über die letzten Jahre leicht entspannt. Auch der Unterschied zu den übrigen Stadtteilen wird in Teilen etwas geringer.

Erfreulich ist es, dass auf einem bereits sehr hohen Niveau eine weitere Steigerung der Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe durch das Jobcenter *MainArbeit* erreicht werden konnte. Hier wird im Bereich des SGB II konsequent das kommunale Angebot zahlreicher anderer integrationspolitischer Maßnahmen ergänzt.



Peter Freier
Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Inhaltsverzeichnis	1
1. Einführung	2
2. Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)	3
2.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis	3
2.2 Ergebnisse auf gesamtstädtischer Ebene	3
2.3 Entwicklung in den Bezirken der Stadt	6
2.4 Entwicklung im hessischen Vergleich	8
2.5 Bewilligte Geldleistungen im SGB II	9
2.6 Zielvereinbarungen und Zielerreichung im SGB II	10
3. Sozialhilfe (SGB XII)	11
3.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis	11
3.2 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen	11
3.3 Leistungsberechtigte innerhalb von Einrichtungen	14
3.4 Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)	14
3.5 Ausgaben im SGB XII	15
4. Leistungen für Bildung und Teilhabe	16
5. Wohnungs- und Obdachlosigkeit	18
5.1 Aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffene / ehemalige Wohnungslose mit Unterstützungsbedarf	18
5.2 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte	18
5.3 Wohnungslosigkeit wegen unzumutbarer Wohnverhältnisse / bei Zugewanderten in gesonderten Unterkünften	19
5.4 Sozialstruktur der Wohnungs- und Obdachlosigkeit	19
6. Fazit	20
7. Anhang	22
7.1 Glossar	22
7.2 Tabellen zu Kapitel 1 (Einführung)	27
7.3 Tabellen zu Kapitel 2 (SGB II)	28
7.4 Tabellen zu Kapitel 3 (SGB XII)	38
7.5 Tabellen zu Kapitel 4 (Leistungen für Bildung und Teilhabe)	41
7.6 Tabellen zu Kapitel 5 (Wohnungs- und Obdachlosigkeit)	42
7.7 Tabellen zu Kapitel 6 (Zusammenfassung)	43
7.8 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	44
7.9 Abkürzungsverzeichnis	46
Impressum	47

1. Einführung

Die Sozialberichte der *Stadt Offenbach* erscheinen in einem jährlichen Rhythmus. Der vorliegende Sozialbericht 2015 zeigt die Entwicklungen im Bereich der Leistungen nach dem Zweiten und Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende und Sozialhilfe) sowie im Bereich Bildung und Teilhabe in der *Stadt Offenbach* bis zum Dezember 2015.

Die Bevölkerung in Offenbach ist im Jahr 2015 wie in den davor liegenden fünf Jahren weiter gewachsen. Nach Angaben der kommunalen Bevölkerungsfortschreibung wohnten am 31.12.2015 über 132.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit Hauptwohnsitz in Offenbach¹. Der Anteil derjenigen ohne deutschen Pass stieg auf 36,5 Prozent, der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund auf 59,5 Prozent (vgl. Tab. 1, Tab. 3).

Das leichte Wachstum des Anteils von erwerbsfähigen Menschen an der Gesamtbevölkerung setzte sich fort – von 68,6 Prozent im Dezember 2014 auf 68,9 Prozent im Dezember 2015. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Offenbach lag am 30.09.2015 mit 47.552 Personen um 5,5 Prozent höher als im Vorjahresmonat (Hessen: plus 2,7 Prozent, vgl. Tab. 2). Eine wichtige Zielgröße von lokaler Arbeitsmarktpolitik ist die sogenannte Beschäftigungsquote; sie betrug im September 2015 53,2 Prozent und lag damit mehr als zwei Prozentpunkte über dem Dezemberwert des Vorjahres (vgl. auch Tab. 65).

Die Arbeitslosigkeit ging im Jahr 2015 leicht zurück. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen am Wohnort – betrug im Dezember 2015 10,1 Prozent. Davon befanden sich im Rechtskreis des SGB III (Versicherungssystem, Betreuung durch die *Agentur für Arbeit*) rund ein knappes Viertel (1.523 Personen) und im Rechtskreis des SGB II (Grundsicherungssystem, Betreuung durch das *Jobcenter MainArbeit*) rund drei Viertel (5.176 Personen) aller registrierten Arbeitslosen. In der etwas umfassenderen Kategorie der Unterbeschäftigung² gab es gegenüber dem Dezember des Vorjahres allerdings einen leichten Anstieg der Unterbeschäftigungsquote von 14,0 auf 14,1 Prozent. Hier konnte der Abbau der Unterbeschäftigung im Rechtskreis des SGB III (minus 149 Personen) den Anstieg im Rechtskreis des SGB II um 586 Personen nicht kompensieren (vgl. auch Tab. 23).

Insgesamt führte die fortdauernde positive wirtschaftliche Entwicklung in der Rhein-Main-Region dazu, dass im vergangenen Jahr auch der Arbeitsmarkt in Offenbach davon profitierte. Die Zahl der Leistungsberechtigten im Rechtskreis des SGB II wuchs nicht in demselben Maß wie die Offenbacher Wohnbevölkerung insgesamt; dies führte in der Folge zu einem Sinken der SGB II-Quote. Im Rechtskreis des SGB XII setzte sich der Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten für die Sozialhilfe fort.

¹ In den Bereichen, in denen zur weiteren Analyse Daten zur Bevölkerungsstruktur hinzugezogen werden, entstammen diese dem Melderegister der *Stadt Offenbach*. Diese Daten liegen für den gleichen aktuell betrachteten Zeitraum vor wie die Datenbestände aus den Bereichen SGB II und SGB XII und sind kleinräumig und strukturell tief gegliedert verfügbar. Die nach dem Zensus 2011 fortgeschriebenen Daten des *Statistischen Landesamtes Hessen* hingegen erlauben aufgrund der besonderen Erhebungsmethode des Zensus keine kleinräumige Differenzierung innerhalb der Stadt. Im Übrigen weisen die Daten des Zensus für den 30.09.2015 eine um etwa sechs Prozent niedrigere Bevölkerungszahl (121.747 Personen) aus als die Fortschreibung des Einwohnerregisters der Stadt (130.204 Personen). Für ein Festhalten an der Datenbasis der Bevölkerungsfortschreibung der Stadt gibt es keine Alternative. Es entspricht zudem der durchgängigen Praxis der Statistikämter hessischer Großstädte. Ein klarer Trend einer wachsenden Bevölkerung in Offenbach zeigt sich in beiden Datensystemen.

² Da registrierte Arbeitslosigkeit aufgrund ihrer Legaldefinition auch vom Umfang der jeweils stattfindenden Arbeitsförderungsmaßnahmen wie Qualifizierung, Arbeitsgelegenheiten, Orientierungsmaßnahmen und Trainingsmaßnahmen abhängt (die Teilnehmer werden nicht als arbeitslos gezählt), ist eine Betrachtung der umfassenderen Kategorie „Unterbeschäftigung“ sinnvoll; hier werden vor allem noch Maßnahmeteilnehmer mitgezählt.

2. Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

2.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis

Die Grundsicherung für Arbeitslose nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) umfasst ein an der Erwerbsarbeit orientiertes Fürsorgesystem für verschiedene Personengruppen. Dazu zählen u.a.

- Arbeitslose und Langzeitarbeitslose,
- Erwerbstätige mit niedrigem Einkommen (sog. „Ergänzer“),
- Absolventen von allgemeinbildenden Schulen und Hochschulen sowie mit Berufsausbildungen, die keine Ansprüche auf vorrangige Versicherungsleistungen erwerben konnten,
- Berufsrückkehrer,
- Eltern mit Erziehungspflichten,
- Bezieher von Arbeitslosengeld I (ALG I, nach dem Dritten Buch Sozialgesetzbuch [SGB III]), deren Bedarf durch diese Versicherungsleistung nicht ausreichend gedeckt ist („Aufstocker“) und
- Personen ohne Ansprüche auf ALG I nach nur kurzfristiger Beschäftigung.

Die Leistungen umfassen im Wesentlichen:

- Arbeitslosengeld II (ALG II) für erwerbsfähige Leistungsberechtigte³;
- Sozialgeld für nicht erwerbsfähige Angehörige der Bedarfsgemeinschaft (BG) von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten;
- Leistungen für Kranken- und Pflegeversicherung der Leistungsberechtigten;
- Leistungen zur Eingliederung in Erwerbsarbeit;
- Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Vom Träger der amtlichen Statistik für das SGB II, der *Bundesagentur für Arbeit (BA)*⁴ stammt der Großteil der Daten des vorliegenden Berichts. Bevölkerungsdaten auf Basis des Melderegisters kommen vom *Offenbacher Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration*.

2.2 Ergebnisse auf gesamtstädtischer Ebene

Die **Zahl der Leistungsberechtigten** stieg im Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahresmonat um 118 auf 19.802 Personen. Dies ging einher mit einem leichten Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften um 22 auf 8.868 (vgl. Abb. 1, Tab. 4).

Der Anstieg zum Jahresende 2015 basiert hauptsächlich auf einem Anstieg der Zahl der **nichtdeutschen nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten**. Ihre Zahl erhöhte sich bis Dezember 2015 um knapp neun Prozent auf 2.395 Personen. Ein Anstieg zeigt sich auch im Vergleich der *Jahresdurchschnittswerte*. Zeitgleich gab es in Offenbach ein vergleichsweise starkes Wachstum der nichtdeutschen Bevölkerung in Offenbach insgesamt von 6,5 Prozent (deutsche Bevölkerung: plus 0,2 Prozent, vgl. auch Tab. 3, Tab. 10, Tab. 11).

³ Als erwerbsfähig wird eine Person bezeichnet, die 15 Jahre und älter ist, die (Regel-)Altersgrenze noch nicht erreicht hat und mindestens drei Stunden am Tag unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes arbeiten kann. Ob die Aufnahme einer Arbeit oder die Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt vorübergehend unzumutbar ist (z.B. wegen Erziehung eines Kindes unter drei Jahren), ist hierbei ohne Belang. Mit einer erwerbsfähigen und leistungsberechtigten Person zusammen lebende, nicht erwerbsfähige Personen bilden mit dieser eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft (BG) und erhalten Sozialgeld. In einer BG können auch mehrere erwerbsfähige Personen mit ALG II-Bezug leben.

⁴ Die Geschäftsdaten der kommunalen Jobcenter werden der Statistik der BA über die normierte Schnittstelle X-Sozial gemäß § 51b Abs. 2 SGB II übermittelt. Aus diesen generiert die Statistik der BA die amtlichen Daten der SGB II-Statistik. Bei diesen Daten kann es, wie bei anderen Fachstatistiken auch, leichte Abweichungen zu Geschäftsdaten oder Haushaltsdaten der Kommune geben, da die BA-Statistik die übermittelten Daten im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrages plausibilisiert, Berichtsperioden zuordnet und mit den Daten anderer Statistikaggregat wie der Arbeitsmarkt-, Beschäftigten- und der Bevölkerungsstatistik vervollständigt. Gegenüber Daten früherer Sozialberichte ist zu beachten, dass Datenrevisionen der BA-Statistik zu vereinzelt rückwirkenden Änderungen von Eckzahlen auch für die Vorjahre führen. Beim zeitlichen Bezug der Daten gibt es Unterschiede zwischen den Daten zum SGB II der BA und denen des *Sozialamtes der Stadt Offenbach* zum SGB XII. Während die BA ihre Daten zur Mitte eines jeden Monats (zudem unterschiedlich zwischen dem elften und dem 16. Tag eines Monats) erhebt, nimmt das *Sozialamt* Daten vom Ende eines Monats (verwendet werden im vorliegenden Bericht die Daten des 31.12. eines Jahres). In der Zusammenschau der Daten entstehen dadurch unvermeidlich geringfügige Unschärfen.

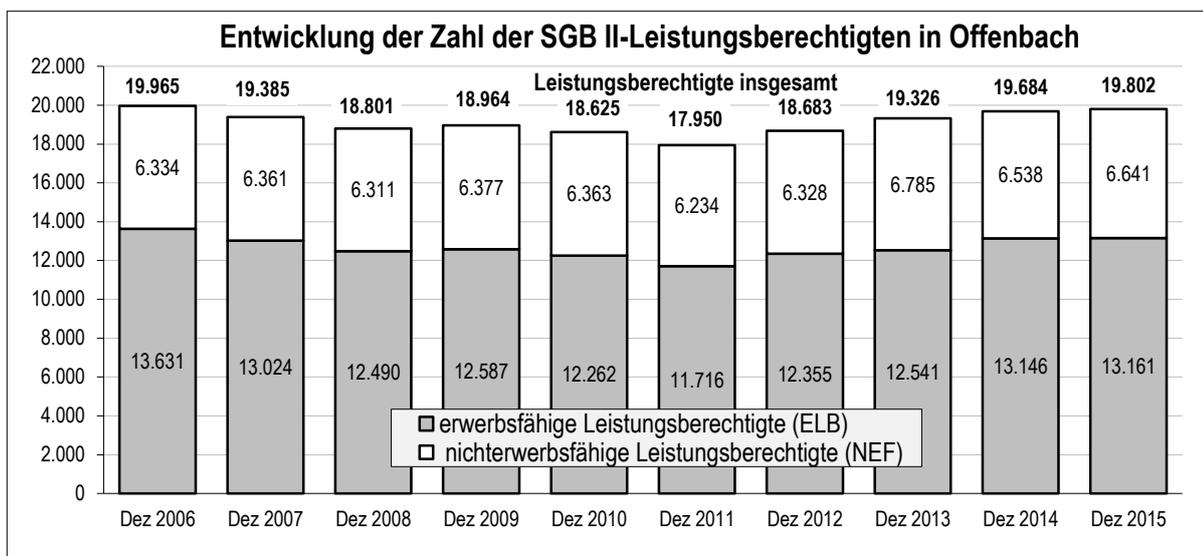


Abb. 1: Erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte in Offenbach
Quelle: BA. Darstellung Amt 81.3

Die Zahl der **nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten** insgesamt – zu fast 98 Prozent Kinder unter 15 Jahren – stieg gegenüber dem Vorjahresende um 103 auf 6.641 Personen. Alle betrachteten Altersgruppen unter den nicht erwerbsfähigen Nichtdeutschen waren im Vergleich zu den entsprechenden Altersgruppen in der Gesamtbevölkerung überdurchschnittlich im SGB II-Bezug (vgl. Tab. 12, Tab. 15).

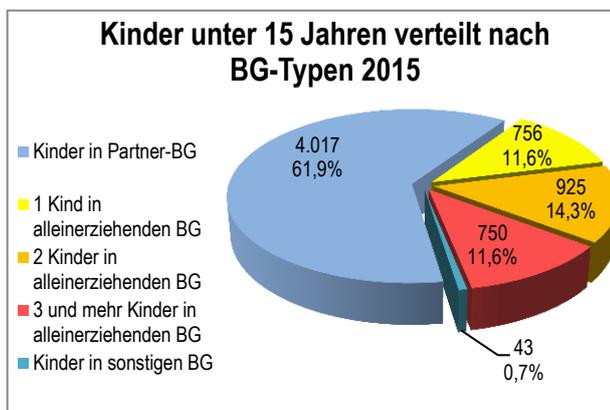


Abb. 2: Kinder unter 15 Jahren nach BG-Typen
Quelle: BA. Darstellung Amt 81.3

Wie in der Vergangenheit war etwa jedes dritte Offenbacher **Kind unter 15 Jahren** im SGB II-Bezug („NEF-Quote U15“, vgl. Tab. 13, Tab. 14). Das Wachstum der Zahl der **Bedarfsgemeinschaften mit Kindern** setzte sich wie in den vergangenen Jahren fort; mittlerweile haben über 40 Prozent der Bedarfsgemeinschaften Kinder. Der überwiegende Teil der Kinder lebt in **Partner-BG**, unter den **alleinerziehenden BG** überwiegen diejenigen mit zwei Kindern (vgl. Tab. 16 bis Tab. 19 und Abb. 2).

Bei Betrachtung der Entwicklung der **Jahresdurchschnittswerte** gab es – anders als bei Betrachtung der Jahresendwerte – einen Anstieg der Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr (und einen Rückgang bei den nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten, Tab. 5). Zur weiteren Struktur der Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten vgl. Tab. 6 bis Tab. 11.

36,5 Prozent der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten waren als **Arbeitslose⁵** registriert. Die **Arbeitslosenquote** (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) im Rechtskreis SGB II im Dezember 2015 fiel gegenüber dem Vorjahresende auf 7,9 Prozent. Die Arbeitslosenquote insgesamt, die sich aus den Teilarbeitslosenquoten in den beiden Rechtskreisen SGB II und SGB III zusammensetzt, betrug im Dezember 2015 10,1 Prozent (vgl. Tab. 23).

⁵ Seit 2006 lag die Quote der arbeitslos gezählten erwerbsfähigen Leistungsberechtigten zwischen rund 34 und 40 Prozent. Die Arbeitslosigkeit ist sehr stark von der Förderpolitik und den Fördermöglichkeiten abhängig. Sobald sich Personen z.B. in Eingliederungsmaßnahmen befinden und hierbei 15 und mehr Stunden Zeitaufwand pro Woche haben, gelten sie nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht mehr als arbeitslos.

Die **Unterbeschäftigung**⁶ im Rechtskreis SGB II stieg gegenüber dem Vorjahr erneut an und wies Ende 2015 7.679 Personen aus. Die **Unterbeschäftigungsquote** im Rechtskreis des SGB II stieg auf 11,3 Prozent (die Unterbeschäftigungsquote in beiden Rechtskreisen zusammen – SGB II und SGB III – stieg auf 14,1 Prozent, vgl. Tab. 22 und Tab. 23).

Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die Leistungen nach SGB II erhalten, weil ihr eigenes Einkommen zu gering ist („Ergänzer“), erhöhte sich im Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahresende auf knapp 3.800 Personen. Dies waren knapp 29 Prozent aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (vgl. Abb. 3, Tab. 24, Tab. 25). 93,8 Prozent der Bedarfsgemeinschaften erhielten Ende 2015 Leistungen für Unterkunft, 87 Prozent ALG II und 21 Prozent Sozialgeld als Regelleistung.⁷ (vgl. Tab. 26).

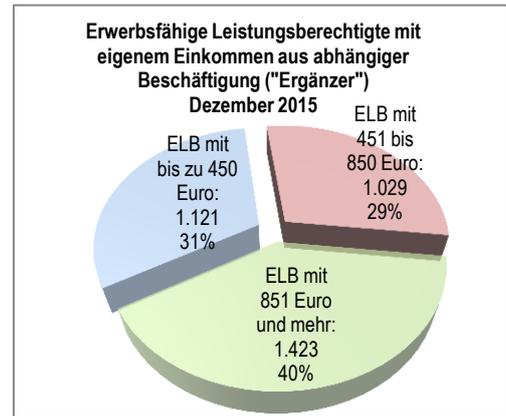


Abb. 3: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit eigenem Bruttoeinkommen („Ergänzer“) Quelle: BA. Darstellung Amt 81.3

Bei Betrachtung einzelner **Nationalitäten**⁸ fällt wie im Vorjahr das relativ stärkere Wachstum der Leistungsberechtigten unter den ost- und südosteuropäischen Nationalitäten auf. Aber auch das Wachstum der Zahl der Leistungsberechtigten aus Spanien und Portugal war überdurchschnittlich (vgl. Abb. 4, Tab. 21). Die **SGB II-Quote** sank gegenüber dem Vorjahr deutlich auf 17,9 Prozent⁹. Die durchschnittliche SGB II-Quote der nichtdeutschen Nationalitäten liegt deutlich darüber. Auffällig bleiben die hohen Quoten unter den osteuropäischen Nationalitäten; aber auch die Quoten vieler südeuropäischer Nationalitäten steigen langsam an (vgl. Abb. 5, Tab. 20).

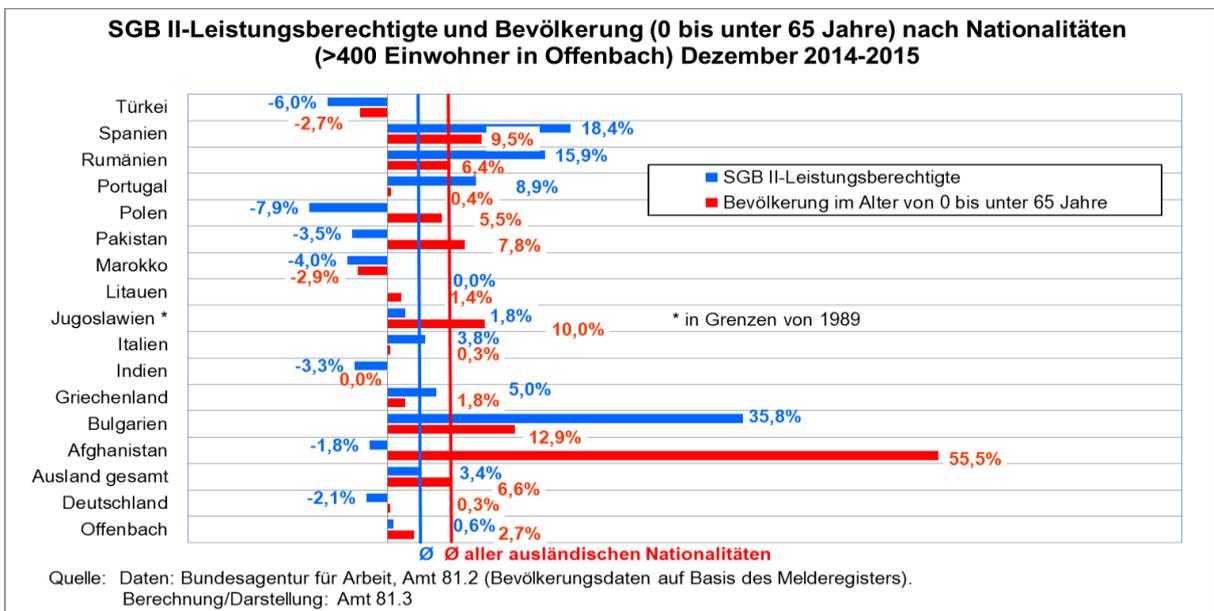


Abb. 4: Entwicklung Leistungsberechtigte und Bevölkerung nach Nationalitäten Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister Stadt Offenbach. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

⁶ Der Begriff der Unterbeschäftigung berücksichtigt neben der Arbeitslosigkeit auch Eingliederungsmaßnahmen und ist daher die umfassendere und präzisere Kategorie für die Betrachtung von Erwerbslosigkeit.

⁷ Bei den BG ohne ALG II-Bezug handelt es sich um Leistungsberechtigten, die aufgrund von anrechenbarem Einkommen keine Regelleistungen, sondern nur Leistungen für Unterkunft (LfU) beziehen. Der sehr kleine Anteil von Leistungsbeziehern ohne LfU besteht überwiegend aus Personen, die im elterlichen oder einem fremden Haushalt leben und keine eigenen Mietkosten haben.

⁸ Neu in die Zusammenstellung wurde Indien genommen, weil dessen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger seit dem Jahr 2015 mit über 400 Personen in Offenbach vertreten sind.

⁹ Die BA weist mit Bezug auf Bevölkerungszahlen des Statistischen Bundesamtes für Dezember 2015 eine SGB II-Quote von 19,9 Prozent (vgl. Tab. 57) aus. Im Unterschied zwischen den beiden Quoten kommt die immer noch große Differenz der Zensus basierten Bevölkerungszahl, mit denen die Landes- und Bundesstatistiken arbeiten, und der lokalen Bevölkerungsfortschreibung zum Ausdruck.

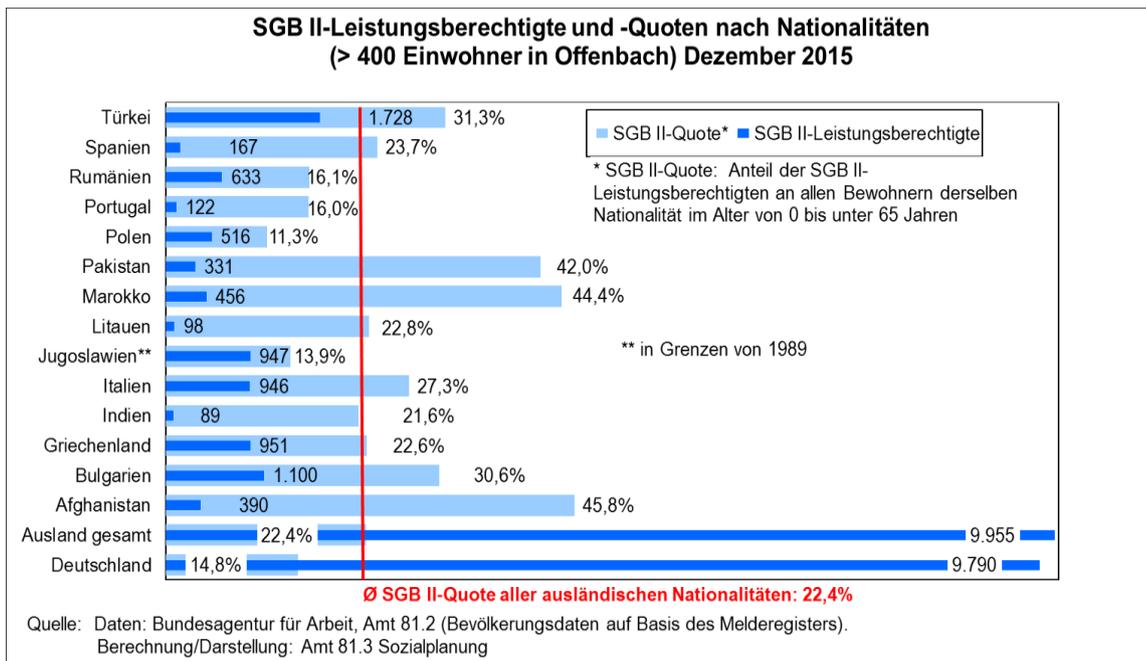


Abb. 5: SGB II-Leistungsberechtigte und Quoten nach Nationalitäten
Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister Stadt Offenbach. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

2.3 Entwicklung in den Bezirken der Stadt

Die Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten in den einzelnen Statistischen Bezirken der Stadt gegenüber dem Vorjahr blieb wie im Vorjahr uneinheitlich. Den größten absoluten und prozentualen Zuwachs verzeichnete im Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahr der innerstädtische Bezirk *Wilhelmschule*. Der Bezirk mit den meisten Bedarfsgemeinschaften (925) und Leistungsberechtigten (2224) blieb der vergleichsweise große Bezirk *Lauterborn* (vgl. Tab. 27 bis Tab. 29).

Die höchsten SGB II-Quoten wiesen wie in der Vergangenheit die nördlichen Innenstadtbezirke (sowie Lauterborn) auf. Die vergleichsweise günstige Entwicklung im Innenstadtbereich der Vorjahre hat sich gegenüber einigen außenliegenden Bezirken auch im Jahr 2015 zumindest in Teilen fortgesetzt. Die Quote des Bezirks Kaiserlei verringerte sich – vermutlich

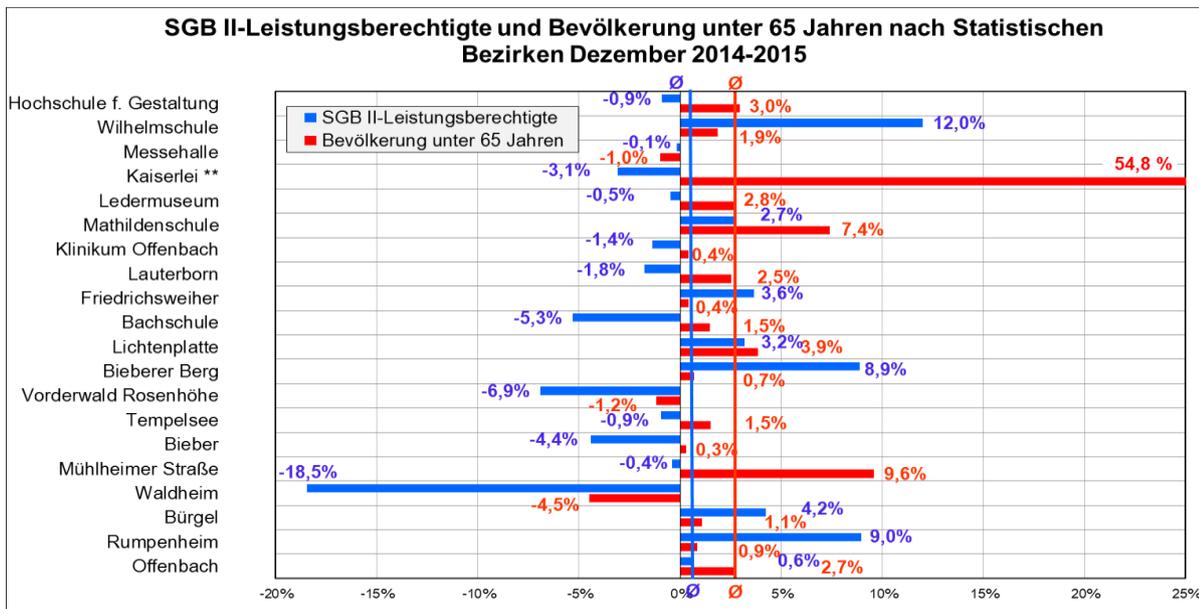
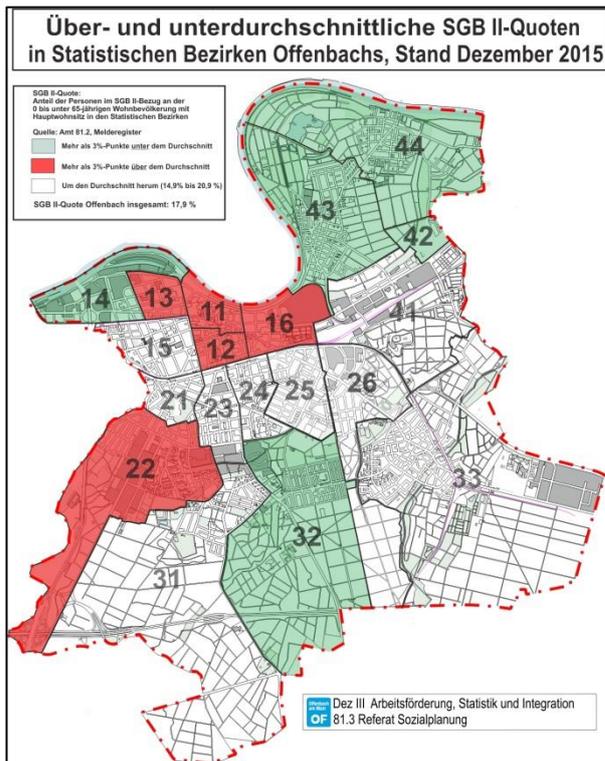


Abb. 6: Entwicklung Leistungsberechtigte / Bevölkerung unter 65 Jahren in Statistischen Bezirken
Quelle: BA. Berechnung/Darstellung Amt 81.3. **Seit dem vierten Quartal 2015 müssen sich ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber, die in einer Aufnahmeeinrichtung oder Durchgangsunterkunft wohnen, bei der zuständigen Meldebehörde anmelden. Zwei entsprechende Unterkünfte befinden sich im Stat. Bezirk Kaiserlei.



auch bedingt vor allem durch Zuzüge im neuen Wohngebiet des Hafens – deutlich (vgl. Abb. 7, Tab. 30).

Weil die räumliche Verteilung der Leistungsberechtigten im Stadtgebiet sich insgesamt uneinheitlich darstellt und es punktuell Entwicklungen gab, die dem bisherigen Verlauf zuwider liefen (z.B. nahm die Zahl der Leistungsberechtigten im Außenbezirk Bieber ab, während sie im Innenstadtbezirk Wilhelmschule zunahm), ist der Segregationsindex, der die sozialräumliche Ungleichheit innerhalb der Stadt misst, erstmals seit einigen Jahren wieder gestiegen¹⁰ (vgl. Abb. 8, Tab. 31).

Abb. 7: Über- und unterdurchschnittliche SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken

Quelle: BA, Amt 81. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

Rot = mehr als drei Prozentpunkte **über** Ø

Grün = mehr als drei Prozentpunkte **unter** Ø

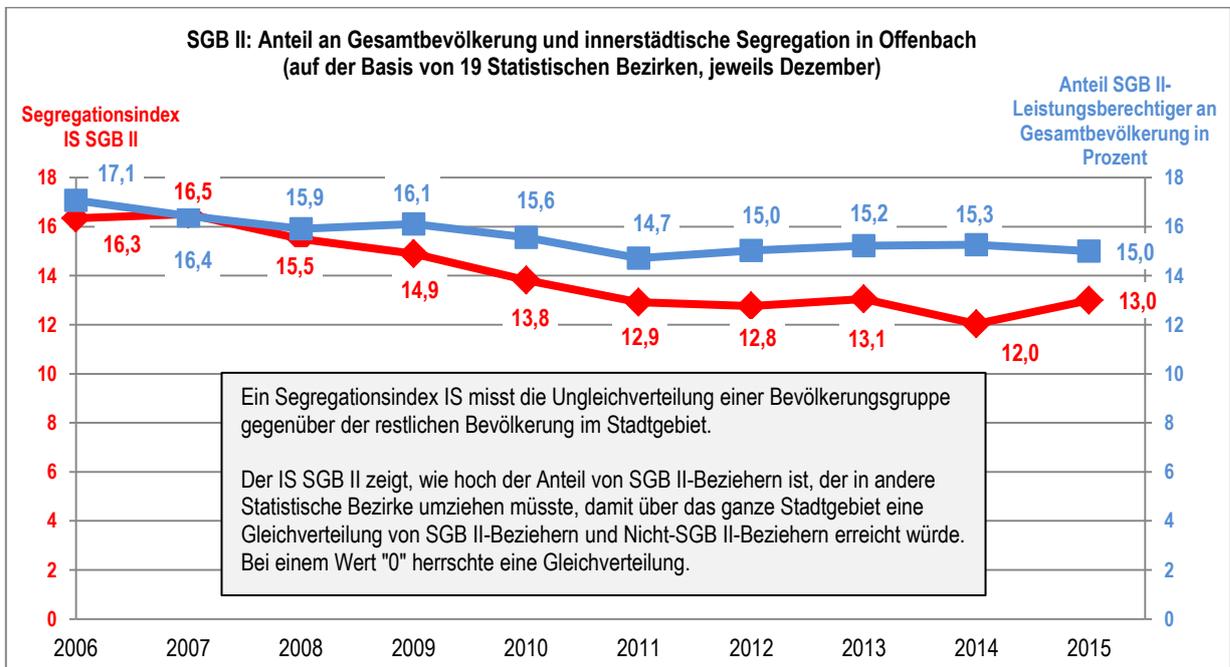


Abb. 8: Innerstädtische Segregation im Bezug von SGB II-Leistungen
Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

¹⁰ Die Betrachtung der räumlichen Ungleichverteilung (Segregation) in den Statistischen Bezirken weist auf Differenzen in der Betroffenheit von Armut und damit von Lebenslagen hin. Das statistische Maß für den Grad der Segregation der Bevölkerung bezogen auf ein bestimmtes Merkmal (hier der SGB-II-Anteil an der Gesamtbevölkerung) ist ein entsprechender Index. Ein hoher Indexwert zeigt eine hohe Ungleichverteilung, ein niedriger eine gleichmäßigere Verteilung zwischen den Stadtteilen.

2.4 Entwicklung im hessischen Vergleich

Die Entwicklung der Zahl der Leistungsberechtigten (plus 0,6 Prozent) und der Bedarfsgemeinschaften (minus 0,2 Prozent) zwischen Dezember 2014 und 2015 in Offenbach verlief positiver als im hessischen Durchschnitt. Die **durchschnittliche Personenzahl einer Bedarfsgemeinschaft** in Offenbach war über 2,2 Personen pro Bedarfsgemeinschaft hessenweit die höchste. Auch blieb Offenbach eine Stadt mit sehr hohen Anteilen von Bedarfsgemeinschaften mit mehreren Kindern. Der Anteil der ALG II beziehenden Erwerbsfähigen unter den Leistungsberechtigten blieb in Offenbach überdurchschnittlich (vgl. Abb. 9, Abb. 10, Tab. 32 bis Tab. 35).

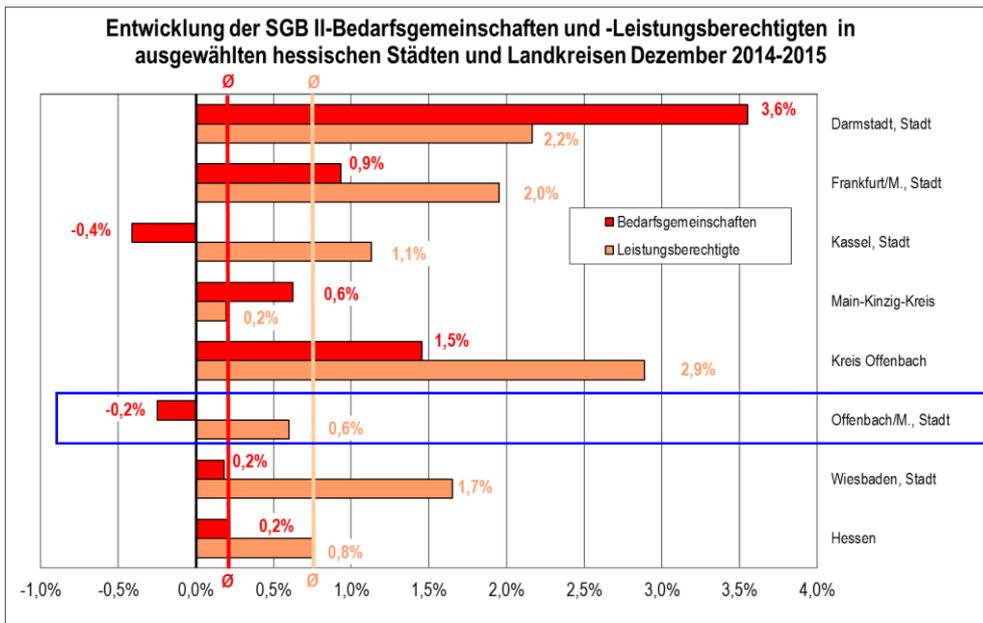


Abb. 9: Entwicklung Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen
 Quelle: BA. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

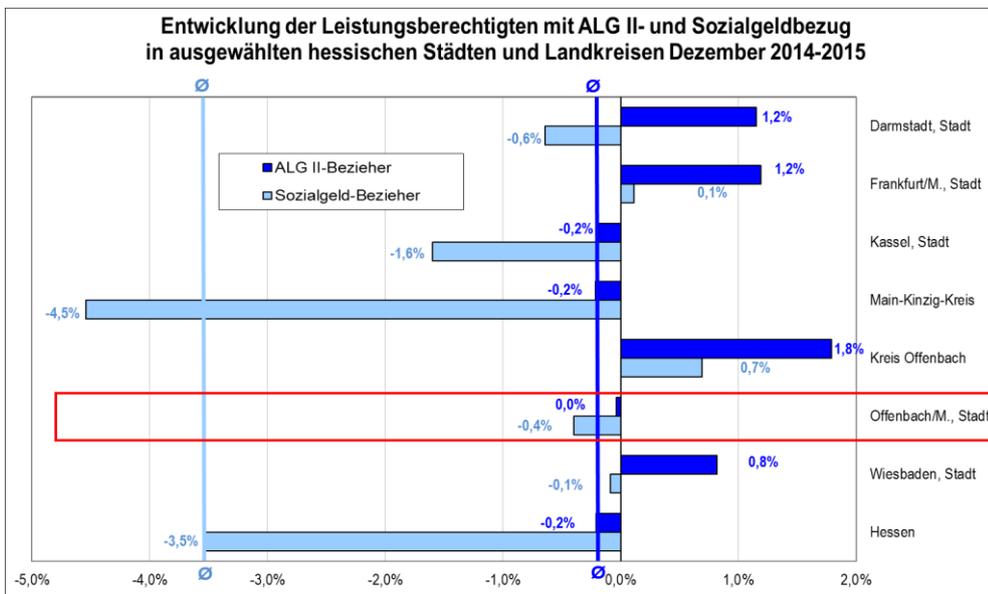


Abb. 10: Entwicklung Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Hessen
 Quelle: BA. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

2.5 Bewilligte Geldleistungen im SGB II

Die bewilligten Geldleistungen des SGB II in Offenbach lagen im Jahr 2015 bei knapp 102,9 Millionen Euro und damit 4,9 Prozent höher als im Jahr 2014. Die Hauptgründe für den Anstieg der Leistungen um 1,2 Prozent sind gestiegenen Leistungen für Unterkunft und Heizung sowie Sozialversicherungsleistungen¹¹.

Den größten Einzelposten bei den Geldleistungen bildeten mit 47 Prozent die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Eine Bedarfsgemeinschaft erhielt durchschnittlich 955 Euro pro Monat an Gesamtleistungen, die knappe Hälfte davon entfiel auf Leistungen für Unterkunft und Heizung (vgl. Abb. 11 bis Abb. 13, Tab. 36 bis Tab. 38).

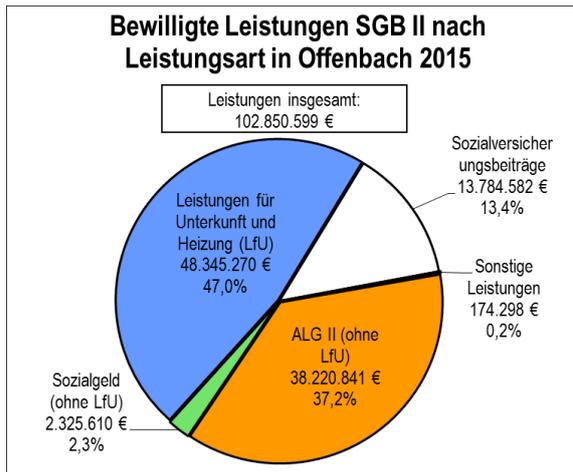


Abb. 11: SGB II: Leistungen nach Leistungsart
Quelle: BA. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

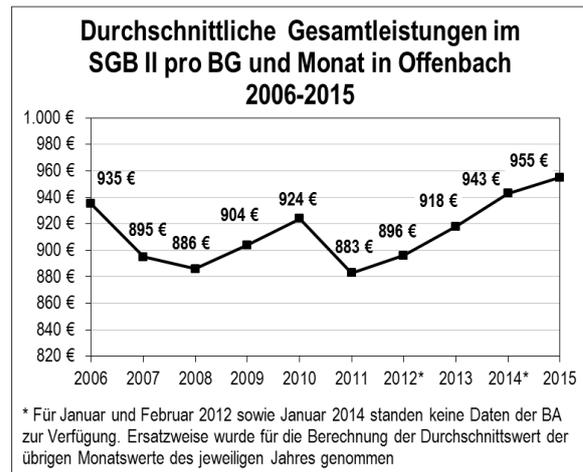


Abb. 12: Durchschnittliche monatliche Gesamtleistungen pro Bedarfsgemeinschaft
Quelle: BA. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

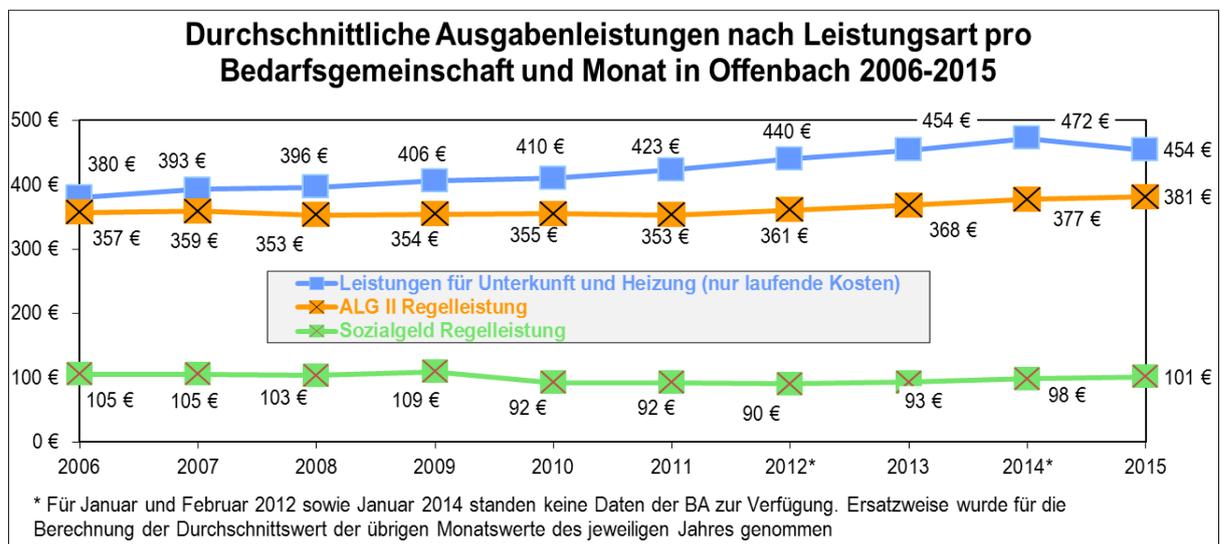


Abb. 13 Durchschnittliche Monatsleistungen nach Leistungsart pro Bedarfsgemeinschaft
Quelle: BA. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

¹¹ Wir legen in diesem Abschnitt Daten der SGB-II-Statistik der Bundesagentur für Arbeit zu Grunde. Diese bauen auf den Meldungen der Jobcenter über die Datenschnittstelle X-Sozial auf und generieren überregional vergleichbare Daten. Es handelt sich hier um Daten zu den bewilligten Leistungen im jeweiligen Bezugszeitraum. Diese können von den tatsächlichen Ausgaben abweichen, z. B. wenn Bewilligung und Auszahlung in verschiedene Zeiträume fallen oder wenn bei den Auszahlungen Aufrechnungen mit Rückforderungen vorgenommen werden. Die Daten der kassenwirksamen Ausgaben weichen deshalb von den hier dargestellten Geldgrößen ab, wenn auch stets nur in einem kleinen Umfang von drei bis vier Prozent.

2.6 Zielvereinbarungen und Zielerreichung im SGB II

Zwischen Jobcenter *MainArbeit* und *Land Hessen* wurden wie in den vorherigen Jahren auch für das Jahr 2015 gemäß § 48a SGB II Ziele vereinbart. Darüber hinaus wurden auch Zielvereinbarungen getroffen zwischen der Geschäftsführung der *MainArbeit* und der politischen Führung der *Stadt Offenbach*¹². Die Ziele lauteten:

- Ausgaben für passive Leistungen zum Lebensunterhalt (ALG II sowie Sozialgeld): Maximal 58 Millionen Euro;
- Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung: Maximal 51 Millionen Euro;
- Integration in Erwerbsarbeit: Integrationsquote von mindestens 24,3 Prozent;
- Integration in Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden: Integrationsquote von mindestens 17,5 Prozent;
- Langfristiger Leistungsbezug, gemessen an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die in den vergangenen zwei Jahren 21 oder mehr Monate im Leistungsbezug waren: Maximal ein Anstieg von 2,5 Prozent;
- Nachhaltigkeit von Integrationen, gemessen an der Integrationsquote von Aufnahmen einer Beschäftigung von mindestens zwölf Monaten Dauer: Mindestens 61 Prozent;
- Lernförderung im Rahmen von Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT): Mindestens Erreichen des Vorjahreswertes von 377 in Anspruch nehmenden Personen;
- Inanspruchnahme von BuT-Leistungen als Quote der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen an allen antrags- und leistungsberechtigten Personen: mindestens 73 Prozent;

Nahezu alle Ziele wurden erreicht oder teilweise erheblich überschritten. Nur die Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung blieben nicht im Zielkorridor, als Grund hierfür werden höhere Mieten genannt. Zu den detaillierten Ergebnissen siehe Tab. 39.

¹² Vgl. Geschäftsbericht der *MainArbeit*: <http://www.mainarbeit-offenbach.de/uploads/media/Bericht-Gesch%C3%A4ftsfuehrung.pdf> (Zugriff am 27.06.2016).

3. Sozialhilfe (SGB XII)

3.1 Ausgewertete Leistungsbereiche und Datenbasis

Das SGB XII umfasst in den Kapiteln (Kap.) 3 bis 9 die Leistungsbereiche:

- Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3);
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4);
- Hilfen in besonderen Lebenslagen. Dazu zählen:
 - Hilfen zur Gesundheit (wie vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft, Mutterschaft, bei Sterilisation, Kap. 5);
 - Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Kap. 6);
 - Hilfe zur Pflege (wie Altenheimbetreuung, Kurzzeitpflege, Hospizbetreuung, Kap. 7);
 - Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8);
 - Hilfen in anderen Lebenslagen (überwiegend einmalige Hilfen: Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe, Bestattungskosten, Kap. 9).

Die Mehrzahl der Leistungsberechtigten bezieht Leistungen **außerhalb** von Einrichtungen¹³. Leistungsbezug **innerhalb** von Einrichtungen gibt es für Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 und Kap. 8 SGB XII. Der Bereich Kapitel 8 wird hier nicht ausgewertet; die hierzu zählenden wenigen Leistungsberechtigten werden zum überwiegenden Teil vom *Landeswohlfahrtsverband* als überörtlichem Sozialhilfeträger versorgt. Der Leistungsbezug nach **Asylbewerberleistungsgesetz** (AsylbLG)¹⁴ wird am Ende dargestellt. Die folgenden Darstellungen beruhen auf Daten der Stabsstelle *Strategisches Controlling* des *Sozialamtes* der *Stadt Offenbach*¹⁵.

3.2 Leistungsberechtigte außerhalb von Einrichtungen

Ende des Jahres 2015 bekamen 3.584 Personen außerhalb von Einrichtungen Leistungen nach SGB XII. (vgl. Abb. 14, Tab. 40). Von dem erneuten Wachstum gegenüber dem Vorjahr sind alle Altersgruppen betroffen (vgl. Abb. 15, Tab. 41). Über drei Viertel aller Bedarfsgemeinschaften erhielten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Von diesen 2.800 Leistungsberechtigten erhielten 63,6 Prozent Grundsicherung wegen Alters, entsprechend 36,4 Prozent wegen Erwerbsminderung (vgl. Abb. 16, Tab. 42).

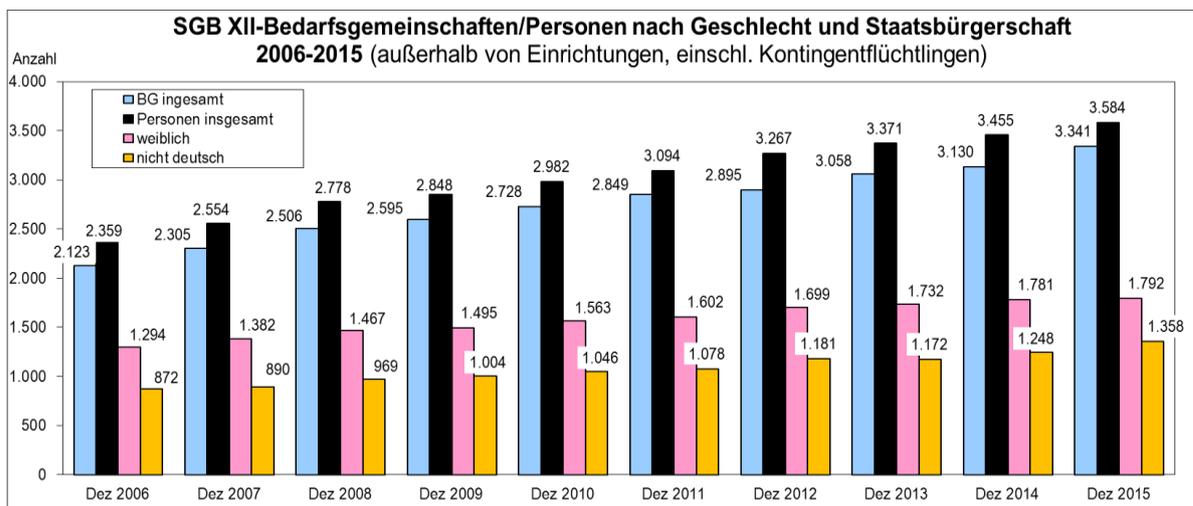


Abb. 14: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte im SGB XII
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

¹³ Einbezogen werden hierbei Kontingentflüchtlinge (siehe auch Glossar). Sie erhalten Leistungen nur nach Kap. 4 SGB XII (hier fast ausschließlich in der Grundsicherung wegen Alters).

¹⁴ § 2 AsylbLG regelt unter anderem die Mindestaufenthaltsdauer für den Bezug von Leistungen nach SGB XII. Bis Februar 2015 galt eine vierjährige Aufenthaltsdauer, seit März 2015 sind es 15 Monate.

¹⁵ Die SGB XII-Daten unterscheiden sich von den SGB II-Daten in ihrem zeitlichen Bezugspunkt: Das *Sozialamt* erhebt die SGB XII-Daten zum Ende des Monats (im vorliegenden Bericht am 31.12. eines Jahres), die *BA* erhebt die SGB II-Daten zur Mitte eines jeden Monats, und hierbei variiert der Zähltag vom elften bis zum 16. Tag eines Monats.

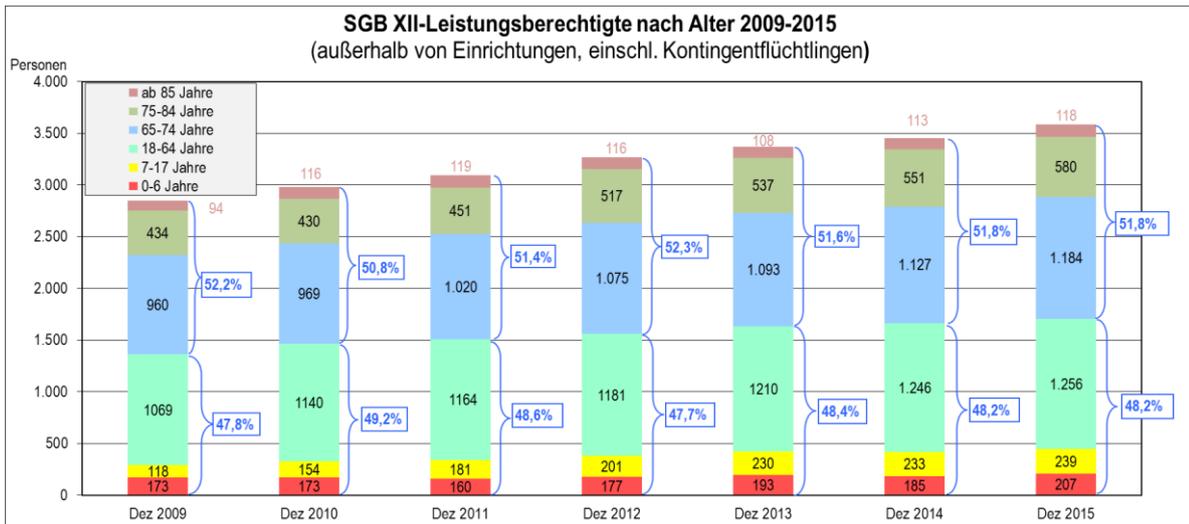


Abb. 15: Altersstruktur der Leistungsberechtigten im SGB XII

Quelle: Amt 50. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

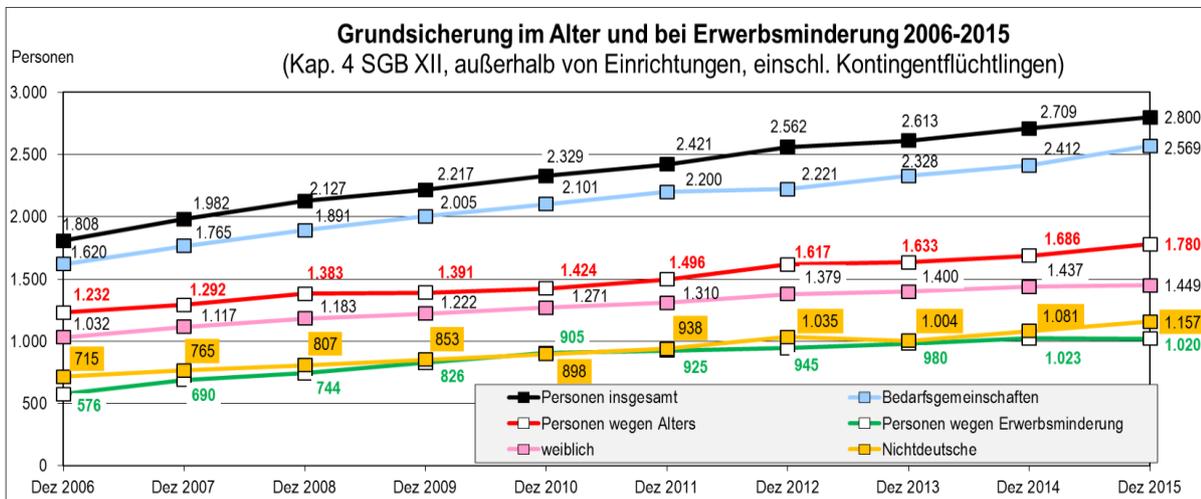


Abb. 16: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften mit **Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)** stieg gegenüber dem Vorjahreswert, die Zahl der Personen blieb konstant (vgl. Abb. 17, Tab. 43).

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigten mit **ausschließlich Hilfen in besonderen Lebenssituationen (HbL)**, (vgl. Abb. 18, Tab. 44) lag im Dezember 2015 höher als am Vorjahresende. Die Gesamtzahl der Personen mit **zusätzlich Hilfen in besonderen Lebenssituationen** (vgl. Abb. 19, Tab. 45) lag hingegen niedriger als im Dezember des Vorjahres. Hier nahmen deutlich weniger Leistungsberechtigte für die Grundsicherung zusätzliche HbL-Leistungen in Anspruch als am Vorjahresende.

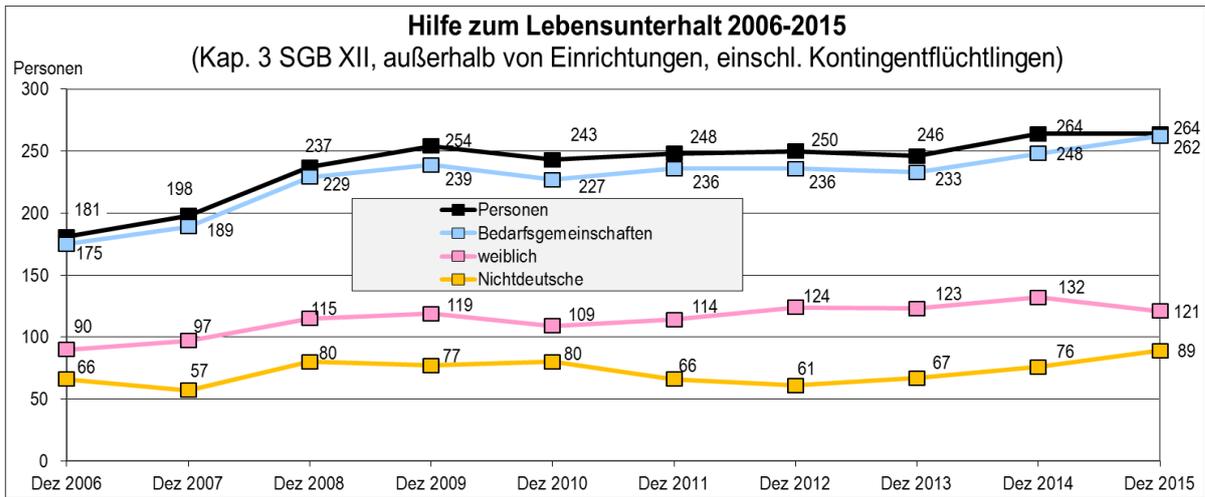


Abb. 17: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

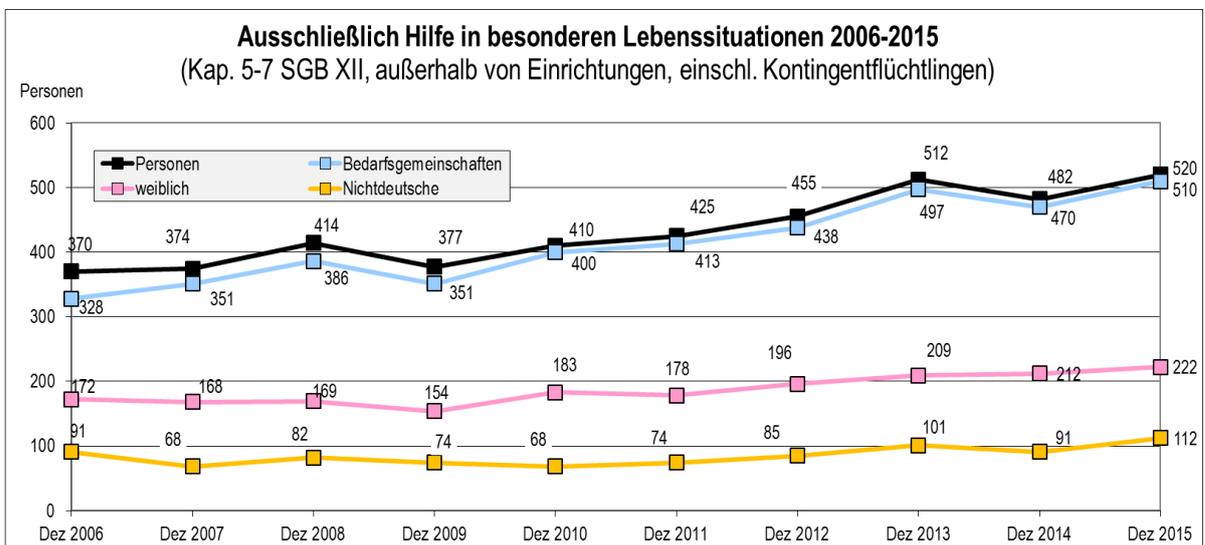


Abb. 18: Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL)
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

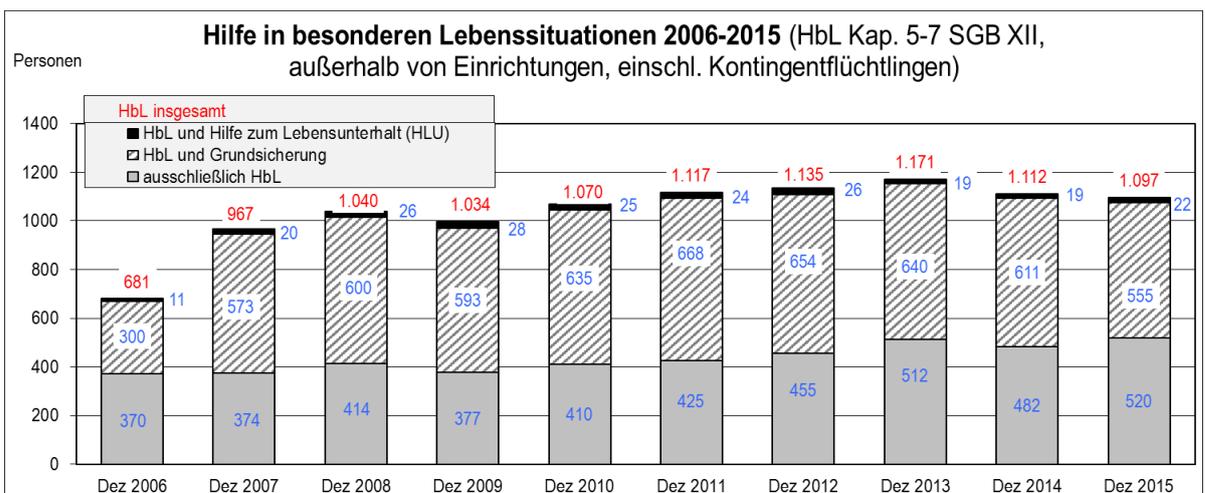


Abb. 19: Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL), mit Grundsicherung oder HLU
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

3.3 Leistungsberechtigte innerhalb von Einrichtungen

Die Zahl der Leistungsberechtigten mit Hilfe zur Pflege nach Kap. 7 SGB XII innerhalb von Einrichtungen stieg im Dezember 2015 gegenüber dem Vorjahreswert erneut an (vgl. Abb. 20, Tab. 46).

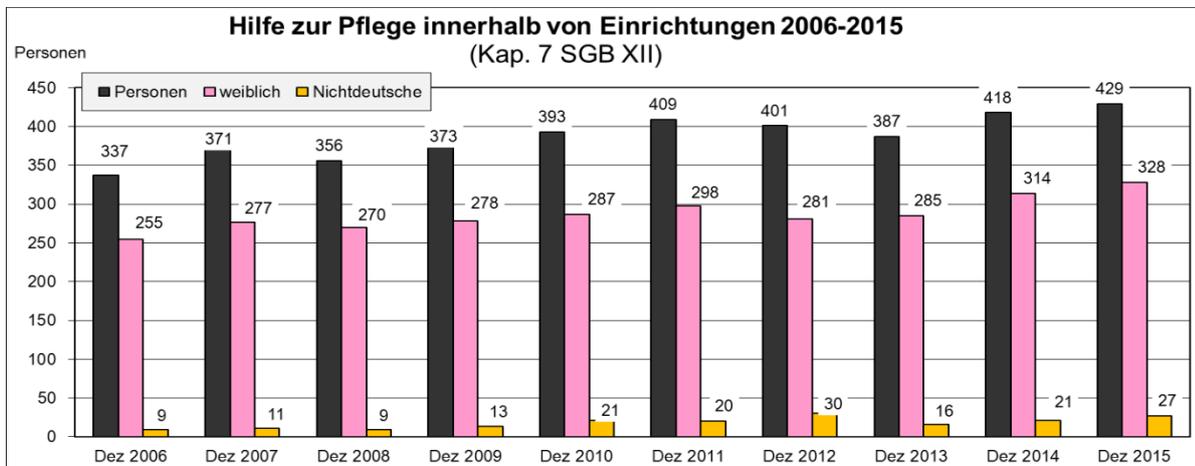


Abb. 20: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen
Quelle: Amt 50. Darstellung Amt 81.3

3.4 Leistungsberechtigte nach Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sank Ende 2015 gegenüber dem Vorjahr um etwa ein Drittel (vgl. Abb. 21, Tab. 47)¹⁶.

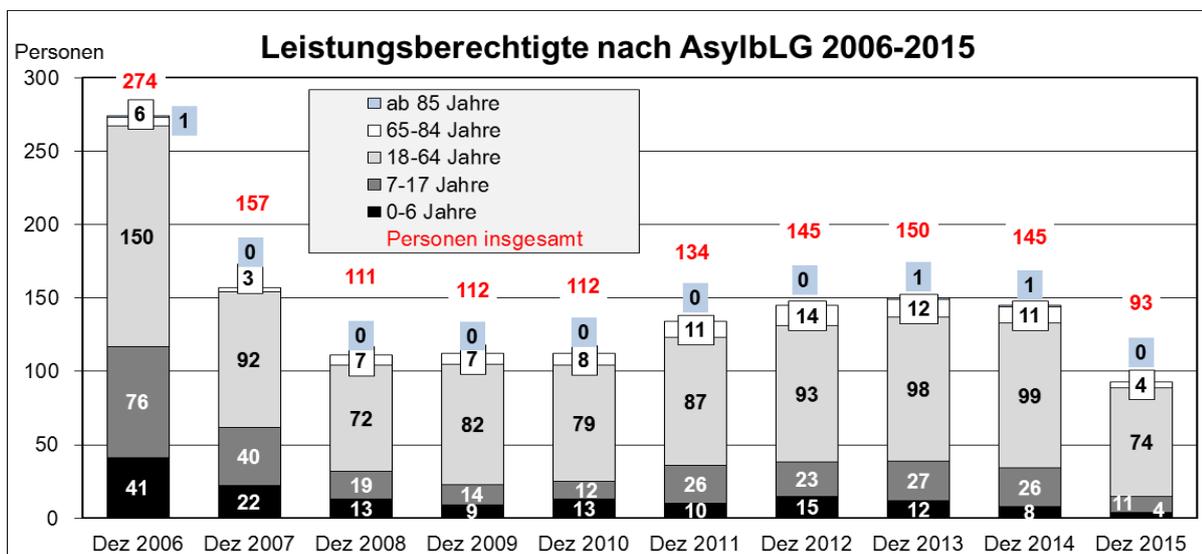


Abb. 21: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG
Quelle: Amt 50. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

¹⁶ Nach hessischem Landesaufnahmegesetz besteht für alle Kommunen grundsätzlich unter bestimmten Voraussetzungen eine Pflicht zur Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (§ 1 AufnG HE). Kreisfreien Städten und Landkreisen wird eine sogenannte Aufnahmequote zugeteilt, die sich an Einwohnerzahl und Ausländerquote der aufzunehmenden Gebietskörperschaft orientiert und bestimmt, wie hoch der Anteil der im AufnG HE definierten aufzunehmenden Personen ist. Bislang gab es geringfügige Bewegung bei den Asylbewerberzahlen in Offenbach durch Einzelfälle wie Familiennachführung. Die zwischenzeitlich zahlreichen Asylbewerber aus der neuen Erstaufnahmeeinrichtung in Offenbach schlagen sich noch nicht in der Statistik zum Leistungsbezug nieder.

3.5 Ausgaben im SGB XII

Die Ausgaben für Leistungen außerhalb von Einrichtungen (einschließlich Kontingentflüchtlings) nach Kap. 3 bis 7 und 9 SGB XII betragen im Jahr 2015 rund 33 Millionen Euro. Dies war ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent. Der Kostenanstieg betraf alle Leistungsarten. Der Anteil der Grundsicherung an den Ausgaben betrug 52,4 Prozent (vgl. Abb. 22).

Besonders die Kosten für die Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen nach Kap. 7 SGB XII stiegen um über 22 Prozent auf sechs Millionen Euro. Die Ausgaben nach AsylbLG sanken analog der geringeren Zahl der Leistungsberechtigten um über 26 Prozent auf knapp 1,2 Millionen Euro (vgl. Tab. 48 bis Tab. 53).

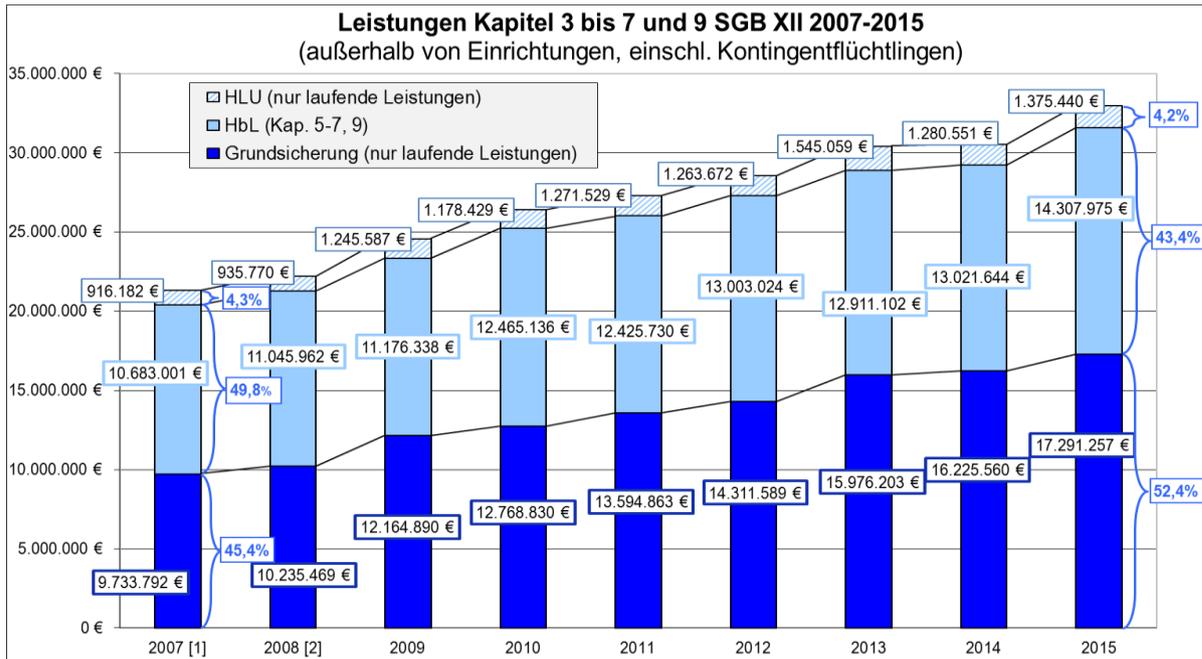


Abb. 22: Ausgaben nach Leistungsarten im SGB XII

Quelle: Amt 50. Berechnung/Darstellung Amt 81.3. [1] Rechnungsjahr 01.12.2006-30.11.2007. [2] Aufgrund der Umstellung auf Doppik errechnetes Jahr

4. Leistungen für Bildung und Teilhabe

Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) werden auf Antrag nach SGB II¹⁷, SGB XII¹⁸, Bundeskindergeldgesetz (BKGG)¹⁹ sowie AsylbLG²⁰ gewährt²¹. Im Jahr 2015 waren 6.718 Personen – fast ausschließlich nach SGB II – anspruchsberechtigt²². Über 90 Prozent erhielten eine oder mehrere Leistungen (ohne Ansprüche auf Leistungen für den Schulbedarf, vgl. Tab. 54). Bei der Inanspruchnahme von Leistungen im Bereich des SGB II erreichte die Stadt Offenbach unter allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten den höchsten Wert (vgl. Abb. 23, Tab. 55).

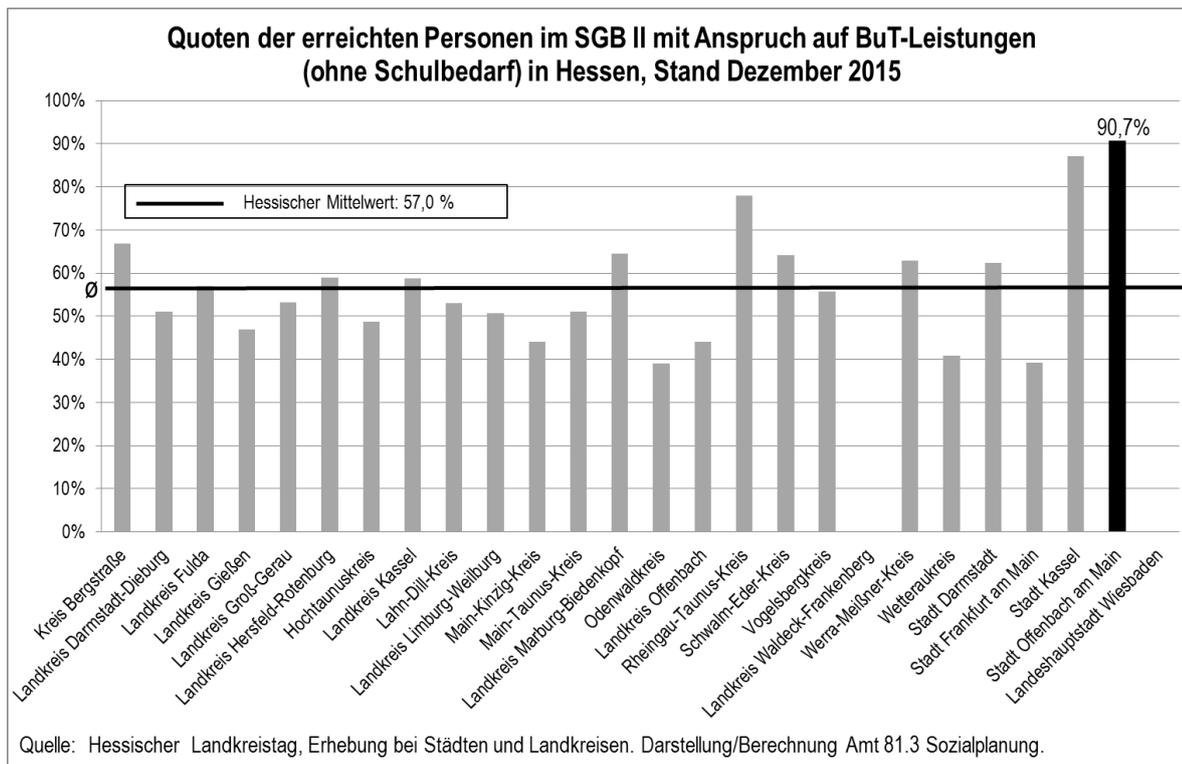


Abb. 23: Quoten der erreichten Personen mit Anspruch auf BuT-Leistungen in Hessen

Quelle: Hessischer Landkreistag. Darstellung/Berechnung Amt 81.3. Für Wiesbaden und Landkreis Waldeck-Frankenberg liegen keine Daten vor.

Insgesamt nahmen 13.169 Personen mindestens eine Leistung in Anspruch, die meisten davon für Schulbedarf und Mittagsverpflegung. Außer bei der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen für die Mittagsverpflegung gab es gegenüber dem Vorjahr in allen Bereichen einen Anstieg bei der Inanspruchnahme (vgl. Abb. 24, Abb. 25, Tab. 56)²³. Die Ausgaben für BuT betrugen im Jahr 2015 knapp 2,2 Millionen Euro, davon entfielen etwa 45 Prozent auf die Mittagsverpflegung (vgl. Abb. 26, Tab. 57).

¹⁷ SGB II, §§ 28-30. Bei einzelnen Leistungsarten bestehen Altersgrenzen.

¹⁸ SGB XII, §§ 34-34b. Voraussetzung: Leistungen nach SGB XII oder AsylbLG und Besuch einer allgemein- oder berufsbildenden Schule oder Kindertageseinrichtung. Keine Altersgrenze.

¹⁹ BKGG, § 6b. Voraussetzungen: Kinderzuschlag oder Wohngeld, Altersgrenze: unter 25 Jahre.

²⁰ Im AsylbLG finden BuT keine explizite Erwähnung, Anlehnung an SGB XII.

²¹ Schulbedarf wird ohne Antrag von Amts wegen gewährt. Nur für sieben bis unter 15-jährige Kinder in Bedarfsgemeinschaften, bei Unter- oder Überschreiten dieses Alters nur mit Schulbescheinigung.

²² Nicht eingeschlossen sind hierbei die Personen mit Ansprüchen nach BKGG. Die Anspruchsberechtigten nach SGB II setzen sich zusammen aus allen drei bis 17-Jährigen im SGB II-Bezug sowie einer hessenweit einheitlichen Quote von 17,97 Prozent aller 18- bis 24-Jährigen im SGB II-Bezug.

²³ Gezählt wurden Personen, die in einem einzelnen Leistungsbereich mindestens einen Anspruch oder Antrag gestellt hatten. Bei Inanspruchnahme mehrerer Leistungsbereiche durch eine und dieselbe Person wird diese entsprechend mehrfach gezählt. Bei mehrfacher Inanspruchnahme eines einzelnen Leistungsbereichs zählt eine Person hingegen nur einfach.

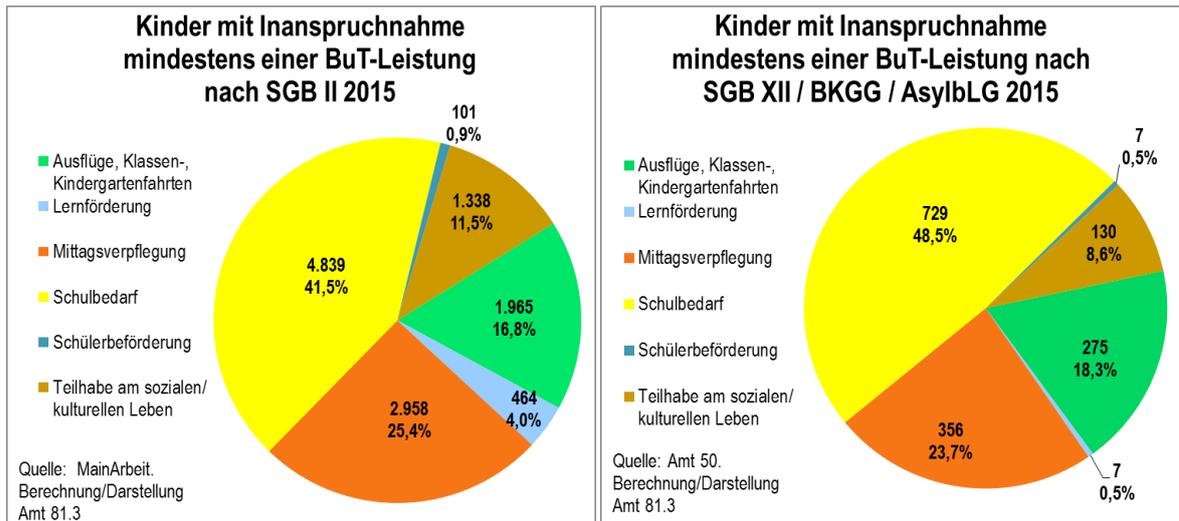


Abb. 24: Bewilligungen von Leistungen für Bildung und Teilhabe
Quelle: Amt 50, MainArbeit. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

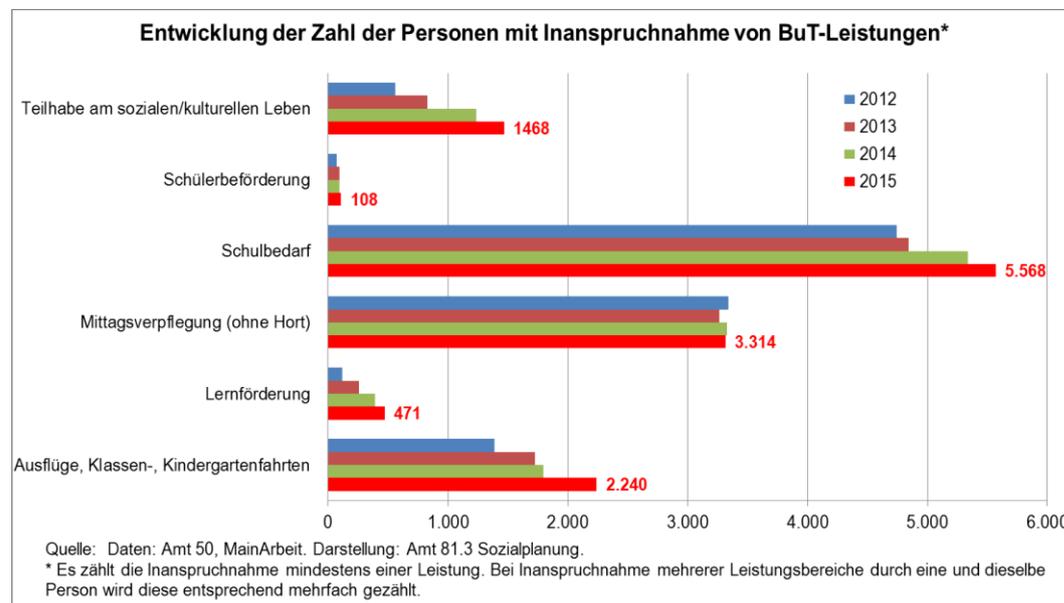


Abb. 25: Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen
Quelle: Amt 50/MainArbeit. Darstellung Amt 81.3

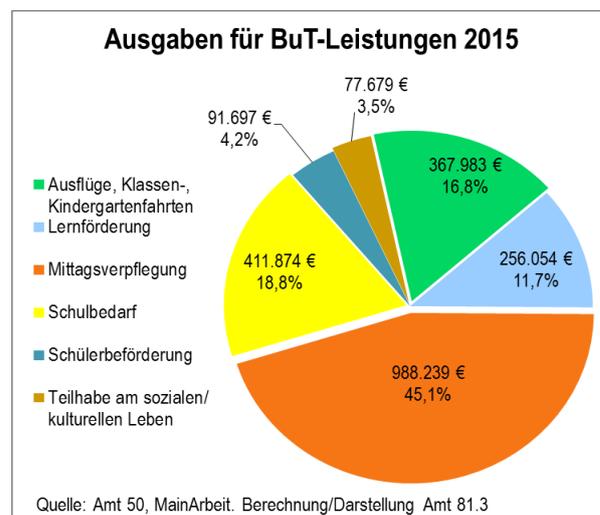


Abb. 26: Ausgaben für BuT-Leistungen
Quelle: Amt 50, MainArbeit. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

5. Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Nach einer Definition des *Forschungsverbundes „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“* zählen zu den Wohnungsnotfällen Haushalte und Personen,

- a) die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen sind, also keine eigene mietrechtlich abgesicherte Wohnung oder ein Wohneigentum haben und zum Beispiel in Behelfsunterkünften, bei bekannten oder verwandten Personen unterkommen oder institutionell, unter anderem mit Kostenübernahme nach Sozialgesetzbuch, untergebracht sind;
- b) die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht sind, zum Beispiel wegen einer Kündigung, einer Räumungsklage oder wegen Gewalt im Haushalt;
- c) die in unzumutbaren Wohnverhältnissen wohnen;
- d) die als Zugewanderte in gesonderten Unterkünften von Wohnungslosigkeit aktuell betroffen sind;
- e) die ehemals von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht waren, mit Normalwohnraum versorgt wurden und auf Unterstützung zur Prävention vor erneutem Wohnungsverlust angewiesen sind²⁴.

5.1 Aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffene / ehemalige Wohnungslose mit Unterstützungsbedarf

Für Kreis der von akuter Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen hält das *Diakonische Werk*, unterstützt vom gesetzlich zuständigen *Landeswohlfahrtsverband* und der *Stadt Offenbach*, Möglichkeiten vor:

- für eine Kurzzeitübernachtung volljähriger alleinstehender Männer ohne festen Wohnsitz gibt es in der Gerberstraße 15 zwei Wohnungen mit 13 Plätzen in sechs Zimmern.
- in der Gerberstraße 19 gibt weitere drei Wohnungen für dezentrales, stationäres Wohnen für alleinstehende Männer mit insgesamt zwölf Zimmern und 20 Schlafplätzen (Werte für die Jahre 2011 bis 2013 vgl. Tab. 58).
- für ehemals wohnungslose Menschen, die betreut werden müssen, wird mit Hilfe städtischer Mittel ein entsprechendes Angebot betreuten dezentralen Wohnens angeboten. Die Betreuungskapazitäten sind für zwölf Plätze ausgelegt.

5.2 Unmittelbar von Wohnungslosigkeit Bedrohte

Sozialamt/MainArbeit (Wohnraumhilfe)

Fälle von unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen und Haushalten werden sichtbar, wenn bei der *MainArbeit* oder dem *Sozialamt* Hinweise aus Bekanntgaben und Hinweisen von *Amtsgericht*, Vermietern, Energieversorgern und Schuldnern eingehen (vgl. Tab. 59):

- Im Jahr 2015 gab es 783 Fälle drohender Wohnungslosigkeit bei Leistungsberechtigten im SGB II²⁵.
- Im Jahr 2014 kam es nach Unterbreitung eines Beratungsangebotes in knapp 23 Prozent der Fälle zu einer Beratung mit einer anschließenden Antragsaufnahme und Lösungssuche, unter Umständen Gewährung von Beihilfen oder Darlehen zur Überbrückung von Zahlungsrückständen. In den verbleibenden drei Vierteln der Fälle wurde entweder nicht auf das Beratungsangebot reagiert, es kam zu einem Verzicht auf Antragstellung nach einer ersten Beratung, oder die Schuldner fanden selbst eine Lösung oder waren verzogen.
- Es fand eine Vermittlung an die *Zentrale Vermittlung von Unterkünften (ZVU)* des *Evangelischen Vereins für Wohnraumhilfe in Frankfurt am Main e. V.* in den Fällen statt, wo die jeweilige Wohnung nicht erhalten oder keine andere angemessene Wohnung gefunden werden konnte. Im Jahr 2015 wurden durch die *ZVU* pro Monat durchschnittlich 507 Leis-

²⁴ Forschungsverbund „Wohnungslosigkeit und Hilfen in Wohnungsnotfällen“. Gesamtbericht 2005, Seite 8.

²⁵ Hinter jedem einzelnen dieser Fälle stehen durchschnittlich zwei bis drei Personen. Schwankungen bei der Zahl der Hinweise, wie sie in den vergangenen Jahren stattgefunden haben, müssen nicht unbedingt etwas mit tatsächlicher drohender Wohnungslosigkeit zu tun haben. Sie können auch Ergebnis von z.B. milden bzw. strengen Wintern oder Verzögerungen bei der Abwicklung von Mahnungen sein, deren Wirksamkeit unter Umständen in das jeweilig nächste Berechnungsjahr fällt.

tungsberechtigte aus den Rechtskreisen SGB II, SGB XII oder AsylbLG in Offenbacher Hotels oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Dies ist ein Anstieg um rund 20 Prozent gegenüber dem Jahr 2014 (422 Personen im Monatsdurchschnitt, vgl. Tab. 60).

- Die Gesamtzahl der Übernachtungen in Notunterkünften, die über die ZVU vermittelt wurden, lag im Jahr 2015 bei 186.433. 88 Prozent davon waren Übernachtungen von Leistungsberechtigten im SGB II (vgl. Tab. 61).

Ordnungsamt

Das *Ordnungsamt* wird in Fällen von aktueller oder unmittelbar drohender Wohnungslosigkeit tätig, wenn es nach den Vorgaben des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung (HSOG) Kenntnis von gerichtlich angeordneten Zwangsräumungen erhält und dementsprechend einschreitet sowie Einweisungen in Notunterkünfte vornimmt²⁶. Im Jahr 2015 gab es 224 Räumungstermine mit 455 betroffenen Personen (vgl. Tab. 62).

Frauenhaus

Das Frauenhaus wird vom Verein *Frauen helfen Frauen Offenbach e.V.* mit finanzieller Unterstützung der *Stadt Offenbach* und des *Landes Hessen* geführt. Hier werden Frauen mit ihren Kindern untergebracht, die sich aufgrund einer Gewalterfahrung an das Frauenhaus wenden oder von Behörden dorthin gebracht werden.

- Es gibt zwölf Zimmer mit 32 Schlafplätzen, jeweils mit einer Frau und einem oder mehreren Kindern in der Regel voll belegt. Die Belegungen dauern sehr häufig mehrere Monate.
- Im Jahr 2015 waren drei Offenbacherinnen untergebracht. Weitere Offenbacherinnen befanden sich unter den 125 auswärts untergebrachten Frauen (vgl. Tab. 63).

5.3 Wohnungslosigkeit wegen unzumutbarer Wohnverhältnisse / bei Zugewanderten in gesonderten Unterkünften

Über den Bereich von Wohnungslosigkeit aufgrund unzumutbarer Wohnverhältnisse liegen keine gesicherten Angaben vor. Es gibt vereinzelte Hinweise von Überbelegungen von Wohnungen durch ausländische Zuwanderer, denen die Ordnungsbehörden nachgehen. Die Zahl von Wohnungen, die z. B. unzureichend mit Sanitäreinrichtungen ausgestattet sind und deren Bewohner nach der oben genannten Definition ebenfalls zu den Wohnungsnotfällen gezählt werden müssen, wird in der Baustatistik der Stadt nicht erfasst.

Wohnungsnotfälle bei zuwandernden Personen wie Spätaussiedlern und Flüchtlingen, die in gesonderten Unterkünften untergebracht werden, spielen in Offenbach keine nachweisbare Rolle. Dieser Personenkreis ist über das Stadtgebiet verteilt untergebracht. Eine Erstaufnahmeeinrichtung des *Landes Hessen* für Flüchtlinge ist zum Zeitpunkt der Berichterlegung zwar aktiviert und betriebsbereit, aber nicht belegt. Ein Aufenthalt von Personen im weiteren Asylverfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen ist nur vorübergehend bis zur Zuweisung eines Wohnsitzes an einem bestimmten Ort während des Asylverfahrens.

5.4 Sozialstruktur der Wohnungs- und Obdachlosigkeit

Außer den Angaben des *Diakonischen Werkes* über die bei ihr untergebrachten Personen mit aktueller Wohnungs- und Obdachlosigkeit gibt es derzeit keine umfassenden und gesicherten Erkenntnisse über die Sozialstruktur der von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Haushalte und Personen in Offenbach.

Zur Sozialstruktur auf Bundesebene geben Veröffentlichungen der *Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.* näherungsweise Auskunft²⁷. Danach waren im Jahr 2014 72 Prozent der erfassten 335.000 Wohnungslosen männliche Erwachsene, neun Prozent waren Kinder und minderjährige Erwachsene, 31 Prozent hatten einen Migrationshintergrund. 29 Prozent waren mit Partnern und/oder mit Kindern wohnungslos.

²⁶ Notwendige Unterbringungen durch Gefahrenabwehr- und Polizeibehörden nach § 31 HSOG (Platzverweisung) gab es seit 2006 nahezu keine.

²⁷ Vgl. hierzu http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/de/themen/zahl_der_wohnungslosen/ sowie http://www.bag-wohnungslosenhilfe.de/media/doc/STA_Statistikbericht_2013_Tabellen.pdf (Stand 08.08.2016)

6. Fazit

Die Entwicklung in den Fürsorgebereichen des SGB II sowie des SGB XII zeigt bis zum Ende des Jahres 2015 zeigt wie im Vorjahreszeitraum einen weiteren Anstieg der Zahl der Leistungsberechtigten.

Im Bereich des **SGB II** gab es bis zum Jahresende 2015 ein Wachstum der Leistungsberechtigten auf 19.802 Personen in 8.868 Bedarfsgemeinschaften. Das weitere Wachstum der Offenbacher Bevölkerung im gleichen Zeitraum um über 3.000 Menschen trug jedoch nicht dazu bei, dass die Zahl der Leistungsberechtigten im gleichen Maße stieg. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften blieb sogar am Jahresende leicht unter dem Vorjahresniveau. Die **SGB II-Quote** sank damit auf 17,9 Prozent. Differenziert nach Staatsangehörigkeit betrug die SGB II-Quote unter der deutschen Bevölkerung 14,8 Prozent und unter der nichtdeutschen Bevölkerung 22,4 Prozent (vgl. Tab. 64)²⁸.

Im Bereich **SGB XII** stieg die Zahl der Leistungsberechtigten auf 3.584 Personen in 3.341 Bedarfsgemeinschaften. Dies entsprach 2,7 Prozent der Bevölkerung (vgl. Tab. 65). Über drei Viertel der Bedarfsgemeinschaften erhielten Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. In diesem Leistungsbereich gab es den größten Anstieg bei den Leistungsberechtigten (Kap. 4 SGB XII). Die Zahl der Leistungsberechtigten bei den Hilfen zum Lebensunterhalt verblieb auf dem Vorjahresniveau (Kap. 3 SGB XII). Allein bei den Hilfen in besonderen Lebenssituationen (Kap. 5-7, 9 SGB XII) gab es einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr.

Auf bereits hohem Niveau der Inanspruchnahme der Leistungen für **Bildung und Teilhabe** gab es erneut einen Anstieg der Inanspruchnahme. Über 13.100 Personen – und damit über acht Prozent mehr als im Vorjahr – nahmen eine oder mehrere Leistungen in Höhe von insgesamt knapp 2,2 Millionen Euro in Anspruch, überwiegend im Bereich SGB II. Die Quote der Inanspruchnahme dieser aus Bundesmitteln refinanzierten Leistung (und damit der Anteil von Kindern und Jugendlichen unter allen prinzipiell Anspruchsberechtigten, die durch diese Leistungen wirklich erreicht wurden) lag mit über 90 Prozent weit über allen hessischen Kreisen und kreisfreien Städten.

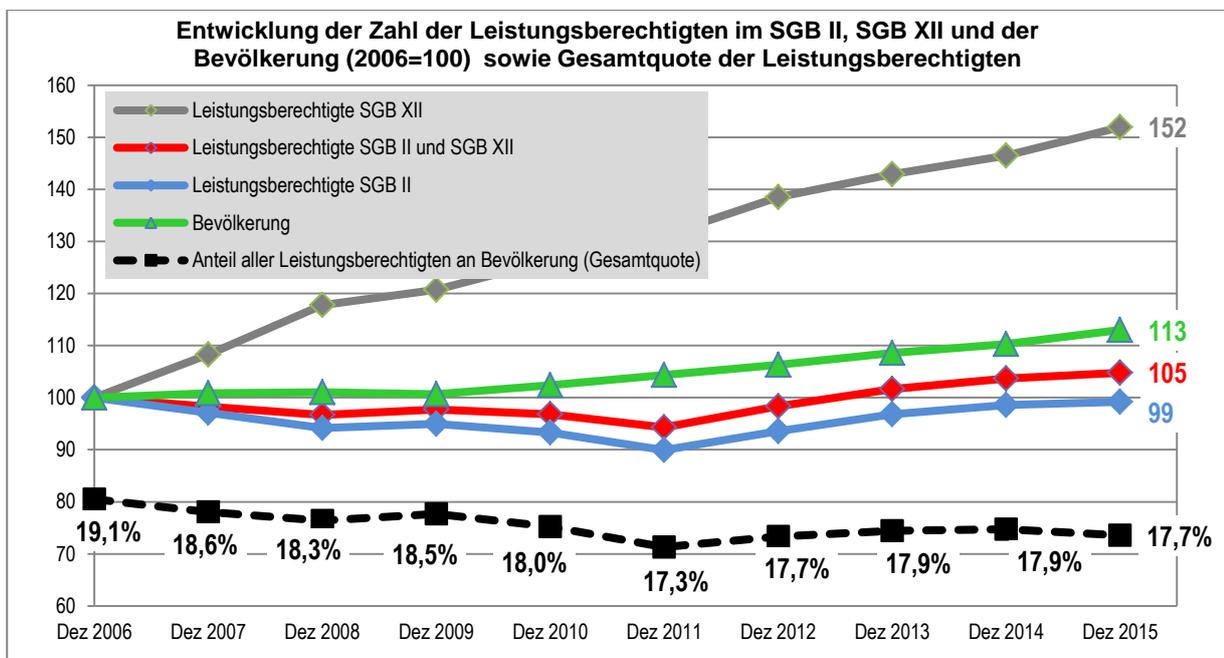


Abb. 27: Entwicklung SGB II, SGB XII und Bevölkerung sowie Gesamtquote
Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung/Darstellung Amt 81.3

²⁸ Die SGB II-Quote eignet sich für einen Vergleich mit anderen Städten über SGB II-Vergleichstypen (siehe Glossar). Für die Bevölkerung als Bezugsgröße verwendet die BA Angaben des *Statistischen Bundesamtes*, demzufolge Offenbach am Jahresende 2014 eine SGB II-Quote von 20,0 Prozent hatte. Die im Sozialbericht berechnete SGB II-Quote für Offenbach (18,3 Prozent) bezieht sich hingegen auf das Melderegister der *Stadt Offenbach*, das gewöhnlich eine andere (zur Zeit der Berichtfassung höhere) Bevölkerungszahl ausweist.

Die Gesamtzahl aller SGB II- und der SGB XII-Leistungsberechtigten betrug Ende des Jahres 2015 23.368 Personen. Trotz des starken Bevölkerungswachstums auf über 132.000 Einwohnerinnen und Einwohner sank die Quote aller Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII an der Gesamtbevölkerung auf 17,7 Prozent (vgl. Abb. 27, Tab. 65, Tab. 66)²⁹.

Die Zahl der Fälle von **Wohnungs- und Obdachlosigkeit** stieg in den Fällen deutlich an, bei denen über das *Sozialamt* oder die *MainArbeit* die *Zentrale Vermittlung von Unterkünften* tätig wurde. Hier stiegen die Übernachtungszahlen im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 20 Prozent auf 186.433 Übernachtungen. Die Zahl der Übernachtungen im Frauenhaus war 2015 gegenüber dem Vorjahr um 15 Prozent auf 8.057 Übernachtungen rückläufig.

²⁹ Auf der Basis der Fortschreibung der Zensusdaten von 2011 ergab sich für den Dezember 2014 bei einer Bevölkerung von 120.988 und einer Zahl von 23.139 SGB II- und SGB XII-Leistungsberechtigten eine Gesamtquote von 19,1 Prozent.

7. Anhang

7.1 Glossar

(Quellen: BA, SGB II, SGB III, SGB XII)

Arbeitslose im SGB II	<p>Leistungsberechtigte im SGB II gelten als arbeitslos, wenn folgende drei Bedingungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sie stehen in keinem Beschäftigungsverhältnis oder arbeiten weniger als 15 Stunden pro Woche, • Sie suchen eine versicherungspflichtige zumutbare Beschäftigung und stehen dabei den Vermittlungsbemühungen zur Verfügung und • Sie haben sich bei einer <i>Agentur für Arbeit/</i> einem <i>Jobcenter</i> arbeitslos gemeldet. <p>Als nicht arbeitslos gelten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik; • Personen, die mindestens 15 Stunden pro Woche erwerbstätig sind, • nicht arbeiten dürfen oder können, ihre Verfügbarkeit einschränken, arbeitsunfähig erkrankt sind oder die Regelaltersgrenze erreicht haben, • sich als Nichtleistungsempfänger länger als drei Monate nicht mehr bei der zuständigen Agentur für Arbeit/Jobcenter gemeldet haben, • Schüler, Studenten und Schulabgänger, die nur eine Ausbildungsstelle suchen; arbeitserlaubnispflichtige Ausländer und deren Familienangehörige sowie Asylbewerber ohne Leistungsbezug, wenn ihnen der Arbeitsmarkt verschlossen ist.
Arbeitslosengeld I (SGB III)	<p>Das Arbeitslosengeld I wird Arbeitslosen als Lohnersatzleistung anstelle des ausfallenden Arbeitsentgeltes gezahlt. Der Leistungsanspruch beträgt 60 bzw. 67 Prozent (bei mindestens einem Kind) des zuletzt erhaltenen pauschalierten Nettoarbeitsentgeltes. Die Anspruchsdauer beträgt mindestens sechs bis zu maximal 24 Monate. Anspruchsvoraussetzungen sind Arbeitslosigkeit, die Erfüllung der Anwartschaftszeit sowie die Arbeitslosmeldung bei einer <i>Agentur für Arbeit</i>. Arbeitslose sind verpflichtet, im Rahmen der Eigenbemühungen alle Möglichkeiten der beruflichen Eingliederung zu nutzen.</p>
Arbeitslosengeld II (SGB II)	<p>Das Arbeitslosengeld II (ALG II) bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Rahmen der Grundsicherung. Diese Geldleistungen dienen der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und setzen sich zusammen aus:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Leistungen aufgrund von Regelbedarfen nach einheitlichen pauschalierten Regelsätzen (Regelleistungen) • ggf. Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt • Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)
Bedarfsgemeinschaft (SGB II)	<p>Eine Bedarfsgemeinschaft bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, außerdem zählen dazu:</p> <ul style="list-style-type: none"> • weitere erwerbsfähige Leistungsberechtigte; • die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten, erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner eines Elternteils; • die Person, die mit dem erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass anzunehmen ist, dass sie Verantwortung füreinander tragen und füreinander einstehen;

- Die dem Haushalt angehörenden, unverheirateten Kinder des erwerbsfähigen Leistungsberechtigten oder seines Partners, wenn die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.

Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst, als derjenige der Haushaltsgemeinschaft. So zählen z. B. Kinder, die das 25. Lebensjahr vollendet haben, Großeltern und Enkelkinder, sowie sonstige Verwandte und Verschwägerter nicht zur Bedarfsgemeinschaft.

Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II)

Als erwerbsfähige Leistungsberechtigte gelten nach § 7 SGB II Personen, die

- das 15. Lebensjahr vollendet und die Altersgrenze nach § 7a SGB II noch nicht vollendet haben;
- erwerbsfähig sind;
- hilfebedürftig sind.

Die Altersgrenze liegt bis zu den Geburtsjahrgängen 1946 und älter bei vollendeten 65 Jahren. Ab Geburtsjahr 1947 steigt sie sukzessive um je einen Monat bis zum Geburtsjahrgang 1964 auf das vollendete 67. Lebensjahr an.

Als erwerbsfähig gilt, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, mindestens drei Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbsfähig zu sein.

Leistungsberechtigt ist, wer seine Eingliederung in Arbeit sowie seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, v. a. nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann, z. B. auch Jugendliche unter 18 Jahren.

Gesamtbevölkerung

Meint im vorliegenden Bericht die wohnberechtigte Bevölkerung mit Hauptwohnsitz.

Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

Sie soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen leistungsberechtigten Personen und denjenigen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können.

Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4, SGB XII)

Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts im Alter (bis Geburtsjahr 1946 und älter ab 65 Jahre, ab Geburtsjahr 1947 bis 1964 sukzessiver Anstieg der gültigen Altersgrenze auf 67 Jahre) und bei dauerhafter Erwerbsminderung (ab dem 18. Lebensjahr).

Hilfe in besonderen Lebenssituationen (Kap. 5-9, SGB XII)

Hierzu zählen:

- Hilfe zur Gesundheit (Kap. 5);
- Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (Kap. 6);
- Hilfe zur Pflege (Kap. 7);
- Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Kap. 8);
- Hilfen in anderen Lebenslagen (Kap. 9).

Hilfe zum Lebensunterhalt (Kap. 3, SGB XII)

Diese Hilfe ist Personen zu leisten, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln bestreiten können. Zu einem notwendigen Lebensunterhalt gehören u.a. insbesondere Ernährung, Unterkunft, Kleidung, Hausrat, Heizung und persönliche Bedürfnisse des täglichen Lebens (SGB XII, § 27 und § 27a). Diese Hilfe wird in erster Linie folgenden Personengruppen gewährt:

- Kinder unter 15 Jahre, die sich in Familienpflege befinden;
- Personen mit Erwerbsminderung, bei denen die Erwerbsminderung vom Rententräger noch nicht festgestellt wurde;
- Personen mit vorgezogener Altersrente;

	<ul style="list-style-type: none"> • Personen mit befristeter Rente wegen Erwerbsminderung; • Personen, die sich vorübergehend in einer Einrichtung aufhalten und nur einen Barbetrag erhalten; • Kinder, deren Eltern oder ein Elternteil Leistungen nach einer anderen Rechtsgrundlage erhalten (z. B. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz).
Hilfe zur Pflege (Kap. 7, SGB XII)	Hilfe zur Pflege wird Personen gewährt, die wegen körperlichen, geistigen, oder seelischen Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage sind die alltäglichen Verrichtungen und Versorgung eigenständig durchzuführen. Die Hilfe umfasst häusliche Pflege, Hilfsmittel, teilstationäre Pflege, Kurzzeitpflege und stationäre Pflege. Übernommen werden die verbleibenden Kosten nach Abzug der Leistungen des Pflegeversicherungsgesetzes bzw., wenn diese noch nicht greift, die gesamten Kosten der oben aufgeführten Leistungen. In diesem Bericht werden nur Leistungen der stationären Hilfe zur Pflege aufgeführt.
Integrationsquote	Integrationen in Erwerbsarbeit (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, voll qualifizierende berufliche Ausbildung oder Selbstständigkeit) in Relation zum durchschnittlichen Bestand an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.
Kontingentflüchtlinge	Kontingentflüchtlinge sind Flüchtlinge aus Krisenregionen, die im Rahmen internationaler humanitärer Hilfsaktionen aufgenommen werden. § 23 AufenthG eröffnet den obersten Landesbehörden bzw. dem Bundesministerium des Innern die Möglichkeit anzuordnen, dass für bestimmte Ausländergruppen aus völkerrechtlichen oder humanitären Gründen oder zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird.
Laufende Leistungen im SGB XII	Es handelt sich bei den laufenden Leistungen in der Regel um Regelsätze, Krankenkassenbeiträge und laufende Leistungen der Unterkunft und Heizung. Nicht eingeschlossen sind: einmalige Unterkunftskosten (Wohnungsbeschaffung, Kautionen, etc.), Klassenfahrten, Wohnungserstausstattungskosten, Erstausstattung für Bekleidung.
Migrationshintergrund	<p>Die BA bezieht sich auf die Definition nach § 6 Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung (MighEV). Demnach liegt ein Migrationshintergrund vor, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> • die befragte Person nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder • der Geburtsort der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt und eine Zuwanderung in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte oder • der Geburtsort mindestens eines Elternteiles der befragten Person außerhalb der heutigen Grenzen der Bundesrepublik Deutschland liegt sowie eine Zuwanderung dieses Elternteils in das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach 1949 erfolgte. <p>Die Auswertungen des Offenbacher Melderegisters mit MIGRA Pro beruhen im Wesentlichen auf denselben Merkmalen, beschränken sich bei der Gruppe der Aussiedler jedoch auf sogenannte Russlanddeutsche.</p>
Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (SGB II)	Alle Personen innerhalb einer BG, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahre) oder nicht in der Lage sind, mindestens drei Stunden täglich zu arbeiten, können als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer BG bei Hilfebedürftigkeit Leistungen erhalten.
Regelaltersgrenze	„Die Altersgrenze stellt den Zeitpunkt dar, ab dem für eine Person kein Anspruch mehr auf Sozialleistungen nach dem SGB III bzw.

SGB II besteht und stattdessen unter den Anspruchsvoraussetzungen des SGB VI die Regelaltersrente geleistet wird.

Bisher lag die Altersgrenze bei 65 Jahren. Am 20.04.2007 wurde das "Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung" beschlossen. Dieses sieht eine sukzessive Anhebung der Altersgrenze von 65 auf 67 Jahre vor. Ab 01.01.2012 sind die ersten Personen des Geburtsjahrgangs 1947 von dieser Anhebung betroffen. Die letzte Anhebung der Altersgrenze findet für den Geburtsjahrgang 1964 am 01.01.2031 statt." (Quelle: http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_4236/Statischer-Content/Grundlagen/Methodische-Hinweise/AST-MethHinweise/Anhebung-der-Altersgrenze.html, Stand 27.05.2014).

In den Berichten der *BA* ändert sich nun sukzessive die Nomenklatur: Eingeschränkte Altersklassen werden durch offene Altersklassen ersetzt. Aus "Personen von 15 bis unter 65 Jahren" werden "Personen von 15 Jahren und älter".

SGB II-Quote

Eine in der Regel von der *BA* ermittelte Prozentzahl, die den Anteil der Personen im SGB II-Bezug an der 0 bis unter 65-jährigen Wohnbevölkerung mit Hauptwohnsitz ausdrückt. Zum Zeitpunkt der Berichtfassung lag noch keine offizielle abgestimmte Berechnungsgrundlage vor, die die neue Altersgrenze, das heißt die wachsende Zahl der Leistungsberechtigten über 64 Jahre berücksichtigt.

Die im vorliegenden Bericht angegebenen Quoten für die *Stadt Offenbach* sind – wo angegeben - auf der Basis der Bevölkerungszahlen laut Melderegister der Stadt Offenbach errechnet.

SGB II-Vergleichstyp

Vergleichstypen werden aufgrund von wissenschaftlichen Analysen vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der *BA* zusammengestellt. Innerhalb einer Vergleichsgruppe wird regelmäßig ein Ranking erstellt, aus dem hervorgeht, wie die SGB II-Kennzahlen bei vergleichbaren Rahmenbedingungen im Leistungsvergleich einzuordnen sind. Der Vergleichstyp IIIb, dem Offenbach und weitere 35 Städte sowie Berliner Stadtbezirke zugeschrieben werden, ist definiert von überwiegend Städten und verstäderten Regionen mit hohen Wohnkosten, Dienstleistungsarbeitsmärkten und geringer Arbeitsplatzdichte. Weitere Merkmale:

- Unterdurchschnittliche Saisonspanne
- Geringer Anteil an verarbeitendem Gewerbe
- Geringe Arbeitsplatzdichte
- Geringer Anteil an Kleinbetrieben
- Überdurchschnittlicher Anteil an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit verfestigtem Langzeitbezug
- Geringer Anteil älterer erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (50 Jahre und älter)
- Geringer Anteil an erwerbstätigen SGB-II-Beziehern
- Überdurchschnittlicher Anteil großer Bedarfsgemeinschaften
- Hohe Wohnkosten im SGB II
- Hoher Migrantenanteil
- Hohes Bevölkerungswachstum

SGB III

Das Dritte Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) regelt das deutsche Arbeitsförderungsrecht inklusive Arbeitslosenversicherung.

Sozialgeld (SGB II)

Es handelt sich hier um die Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Angehörige (i.d.R. Kinder) und Partner, die mit einem Arbeitslosengeld II-Bezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keinen Anspruch auf Grundsicherung für Ältere oder wegen Erwerbsminderung haben.

Sozialhilfe (SGB XII)	<p>Aufgabe der Sozialhilfe ist es, den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht (SGB XII, § 1, Satz 1). Die Sozialhilfe umfasst insgesamt:</p> <ul style="list-style-type: none">• Hilfe zum Lebensunterhalt;• Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung;• Hilfen zur Gesundheit, wie vorbeugende Gesundheitshilfe, Hilfe bei Krankheit, zur Familienplanung, bei Schwangerschaft und Mutterschaft, bei Sterilisation;• Eingliederungshilfe für behinderte Menschen;• Hilfe zur Pflege;• Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten;• Hilfen in anderen Lebenslagen, wie Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes, Altenhilfe, Blindenhilfe.
Unterbeschäftigung im engeren Sinne	<p>Zu den registrierten Arbeitslosen werden zusätzlich die Personen erfasst, die nicht als arbeitslos im Sinne des SGB gelten, weil sie Teilnehmer an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (z.B. berufliche Weiterbildung, Arbeitsgelegenheit, Bürgerarbeit) oder zeitweise arbeitsunfähig sind und deshalb die Kriterien des § 16 Abs. 1 SGB III nicht erfüllen.</p>
Unterbeschäftigung im weiteren Sinne	<p>Personen in Unterbeschäftigung im engeren Sinne plus Personen mit Gründungszuschuss, Einstiegsgeld in die Selbständigkeit und Altersteilzeit, aber ohne Kurzarbeit.</p>
Unterbeschäftigungsquote	<p>Ist eine von der BA ermittelte Prozentzahl, die den Anteil der Personen in Unterbeschäftigung im weiteren Sinne in Bezug setzt zur Zahl aller zivilen Erwerbspersonen in einer erweiterten Bezugsgröße, das heißt plus Teilnehmer an entlastenden Maßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern, sowie Personen mit Sonderstatus.</p>

7.2 Tabellen zu Kapitel 1 (Einführung)

Tab. 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund am 31.12.2015 (Hauptwohnsitz)

Statistischer Bezirk	Einwohner Insgesamt	Einwohner mit Migrationshintergrund						Deutsche ohne Migrations- hintergrund
		Insgesamt		davon				
				Nichtdeutsche	Deutsche	davon		
		absolut	in %			Eingebürgerte	Aussiedler	
11 Hochschule f. Gestaltung	4 644	3 475	74,8	2 417	1 058	918	140	1 169
12 Wilhelmschule	7 846	5 869	74,8	4 355	1 514	1 351	163	1 977
13 Messehalle	10 367	7 543	72,8	5 149	2 394	2 059	335	2 824
14 Kaiserlei *	3 254	2 409	74,0	1 893	516	449	67	845
15 Ledermuseum	10 729	6 689	62,3	4 270	2 419	2 020	399	4 040
16 Mathildenschule	8 692	6 809	78,3	4 908	1 901	1 563	338	1 883
21 Klinikum OF	5 407	3 263	60,3	2 183	1 080	892	188	2 144
22 Lauterborngebiet	12 690	8 429	66,4	4 184	4 245	3 273	972	4 261
23 Friedrichsweiher	7 867	4 925	62,6	3 325	1 600	1 332	268	2 942
24 Bachschule	6 556	3 868	59,0	2 344	1 524	1 225	299	2 688
25 Lichtenplatte	8 806	5 213	59,2	3 253	1 960	1 549	411	3 593
26 Bieberer Berg	2 639	1 207	45,7	644	563	454	109	1 432
31 Vorderwald-Rosenhöhe	4 433	2 445	55,2	1 404	1 041	822	219	1 988
32 Tempelsee	4 823	2 224	46,1	1 190	1 034	801	233	2 599
33 Bieber	15 497	6 987	45,1	3 267	3 720	2 506	1 214	8 510
41 Mühlheimer Str.	1 832	1 101	60,1	540	561	462	99	731
42 Waldheim	821	275	33,5	105	170	116	54	546
43 Bürgel	9 885	4 232	42,8	2 166	2 066	1 413	653	5 653
44 Rumpenheim	5 280	1 659	31,4	672	987	594	393	3 621
Offenbach	132 068	78 622	59,5	48 269	30 353	23 799	6 554	53 446

Quelle: Amt 81.2, Melderegister. *Seit dem vierten Quartal 2015 müssen sich ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber, die in einer Aufnahmeeinrichtung oder Durchgangsunterkunft wohnen, bei der zuständigen Meldebehörde anmelden. Zwei entsprechende Unterkünfte befinden sich im Statistischen Bezirk Kaiserlei.

Tab. 2: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen

Personengruppe	Regionen	30.09.2015	30.06.2015	31.03.2015	Veränderung gegenüber den Vorjahresstichtagen in Prozent		
					30.09.2014	30.09.2013	30.09.2012
					sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	47.552
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	124.186	121.973	120.927	3,5	5,6	7,5
	Hessen	2.330.725	2.286.604	2.270.140	2,7	4,5	6,0
	Deutschland	31.152.476	30.604.587	30.365.739	2,4	4,0	5,4
geringfügig Beschäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	12.249	12.191	11.975	2,0	5,3	8,4
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	28.937	29.077	28.394	-0,8	0,4	3,3
	Hessen	585.356	586.474	571.685	-0,3	1,1	2,7
	Deutschland	7.619.380	7.648.811	7.431.976	-1,3	-0,2	1,5
davon	JC Offenbach am Main, Stadt	7.369	7.471	7.299	-0,1	2,3	4,3
ausschließlich geringfügig Be- schäftigte	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	19.494	19.949	19.482	-2,8	-2,5	-0,5
	Hessen	382.724	390.642	379.911	-1,8	-1,2	-0,5
	Deutschland	5.016.903	5.134.605	4.985.900	-3,1	-3,0	-2,5
im Nebenjob geringfügig Be- schäftigte	JC Offenbach am Main, Stadt	4.880	4.720	4.676	5,2	10,3	15,3
	SGB II Vergleichstyp IIIb ø	9.443	9.128	8.912	3,5	7,0	11,9
	Hessen	202.632	195.832	191.774	2,7	5,7	9,3
	Deutschland	2.602.477	2.514.206	2.446.076	2,3	5,9	10,3

Quelle: BA

Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung in Offenbach

	Dez. 2015	Dez. 2014	Dez. 2013	Dez. 2012	2014-2015	2014-2015
Offenbach	132.068	128.974	126.934	124.261	3.094	2,4%
Deutsche	83.799	83.634	83.738	83.413	165	0,2%
Nichtdeutsche	48.269	45.340	43.196	40.848	2.929	6,5%

Quelle: Amt 81.2, Melderegister

7.3 Tabellen zu Kapitel 2 (SGB II)

Tab. 4: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte – Basiszahlen (Jahresende)

	Bedarfsgemeinschaften (BG)	Personen in BG (Leistungsberechtigte, LB)	davon		Anteil NEF an allen LB
			erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)	
Dez 2006	9.388	19.965	13.631	6.334	31,7%
Dez 2007	8.927	19.385	13.024	6.361	32,8%
Dez 2008	8.592	18.801	12.490	6.311	33,6%
Dez 2009	8.748	18.964	12.587	6.377	33,6%
Dez 2010	8.544	18.625	12.262	6.363	34,2%
Dez 2011	8.207	17.950	11.716	6.234	34,7%
Dez 2012	8.541	18.683	12.355	6.328	33,9%
Dez 2013	8.785	19.326	12.541	6.785	35,1%
Dez 2014	8.890	19.684	13.146	6.538	33,2%
Dez 2015	8.868	19.802	13.161	6.641	33,5%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 5: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte – Basiszahlen (Jahresdurchschnitt)

	Bedarfsgemeinschaften (BG)	Personen in BG (Leistungsberechtigte, LB)	davon		Anteil NEF an allen LB
			erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB)	nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF)	
JD 2006	9.739	19.820	13.599	6.221	31,4%
JD 2007	9.222	19.892	13.468	6.424	32,3%
JD 2008	8.820	19.266	12.931	6.335	32,9%
JD 2009	8.735	18.961	12.649	6.312	33,3%
JD 2010	8.818	19.179	12.738	6.441	33,6%
JD 2011	8.541	18.656	12.256	6.400	34,3%
JD 2012	8.440	18.392	12.177	6.215	33,8%
JD 2013	8.802	19.158	12.579	6.579	34,3%
JD 2014	8.978	19.797	13.070	6.727	34,0%
JD 2015	8.978	19.934	13.314	6.620	33,2%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 6: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresende)

	ELB weiblich		ELB unter 25 Jahren		darunter weiblich		ELB 55 Jahre und älter		darunter weiblich	
	Anteil an allen ELB		Anteil an allen ELB		Anteil		Anteil an allen ELB		Anteil	
Dez 2006	6.982	51,2%	2.505	18,4%	1.407	56,2%	1.607	11,8%	732	45,6%
Dez 2007	6.742	51,8%	2.363	18,1%	1.309	55,4%	1.583	12,2%	716	45,2%
Dez 2008	6.595	52,8%	2.301	18,4%	1.292	56,1%	1.606	12,9%	748	46,6%
Dez 2009	6.603	52,5%	2.237	17,8%	1.251	55,9%	1.673	13,3%	778	46,5%
Dez 2010	6.448	52,6%	2.035	16,6%	1.145	56,3%	1.669	13,6%	778	46,6%
Dez 2011	6.245	53,3%	1.859	15,9%	1.041	56,0%	1.699	14,5%	806	47,4%
Dez 2012	6.553	53,0%	2.057	16,6%	1.107	53,8%	1.713	13,9%	810	47,3%
Dez 2013	6.700	53,4%	1.908	15,2%	1.025	53,7%	1.756	14,0%	837	47,7%
Dez 2014	7.021	53,4%	2.277	17,3%	1.192	52,3%	1.777	13,5%	854	48,1%
Dez 2015	7.066	53,7%	2.169	16,5%	1.166	53,8%	1.858	14,1%	916	49,3%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 7: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (Jahresdurchschnitt)

	ELB weiblich		ELB unter 25 Jahren		darunter weiblich		ELB 55 Jahre und älter		darunter weiblich	
	Anteil an allen ELB		Anteil an allen ELB		Anteil		Anteil an allen ELB		Anteil	
JD 2006	6.902	50,8%	2.588	19,0%	1.426	55,1%	1.565	11,5%	694	44,3%
JD 2007	6.936	51,5%	2.480	18,4%	1.378	55,6%	1.594	11,8%	722	45,3%
JD 2008	6.764	52,3%	2.436	18,8%	1.354	55,6%	1.618	12,5%	743	45,9%
JD 2009	6.646	52,5%	2.325	18,4%	1.303	56,0%	1.651	13,1%	768	46,5%
JD 2010	6.655	52,2%	2.246	17,6%	1.251	55,7%	1.679	13,2%	776	46,2%
JD 2011	6.489	52,9%	2.033	16,6%	1.149	56,5%	1.714	14,0%	802	46,8%
JD 2012	6.496	53,3%	2.066	17,0%	1.122	54,3%	1.710	14,0%	808	47,3%
JD 2013	6.689	53,2%	1.977	15,7%	1.064	53,8%	1.765	14,0%	837	47,4%
JD 2014	6.969	53,3%	2.150	16,4%	1.137	52,9%	1.796	13,7%	857	47,7%
JD 2015	7.123	53,5%	2.281	17,1%	1.209	53,0%	1.851	13,9%	899	48,6%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 8: Anteile von Altersgruppen von Frauen an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	15 bis unter 65 Jahre	15 bis unter 25 Jahre	55 bis unter 65 Jahre	Frauen insgesamt
Dez 2006	49,3%	51,2%	50,3%	50,7%
Dez 2007	49,2%	51,5%	50,8%	50,6%
Dez 2008	49,1%	51,0%	51,0%	50,5%
Dez 2009	49,3%	50,9%	51,2%	50,6%
Dez 2010	49,0%	51,0%	51,2%	50,4%
Dez 2011	48,9%	50,6%	51,0%	50,2%
Dez 2012	48,6%	50,2%	50,7%	49,9%
Dez 2013	48,2%	49,8%	50,3%	49,6%
Dez 2014	48,0%	49,5%	50,3%	49,6%
Dez 2015	47,6%	48,7%	49,8%	49,2%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3

Tab. 9: Anteile von Altersgruppen an erwerbsfähiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre)

	Anteil 15 bis unter 25-Jährige	Anteil 55 bis unter 65-Jährige
Dez 2006	16,6%	17,0%
Dez 2007	16,5%	16,8%
Dez 2008	16,5%	16,7%
Dez 2009	16,7%	16,6%
Dez 2010	16,7%	16,6%
Dez 2011	16,9%	16,5%
Dez 2012	16,8%	16,2%
Dez 2013	16,6%	16,1%
Dez 2014	16,4%	16,1%
Dez 2015	16,3%	16,3%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt

Tab. 10: Nichtdeutsche erwerbsfähige (ELB)/nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresende)

	nichtdeutsche ELB	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	nichtdeutsche NEF	Anteil an allen NEF	darunter weiblich	Anteil
Dez 2006	6.678	49,0%	3.522	52,7%	2.433	38,4%	1.221	50,2%
Dez 2007	6.492	49,8%	3.457	53,3%	2.379	37,4%	1.210	50,9%
Dez 2008	6.253	50,1%	3.418	54,7%	2.242	35,5%	1.119	49,9%
Dez 2009	6.288	50,0%	3.421	54,4%	2.191	34,4%	1.067	48,7%
Dez 2010	6.297	51,4%	3.407	54,1%	2.122	33,3%	1.032	48,6%
Dez 2011	6.086	51,9%	3.318	54,5%	2.084	33,4%	1.001	48,0%
Dez 2012	6.559	53,1%	3.559	54,3%	2.054	32,5%	987	48,1%
Dez 2013	6.865	54,7%	3.796	55,3%	2.248	33,1%	1.084	48,2%
Dez 2014	7.425	56,5%	4.091	55,1%	2.202	33,7%	1.053	47,8%
Dez 2015	7.560	57,4%	4.161	55,0%	2.395	36,1%	1.139	47,6%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 11: Nichtdeutsche erwerbsfähige (ELB)/ nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (Jahresdurchschnitt)

	nichtdeutsche ELB	Anteil an allen ELB	darunter weiblich	Anteil	nichtdeutsche NEF	Anteil an allen NEF	darunter weiblich	Anteil
JD 2006	6.614	48,6%	3.437	51,8%	2.397	38,5%	1.204	50,2%
JD 2007	6.665	49,5%	3.527	52,9%	2.440	38,0%	1.226	50,2%
JD 2008	6.475	50,1%	3.481	53,8%	2.297	36,3%	1.155	50,3%
JD 2009	6.303	49,8%	3.424	54,3%	2.215	35,1%	1.085	49,0%
JD 2010	6.450	50,6%	3.477	53,9%	2.164	33,6%	1.053	48,7%
JD 2011	6.302	51,4%	3.419	54,3%	2.141	33,5%	1.037	48,4%
JD 2012	6.437	52,9%	3.489	54,2%	2.024	32,6%	973	48,1%
JD 2013	6.755	53,7%	3.704	54,8%	2.139	32,5%	1.025	47,9%
JD 2014	7.289	55,8%	4.009	55,0%	2.275	33,8%	1.099	48,3%
JD 2015	7.577	56,9%	4.154	54,8%	2.304	34,8%	1.107	48,0%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 12: Anteile von Altersgruppen Nichtdeutscher an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	0 bis unter 3 Jahre	3 bis unter 7 Jahre	7 bis unter 15 Jahre	0 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 65 Jahre	15 bis unter 25 Jahre	55 und älter	Nichtdeutsche insgesamt
Dez 2006	14,1%	18,4%	38,5%	27,7%	35,2%	37,2%	26,8%	30,1%
Dez 2007	13,2%	17,9%	35,3%	25,8%	35,5%	36,7%	27,0%	30,2%
Dez 2008	12,6%	16,2%	32,9%	24,0%	36,1%	36,8%	27,6%	30,4%
Dez 2009	14,4%	15,4%	29,9%	22,6%	35,9%	36,4%	27,2%	29,9%
Dez 2010	14,7%	15,6%	27,3%	21,5%	37,1%	37,4%	27,7%	30,8%
Dez 2011	17,1%	16,8%	25,1%	21,1%	38,4%	38,2%	28,1%	31,8%
Dez 2012	17,5%	18,4%	23,3%	20,7%	39,8%	38,7%	28,5%	32,9%
Dez 2013	18,8%	20,1%	22,1%	20,9%	41,2%	39,5%	29,3%	34,0%
Dez 2014	20,9%	22,4%	21,7%	21,7%	42,4%	40,4%	29,9%	35,2%
Dez 2015	23,4%	24,6%	23,6%	23,8%	43,7%	40,9%	31,2%	36,5%

Quelle: Amt 81.2 (Melderegister). Berechnung Amt 81.3

Tab. 13: Altersgruppen und Anteile nichterwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF)

	NEF insgesamt	0 bis unter 3 Jahre	Anteil	3 bis unter 7 Jahre	Anteil	7 bis unter 15 Jahre	Anteil	15 und älter	Anteil
Dez 2006	6.334	1.516	23,9%	1.743	27,5%	2.813	44,4%	262	4,1%
Dez 2007	6.361	1.488	23,4%	1.781	28,0%	2.794	43,9%	298	4,7%
Dez 2008	6.311	1.475	23,4%	1.791	28,4%	2.763	43,8%	282	4,5%
Dez 2009	6.377	1.418	22,2%	1.802	28,3%	2.816	44,2%	341	5,3%
Dez 2010	6.363	1.379	21,7%	1.797	28,2%	2.801	44,0%	386	6,1%
Dez 2011	6.234	1.204	19,3%	1.748	28,0%	2.874	46,1%	408	6,5%
Dez 2012	6.328	1.231	19,5%	1.762	27,8%	3.038	48,0%	297	4,7%
Dez 2013	6.785	1.314	19,4%	1.791	26,4%	3.226	47,5%	454	6,7%
Dez 2014	6.538	1.330	20,3%	1.813	27,7%	3.270	50,0%	125	1,9%
Dez 2015	6.641	1.342	20,2%	1.811	27,3%	3.338	50,3%	150	2,3%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3

Tab. 14: Anteile von Altersgruppen nichterwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF) an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung

	NEF-Quote U15 (bis unter 15 Jahre)	NEF-Quote U3 (unter 3 Jahre)	NEF-Quote 3 bis unter 7 Jahre	NEF-Quote 7 bis unter 15 Jahre	NEF-Quote 15 bis unter 65 Jahre
Dez 2006	34,9%	40,2%	36,6%	31,6%	0,3%
Dez 2007	34,8%	40,2%	36,9%	31,4%	0,4%
Dez 2008	34,6%	40,3%	36,9%	31,0%	0,4%
Dez 2009	34,5%	39,0%	37,0%	31,3%	0,4%
Dez 2010	33,6%	37,2%	36,9%	30,4%	0,5%
Dez 2011	32,4%	32,0%	35,2%	31,0%	0,5%
Dez 2012	32,9%	32,4%	35,1%	32,0%	0,3%
Dez 2013	33,9%	33,9%	35,0%	33,3%	0,5%
Dez 2014	33,9%	34,3%	34,8%	33,3%	0,1%
Dez 2015	33,4%	33,3%	34,3%	33,1%	0,2%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3

Tab. 15: Anteile der Nichtdeutschen an den nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Altersgruppen

	0 bis unter 15 Jahre	Anteil	0 bis unter 3 Jahre	Anteil	3 bis unter 7 Jahre	Anteil	7 bis unter 15 Jahre	Anteil	15 Jahre und älter	Anteil
Dez 2006	2.296	37,8%	419	27,6%	540	31,0%	1.337	47,5%	137	52,3%
Dez 2007	2.217	36,6%	369	24,8%	537	30,2%	1.311	46,9%	162	54,4%
Dez 2008	2.097	34,8%	312	21,2%	546	30,5%	1.239	44,8%	145	51,4%
Dez 2009	2.025	33,5%	270	19,0%	526	29,2%	1.229	43,6%	166	48,7%
Dez 2010	1.922	32,2%	259	18,8%	481	26,8%	1.182	42,2%	200	51,8%
Dez 2011	1.868	32,1%	239	19,9%	442	25,3%	1.187	41,3%	216	52,9%
Dez 2012	1.895	31,4%	256	20,8%	465	26,4%	1.174	38,6%	159	53,5%
Dez 2013	2.018	31,9%	279	21,2%	514	28,7%	1.225	38,0%	230	50,7%
Dez 2014	2.131	33,7%	311	23,4%	564	31,1%	1.256	38,4%	71	56,8%
Dez 2015	2.316	35,7%	379	28,2%	612	33,8%	1.325	39,7%	79	52,7%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3

Tab. 16: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 15 Jahren (Jahresende)

	insgesamt	Anteil an allen BG	davon mit 1 Kind	Anteil	davon mit 2 Kindern	Anteil	davon mit 3 Kindern	Anteil	davon mit 4 und mehr Kindern	Anteil
Dez 2006	3.454	36,8%	1.704	49,3%	1.116	32,3%	453	13,1%	181	5,2%
Dez 2007	3.384	37,9%	1.606	47,5%	1.133	33,5%	447	13,2%	198	5,9%
Dez 2008	3.336	38,8%	1.575	47,2%	1.100	33,0%	460	13,8%	201	6,0%
Dez 2009	3.349	38,3%	1.582	47,2%	1.110	33,1%	445	13,3%	212	6,3%
Dez 2010	3.318	38,8%	1.560	47,0%	1.116	33,6%	444	13,4%	198	6,0%
Dez 2011	3.220	39,2%	1.510	46,9%	1.062	33,0%	469	14,6%	179	5,6%
Dez 2012	3.344	39,2%	1.566	46,8%	1.114	33,3%	476	14,2%	188	5,6%
Dez 2013	3.527	40,1%	1.654	46,9%	1.167	33,1%	526	14,9%	180	5,1%
Dez 2014	3.581	40,3%	1.683	47,0%	1.192	33,3%	528	14,7%	178	5,0%
Dez 2015	3.613	40,7%	1.695	46,9%	1.199	33,2%	539	14,9%	180	5,0%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 17: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 15 Jahren (Jahresdurchschnitt)

	insgesamt	Anteil an allen BG	davon mit 1 Kind	Anteil	davon mit 2 Kindern	Anteil	davon mit 3 Kindern	Anteil	davon mit 4 und mehr Kindern	Anteil
JD 2006	3.405	35,0%	1.676	49,2%	1.121	32,9%	423	12,4%	185	5,4%
JD 2007	3.462	37,5%	1.674	48,4%	1.148	33,2%	452	13,1%	188	5,4%
JD 2008	3.395	38,5%	1.617	47,6%	1.117	32,9%	463	13,6%	198	5,8%
JD 2009	3.327	38,1%	1.582	47,6%	1.089	32,7%	445	13,4%	210	6,3%
JD 2010	3.375	38,3%	1.606	47,6%	1.109	32,9%	450	13,3%	210	6,2%
JD 2011	3.313	38,8%	1.559	47,1%	1.097	33,1%	463	14,0%	194	5,9%
JD 2012	3.279	38,9%	1.538	46,9%	1.094	33,4%	466	14,2%	182	5,6%
JD 2013	3.447	39,2%	1.636	47,5%	1.127	32,7%	499	14,5%	185	5,4%
JD 2014	3.588	40,0%	1.686	47,0%	1.190	33,2%	538	15,0%	174	4,8%
JD 2015	3.607	40,2%	1.687	46,8%	1.200	33,3%	548	15,2%	173	4,8%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 18: Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahre nach Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)

	insgesamt	in Partner-BG	Anteil	in alleinerziehenden BG	Anteil	davon mit Anzahl von Kindern						in sonstigen BG
						1	Anteil	2	Anteil	3 und mehr	Anteil	
Dez 2006	6.072	3.804	62,6%	2.268	37,4%	749	33,0%	859	37,9%	660	29,1%	0
Dez 2007	6.063	3.853	63,5%	2.209	36,4%	701	31,7%	821	37,2%	687	31,1%	1
Dez 2008	6.029	3.747	62,1%	2.280	37,8%	729	32,0%	837	36,7%	714	31,3%	2
Dez 2009	6.036	3.772	62,5%	2.261	37,5%	754	33,3%	830	36,7%	677	29,9%	3
Dez 2010	5.977	3.792	63,4%	2.183	36,5%	731	33,5%	819	37,5%	633	29,0%	2
Dez 2011	5.826	3.736	64,1%	2.088	35,8%	712	34,1%	824	39,5%	552	26,4%	2
Dez 2012	6.031	3.633	60,2%	2.347	38,9%	787	33,5%	907	38,6%	653	27,8%	51
Dez 2013	6.331	3.776	59,6%	2.500	39,5%	822	32,9%	970	38,8%	708	28,3%	55
Dez 2014	6.413	3.885	60,6%	2.448	38,2%	831	33,9%	945	38,6%	712	29,1%	80
Dez 2015	6.491	4.017	61,9%	2.431	37,5%	756	31,1%	925	38,1%	750	30,9%	43

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3

Tab. 19: Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG)

	insgesamt	Single-BG	Anteil	Alleinerziehenden-BG	Anteil	Partner-BG	Anteil	Ø Personenzahl/BG
Dez 2006	9.388	4.545	48,4%	1.645	17,5%	2.946	31,4%	2,13
Dez 2007	8.927	3.987	44,7%	1.595	17,9%	3.173	35,5%	2,17
Dez 2008	8.592	3.756	43,7%	1.640	19,1%	3.019	35,1%	2,19
Dez 2009	8.748	3.860	44,1%	1.660	19,0%	3.013	34,4%	2,17
Dez 2010	8.544	3.757	44,0%	1.567	18,3%	2.981	34,9%	2,18
Dez 2011	8.207	3.564	43,4%	1.556	19,0%	2.867	34,9%	2,19
Dez 2012	8.541	4.081	47,8%	1.692	19,8%	2.526	29,6%	2,19
Dez 2013	8.785	4.084	46,5%	1.824	20,8%	2.644	30,1%	2,20
Dez 2014	8.890	4.104	46,2%	1.826	20,5%	2.747	30,9%	2,21
Dez 2015	8.868	4.047	45,6%	1.774	20,0%	2.835	32,0%	2,23

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Anmerkung: Zur Aufsummierung der Anteile auf 100 Prozent fehlen weitere, hier nicht aufgeführte Arten von Bedarfsgemeinschaften

Tab. 20: SGB II-Quoten nach ausgewählten Nationalitäten

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Offenbach	20,7%	19,9%	19,3%	19,5%	18,8%	17,8%	18,1%	18,3%	18,3%	17,9%
Deutschland	17,0%	16,2%	15,9%	15,9%	15,4%	14,7%	15,2%	15,4%	15,2%	14,8%
Ausland gesamt	27,9%	27,0%	25,7%	26,1%	24,8%	22,9%	22,9%	23,0%	23,1%	22,4%
Afghanistan	67,1%	72,7%	75,9%	77,4%	80,3%	81,4%	77,7%	74,7%	72,4%	45,8%
Bulgarien	12,4%	4,6%	3,8%	4,5%	5,0%	6,8%	12,7%	19,3%	25,5%	30,6%
Griechenland	16,6%	15,8%	15,7%	16,6%	16,8%	15,9%	17,7%	21,1%	21,9%	22,6%
Indien	32,2%	33,6%	39,6%	40,0%	46,5%	36,0%	30,8%	27,0%	23,1%	21,6%
Italien	29,9%	29,6%	27,3%	26,7%	26,1%	24,3%	25,4%	26,4%	26,3%	27,3%
Jugoslawien*	20,0%	19,4%	16,8%	15,9%	15,2%	14,8%	16,1%	15,3%	15,1%	15,1%
Litauen	17,8%	15,7%	18,8%	18,4%	19,6%	15,2%	16,9%	18,1%	23,1%	22,8%
Marokko	43,9%	49,5%	50,6%	52,6%	52,8%	49,1%	46,2%	44,8%	44,9%	44,4%
Pakistan	63,8%	67,3%	69,0%	72,7%	76,6%	72,5%	64,7%	56,9%	46,9%	42,0%
Polen	13,2%	11,7%	10,7%	11,1%	10,2%	9,8%	11,6%	12,1%	13,0%	11,3%
Portugal	13,8%	12,7%	12,3%	14,8%	13,3%	12,6%	14,8%	14,9%	14,8%	16,0%
Rumänien	23,9%	16,0%	12,5%	12,2%	11,4%	9,9%	10,7%	11,9%	14,8%	16,1%
Spanien	14,4%	13,4%	10,5%	12,5%	16,2%	15,6%	20,9%	19,6%	21,9%	23,7%
Türkei	35,2%	34,5%	34,2%	35,0%	34,4%	32,8%	33,0%	33,3%	32,4%	31,3%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3. *in den Grenzen von 1989

	Dezember 2015		Dezember 2014		Dezember 2014-2015		Dezember 2006-2015	
	Bev	LB	Bev	LB	Bev	LB	Bev	LB
Offenbach*	110.389	19.802	107.450	19.684	2,7%	0,6%	14,4%	-0,8%
Deutschland	66.029	9.790	65.830	9.997	0,3%	-2,1%	3,4%	-9,6%
Ausland gesamt	44.360	9.955	41.620	9.627	6,6%	3,4%	35,8%	9,3%
Afghanistan	548	390	548	397	55,5%	-1,8%	42,2%	-3,0%
Bulgarien	3.591	1.100	3.182	810	12,9%	35,8%	2376,6%	6011,1%
Griechenland	4.141	951	4.141	906	1,8%	5,0%	28,3%	73,9%
Indien	412	89	399	92	3,3%	-3,3%	42,6%	-4,3%
Italien	3.471	946	3.460	911	0,3%	3,8%	-3,1%	-11,6%
Jugoslawien**	6.789	947	6.173	930	10,0%	1,8%	8,9%	-24,2%
Litauen	430	98	424	98	1,4%	0,0%	100,9%	157,9%
Marokko	1.059	456	1.059	475	-2,9%	-4,0%	-29,6%	-29,0%
Pakistan	788	331	731	343	7,8%	-3,5%	12,9%	-25,6%
Polen	4.315	516	4.315	560	5,5%	-7,9%	161,6%	125,3%
Portugal	762	122	759	112	0,4%	8,9%	14,4%	32,6%
Rumänien	3.696	633	3.696	546	6,4%	15,9%	702,7%	441,0%
Spanien	704	167	643	141	9,5%	18,4%	81,0%	198,2%
Türkei	5.518	1.728	5.673	1.838	-2,7%	-6,0%	-18,5%	-27,5%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3. * Enthält zusätzlich die Fälle „staatenlos“, „ungeklärt“ und „ohne Angabe“.

**in den Grenzen von 1989

	Arbeitslose im SGB II	Anteil an allen ELB	ALG I-Vorbezieher	Anteil an allen ELB	ALG I-Vorbezieher der letzten 3 Monate	Anteil an allen ELB
Dez 2006	4.990	36,6%	2.864	21,2%	1.006	7,4%
Dez 2007	5.249	40,3%	2.782	21,4%	932	7,2%
Dez 2008	4.396	35,2%	2.716	21,7%	787	6,3%
Dez 2009	4.592	36,5%	2.994	23,8%	858	6,8%
Dez 2010	4.128	33,7%	3.113	25,4%	868	7,1%
Dez 2011	4.509	38,5%	2.999	25,6%	783	6,7%
Dez 2012	4.365	35,3%	3.904	31,6%	362	2,9%
Dez 2013	4.758	37,9%	3.882	31,0%	500	4,0%
Dez 2014	4.881	37,1%	3.893	29,6%	347	2,6%
Dez 2015	4.801	36,5%	3.855	29,3%	382	2,9%

Quelle: BA/Statistik-Service Südwest. Berechnung Amt 81.3. Endgültige Werte

	Arbeitslose insgesamt SGB II/III	darunter Arbeitslose SGB II*	Arbeitslosenquote (ALQ)*	darunter ALQ* SGB II	Unterbeschäftigung im engeren Sinne insgesamt	darunter Unterbeschäftigung SGB II	Unterbeschäftigungsquote (UBQ)*	Darunter UBQ* SGB II *
Dez 2009	6.848	5.178	11,4%	8,6%	8.924	6.697	15,0%	11,0%
Dez 2010	6.010	4.671	10,0%	7,7%	9.107	7.474	13,8%	10,8%
Dez 2011	6.144	5.026	10,1%	8,3%	8.557	7.196	13,8%	11,1%
Dez 2012	6.278	4.600	10,3%	7,5%	9.046	7.122	14,6%	11,3%
Dez 2013	6.746	5.069	10,7%	8,1%	8.946	6.976	13,9%	10,7%
Dez 2014	6.889	5.176	10,8%	8,1%	9.126	7.093	14,0%	10,9%
Dez 2015	6.699	5.176	10,1%	7,8%	9.563	7.679	14,1%	11,3%

Quelle: BA. *Monatsaktuelle (daher von endgültigen abweichende) Werte. Quote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. Unterbeschäftigungsquote mit erweitertem Bezug

	mit ALG I (Aufstocker)	Anteil an allen ELB	mit Einkommen aus Erwerbstätigkeit („Ergänzer“)	Anteil an allen ELB	davon mit Einkommen aus			
					abhängiger Erwerbstätigkeit	Anteil	selbstständiger Erwerbstätigkeit	Anteil
Dez 2009	375	3,0%	3.430	27,3%	3.223	94,0%	226	6,6%
Dez 2010	295	2,4%	3.561	29,0%	3.325	93,4%	260	7,3%
Dez 2011	243	2,1%	3.518	30,0%	3.297	93,7%	239	6,8%
Dez 2012	351	2,8%	3.391	27,4%	3.126	92,2%	273	8,1%
Dez 2013	354	2,8%	3.562	28,4%	3.298	92,6%	279	7,8%
Dez 2014	319	2,4%	3.707	28,2%	3.481	93,9%	242	6,5%
Dez 2015	362	2,8%	3.788	28,8%	3.574	94,4%	231	6,1%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 25: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Bruttoeinkommen (BE) aus Erwerbstätigkeit

	ELB mit BE bis 450 Euro	Anteil an allen ELB mit BE	ELB mit 451 bis 850 Euro BE	Anteil an allen ELB mit BE	ELB mit BE mehr als 850 Euro	Anteil an allen ELB mit BE
Dez 2009	1.541	44,9%	840	24,5%	1.049	30,6%
Dez 2010	1.580	44,4%	881	24,7%	1.100	30,9%
Dez 2011	1.368	38,9%	802	22,8%	1.127	32,0%
Dez 2012	1.183	34,9%	827	24,4%	1.116	32,9%
Dez 2013	995	27,9%	1.031	28,9%	1.272	35,7%
Dez 2014*	1255	33,9%	984	26,5%	1.242	33,5%
Dez 2015	1.121	29,6%	1.029	27,2%	1.423	37,6%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. * bis 2013 Werte für Einkommensgrenzen bis 400 Euro, 401-800 Euro, 801 Euro und mehr

Tab. 26: Bedarfsgemeinschaften (BG) nach Leistungsart

	ALG II-Regelleistung	Anteil	Leistungen für Unterkunft	Anteil	Sozialgeld-Regelleistung	Anteil
Dez 2006	8.428	89,8%	8.927	95,1%	2.116	22,5%
Dez 2007	7.961	89,2%	8.504	95,3%	2.039	22,8%
Dez 2008	7.578	88,2%	8.152	94,9%	1.898	22,1%
Dez 2009	7.755	88,6%	8.266	94,5%	2.032	23,2%
Dez 2010	7.513	87,9%	8.107	94,9%	1.844	21,6%
Dez 2011	7.180	87,5%	7.771	94,7%	1.654	20,2%
Dez 2012	7.514	88,0%	8.159	95,5%	1.698	19,9%
Dez 2013	7.692	87,6%	8.252	93,9%	1.868	21,3%
Dez 2014	7.834	88,1%	8.313	93,5%	1.839	20,7%
Dez 2015	8.868	87,0%	8.321	93,8%	1.865	21,0%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3

Tab. 27: Leistungsberechtigte nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2014-2015	2006-2015
11	Hochschule f. Gestaltung	1.083	1.067	1.017	1.027	897	906	957	988	980	971	-0,9%	-10,3%
12	Wilhelmsschule	1.772	1.711	1.678	1.555	1.499	1.447	1.573	1.606	1.566	1.754	12,0%	-1,0%
13	Messehalle	2.165	2.020	1.999	1.992	1.980	1.874	1.964	2.024	2.028	2.025	-0,1%	-6,5%
14	Kaiserlei	386	418	373	370	320	285	293	335	357	346	-3,1%	-10,4%
15	Ledermuseum	1.587	1.431	1.452	1.473	1.450	1.395	1.431	1.472	1.502	1.495	-0,5%	-5,8%
16	Mathildenschule	1.815	1.761	1.541	1.535	1.515	1.408	1.456	1.611	1.644	1.689	2,7%	-6,9%
21	Klinikum Offenbach	826	851	873	899	825	770	830	865	868	856	-1,4%	3,6%
22	Lauterborn	2.165	2.162	2.103	2.159	2.246	2.175	2.167	2.236	2.264	2.224	-1,8%	2,7%
23	Friedrichsweiher	1.178	1.156	1.160	1.177	1.138	1.064	1.128	1.157	1.233	1.278	3,6%	8,5%
24	Bachschule	851	840	790	818	777	731	771	772	851	806	-5,3%	-5,3%
25	Lichtenplatte	995	973	967	996	1.027	990	1.004	1.029	1.093	1.128	3,2%	13,4%
26	Bieberer Berg	295	274	271	268	306	286	285	332	326	355	8,9%	20,3%
31	Vorderwald Rosenhöhe	718	695	644	654	652	650	631	671	668	622	-6,9%	-13,4%
32	Tempelsee	430	489	517	526	487	513	545	535	541	536	-0,9%	24,7%
33	Bieber	1.863	1.805	1.801	1.833	1.891	1.893	2.064	2.049	2.080	1.988	-4,4%	6,7%
41	Mühlheimer Straße	273	280	252	262	271	267	283	280	264	263	-0,4%	-3,7%
42	Waldheim	50	40	42	58	31	38	46	52	65	53	-18,5%	6,0%
43	Bürgel	1.194	1.101	1.032	1.071	1.037	1.020	1.029	1.066	1.106	1.153	4,2%	-3,4%
44	Rumpenheim	199	192	176	191	202	180	185	206	212	231	9,0%	16,1%
	Offenbach*	19.965	19.376	18.796	18.964	18.626*	17.950	18.672	19.321	19.684	19.684	0,6%	-0,8%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember. *Abweichungen von gesamtstädtischen Werten an anderer Stelle sind bedingt durch unterschiedliche Erhebungsstichtage

Tab. 28: Bedarfsgemeinschafts (BG)-Typen / erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Statistischen Bezirken 2015

Nr.	Statistischer Bezirk	BG	mit 2 u. mehr Personen	Anteil an allen BG	mit Kindern	Anteil an allen BG	ELB	alleinerziehende ELB	Anteil an allen ELB	arbeitslose ELB	Anteil an allen ELB
11	Hochschule f. Gestaltung	413	246	59,6%	183	44,3%	623	84	13,5%	241	38,7%
12	Wilhelmschule	733	387	52,8%	296	40,4%	1.071	141	13,2%	420	39,2%
13	Messehalle	911	483	53,0%	373	40,9%	1.310	168	12,8%	506	38,6%
14	Kaiserlei	149	85	57,0%	62	41,6%	218	28	12,8%	74	33,9%
15	Ledermuseum	677	354	52,3%	256	37,8%	989	127	12,8%	359	36,3%
16	Mathildenschule	745	374	50,2%	269	36,1%	1.091	118	10,8%	428	39,2%
21	Klinikum Offenbach	379	211	55,7%	160	42,2%	554	73	13,2%	227	41,0%
22	Lauterborn	925	548	59,2%	418	45,2%	1.355	226	12,2%	481	35,5%
23	Friedrichsweiher	577	264	45,8%	198	34,3%	802	98	10,4%	325	40,5%
24	Bachschule	369	184	49,9%	136	36,9%	505	79	15,6%	187	37,0%
25	Lichtenplatte	491	241	49,1%	190	38,7%	673	88	13,1%	275	40,9%
26	Bieberer Berg	161	78	48,4%	60	37,3%	215	37	17,2%	82	38,1%
31	Vorderwald Rosenhöhe	348	156	44,8%	112	32,2%	467	70	15,0%	181	38,8%
32	Tempelsee	251	138	55,0%	106	42,2%	337	64	19,0%	116	34,4%
33	Bieber	859	509	59,3%	406	47,3%	1.243	224	18,0%	447	36,0%
41	Mühlheimer Straße	134	69	51,5%	46	34,3%	197	26	13,2%	78	39,6%
42	Waldheim	27	12	44,4%	12	44,4%	32	7	21,9%	12	37,5%
43	Bürgel	515	264	51,3%	203	39,4%	699	128	18,3%	257	36,8%
44	Rumpenheim	106	53	50,0%	34	32,1%	141	23	16,3%	52	36,9%
	Offenbach*	8.785	4.664	53,1%	3.527	40,1%	12.539	1.815	14,5%	4.758	37,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember. *einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen

Tab. 29: Bevölkerung 0 bis unter 65 Jahre nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2014-2015	2006-2015
11	Hochschule f. Gestaltung	3.591	3.568	3.586	3.469	3.629	3.769	3.878	3.962	3.981	4.099	3,0%	14,1%
12	Wilhelmschule	6.080	6.162	6.260	6.040	6.310	6.422	6.573	6.886	6.998	7.128	1,9%	17,2%
13	Messehalle	8.296	8.342	8.468	8.439	8.579	8.857	9.005	9.221	9.380	9.289	-1,0%	12,0%
14	Kaiserlei**	1.448	1.485	1.536	1.547	1.605	1.661	1.628	1.736	1.931	2.990	54,8%	106,5%
15	Ledermuseum	7.754	7.855	7.871	7.771	7.950	8.150	8.443	8.687	8.907	9.155	2,8%	18,1%
16	Mathildenschule	5.911	6.039	5.991	5.992	6.176	6.479	6.751	7.036	7.218	7.752	7,4%	31,1%
21	Klinikum Offenbach	4.088	4.107	4.235	4.227	4.340	4.366	4.435	4.527	4.599	4.618	0,4%	13,0%
22	Lauterborn	9.031	9.158	9.128	9.268	9.484	9.560	9.744	9.877	9.995	10.249	2,5%	13,5%
23	Friedrichsweiher	5.956	6.071	6.129	6.156	6.243	6.388	6.563	6.688	6.788	6.816	0,4%	14,4%
24	Bachschule	4.591	4.653	4.593	4.618	4.621	4.749	4.913	4.999	5.165	5.241	1,5%	14,2%
25	Lichtenplatte	6.189	6.213	6.306	6.295	6.395	6.507	6.734	6.917	6.927	7.195	3,9%	16,3%
26	Bieberer Berg	2.153	2.129	2.070	2.049	2.053	2.073	2.096	2.145	2.140	2.155	0,7%	0,1%
31	Vorderwald Rosenhöhe	3.432	3.417	3.418	3.374	3.423	3.517	3.545	3.597	3.687	3.644	-1,2%	6,2%
32	Tempelsee	3.358	3.373	3.433	3.458	3.490	3.583	3.584	3.628	3.621	3.676	1,5%	9,5%
33	Bieber	11.575	11.574	11.484	11.386	11.678	11.752	11.929	11.961	12.036	12.621	0,3%	4,3%
41	Mühlheimer Straße	1.015	995	980	1.018	1.054	1.070	1.127	1.287	1.479	1.621	9,6%	59,7%
42	Waldheim	638	640	621	634	629	720	708	711	693	662	-4,5%	3,8%
43	Bürgel	7.629	7.562	7.357	7.326	7.406	7.477	7.534	7.706	7.859	7.944	1,1%	4,1%
44	Rumpenheim	3.777	3.907	4.006	3.970	3.965	3.970	4.051	4.056	4.046	4.081	0,9%	8,0%
	Offenbach*	96.512	97.250	97.472	97.037	99.030	101.070	103.241	105.627	107.450	110.389	2,7%	14,4%

Quelle: Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember. *einschließlich räumlich nicht zugeordneter Personen. ** Seit dem vierten Quartal 2015 müssen sich ausländische Flüchtlinge und Asylbewerber, die in einer Aufnahmeeinrichtung oder Durchgangsunterkunft wohnen, bei der zuständigen Meldebehörde anmelden. Zwei entsprechende Unterkünfte befinden sich im Statistischen Bezirk Kaiserlei.

Tab. 30: SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken

Nr.	Statistischer Bezirk	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
11	Hochschule f. Gestaltung	30,2%	29,9%	28,4%	29,6%	24,7%	24,0%	24,7%	24,9%	24,6%	23,7%
12	Wilhelmsschule	29,1%	27,8%	26,8%	25,7%	23,8%	22,5%	23,9%	23,3%	22,4%	24,6%
13	Messehalle	26,1%	24,2%	23,6%	23,6%	23,1%	21,2%	21,8%	21,9%	21,6%	21,8%
14	Kaiserlei	26,7%	28,1%	24,3%	23,9%	19,9%	17,2%	18,0%	19,3%	18,5%	11,6%
15	Ledermuseum	20,5%	18,2%	18,4%	19,0%	18,2%	17,1%	16,9%	16,9%	16,9%	16,3%
16	Mathildenschule	30,7%	29,2%	25,7%	25,6%	24,5%	21,7%	21,6%	22,9%	22,8%	21,8%
21	Klinikum Offenbach	20,2%	20,7%	20,6%	21,3%	19,0%	17,6%	18,7%	19,1%	18,9%	18,5%
22	Lauterborn	24,0%	23,6%	23,0%	23,3%	23,7%	22,8%	22,2%	22,6%	22,7%	21,7%
23	Friedrichsweiher	19,8%	19,0%	18,9%	19,1%	18,2%	16,7%	17,2%	17,3%	18,2%	18,8%
24	Bachschule	18,5%	18,1%	17,2%	17,7%	16,8%	15,4%	15,7%	15,4%	16,5%	15,4%
25	Lichtenplatte	16,1%	15,7%	15,3%	15,8%	16,1%	15,2%	14,9%	14,9%	15,8%	15,7%
26	Bieberer Berg	13,7%	12,9%	13,1%	13,1%	14,9%	13,8%	13,6%	15,5%	15,2%	16,5%
31	Vorderwald Rosenhöhe	20,9%	20,3%	18,8%	19,4%	19,0%	18,5%	17,8%	18,7%	18,1%	17,1%
32	Tempelsee	12,8%	14,5%	15,1%	15,2%	14,0%	14,3%	15,2%	14,7%	14,9%	14,6%
33	Bieber	16,1%	15,6%	15,7%	16,1%	16,2%	16,1%	17,3%	17,1%	17,3%	16,5%
41	Mühlheimer Straße	26,9%	28,1%	25,7%	25,7%	25,7%	25,0%	25,1%	21,8%	17,8%	16,2%
42	Waldheim	7,8%	6,3%	6,8%	9,1%	4,9%	5,3%	6,5%	7,3%	9,4%	8,0%
43	Bürgel	15,7%	14,6%	14,0%	14,6%	14,0%	13,6%	13,7%	13,8%	14,1%	14,5%
44	Rumpenheim	5,3%	4,9%	4,4%	4,8%	5,1%	4,5%	4,6%	5,1%	5,2%	5,7%
	Offenbach	20,7%	19,9%	19,3%	19,5%	18,8%	17,8%	18,1%	18,3%	18,3%	17,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember

Tab. 31: Segregationsindex und Anteil von SGB-II-Beziehern an der Bevölkerung

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Segregationsindex IS SGB II	16,3	16,5	15,5	14,9	13,8	12,9	12,8	13,1	12,0	13,0
Anteil SGB II-Bezieher an Gesamtbevölkerung	17,1%	16,4%	15,9%	16,1%	15,6%	14,7%	15,0%	15,2%	15,3%	15,0%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember

Tab. 32: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen

	Bedarfsgemeinschaften				Leistungsberechtigte			
	2014	2015	2014-2015	2006-2015	2014	2015	2014-2015	2006-2015
Bergstraße	7.042	6.970	-1,0%	-18,1%	13.588	13.734	1,1%	-17,1%
Darmstadt, Stadt	6.478	6.708	3,6%	3,8%	13.385	13.675	2,2%	4,9%
Darmstadt-Dieburg	7.419	7.464	0,6%	-6,0%	15.270	15.379	0,7%	-7,4%
Frankfurt/M., Stadt	38.090	38.446	0,9%	2,2%	73.217	74.646	2,0%	5,1%
Fulda	4.764	4.642	-2,6%	-22,1%	9.163	8.974	-2,1%	-27,4%
Gießen	9.895	9.776	-1,2%	-8,8%	18.528	18.333	-1,1%	-14,7%
Groß-Gerau	9.665	9.748	0,9%	11,7%	20.996	21.518	2,5%	13,4%
Hersfeld-Rotenburg	3.071	3.078	0,2%	-21,1%	5.843	5.983	2,4%	-22,8%
Hochtaunuskreis	4.507	4.673	3,7%	11,7%	9.259	9.621	3,9%	9,4%
Kassel	5.811	5.705	-1,8%	-21,5%	11.201	10.850	-3,1%	-28,0%
Kassel, Stadt	11.432	11.385	-0,4%	-26,0%	21.447	21.689	1,1%	-27,4%
Lahn-Dill-Kreis	8.412	8.384	-0,3%	-9,0%	16.278	16.239	-0,2%	-14,8%
Limburg-Weilburg	5.279	5.272	-0,1%	-17,0%	10.958	10.867	-0,8%	-22,6%
Main-Kinzig-Kreis	11.874	11.948	0,6%	5,3%	24.144	24.191	0,2%	3,0%
Main-Taunus-Kreis	4.848	5.028	3,7%	20,7%	9.989	10.359	3,7%	19,8%
Marburg-Biedenkopf	6.411	6.453	0,7%	-18,7%	11.838	11.962	1,0%	-21,5%
Odenwaldkreis	2.896	2.818	-2,7%	1,9%	6.000	5.751	-4,2%	-3,3%
Offenbach	10.369	10.520	1,5%	2,7%	22.530	23.181	2,9%	2,9%
Offenbach/M., Stadt	8.890	8.868	-0,2%	-5,5%	19.684	19.802	0,6%	-0,8%
Rheingau-Taunus-Kreis	3.808	3.861	1,4%	3,0%	7.617	7.739	1,6%	-4,6%
Schwalm-Eder-Kreis	4.525	4.314	-4,7%	-31,6%	8.467	8.029	-5,2%	-38,6%
Vogelsbergkreis	2.430	2.408	-0,9%	-43,2%	4.313	4.259	-1,3%	-48,9%
Waldeck-Frankenberg	4.168	4.017	-3,6%	-27,3%	7.700	7.432	-3,5%	-31,8%
Werra-Meißner-Kreis	3.669	3.591	-2,1%	-26,4%	6.653	6.477	-2,6%	-31,7%
Wetteraukreis	7.742	7.849	1,4%	-10,8%	15.240	15.241	0,0%	-15,9%
Wiesbaden, Stadt	15.344	15.372	0,2%	6,9%	31.378	31.896	1,7%	9,4%
Hessen	208.839	417.827	0,2%	-7,4%	414.686	417.827	0,8%	-8,7%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember

Tab. 33: Leistungsberechtigte nach Bedarfsart in Hessen

	ALG II-Bezieher				Sozialgeld-Bezieher			
	2014	2015	2014-2015	2006-2015	2014	2015	2014-2015	2006-2015
Bergstraße	9.791	9.767	0,2%	-15,7%	3.797	3.698	-2,6%	-25,7%
Darmstadt, Stadt	8.851	8.953	1,2%	-1,7%	4.524	4.495	-0,6%	14,4%
Darmstadt-Dieburg	10.182	10.297	1,1%	-8,8%	5.088	4.788	-5,9%	-9,9%
Frankfurt/M., Stadt	50.736	51.341	1,2%	0,4%	22.470	22.495	0,1%	13,1%
Fulda	6.298	6.079	-3,5%	-27,4%	2.865	2.569	-10,3%	-35,4%
Gießen	13.409	13.056	-2,6%	-15,1%	5.122	4.811	-6,1%	-21,1%
Groß-Gerau	14.033	14.271	1,7%	10,0%	6.963	6.872	-1,3%	14,7%
Hersfeld-Rotenburg	4.054	4.077	0,6%	-24,6%	1.789	1.672	-6,5%	-28,6%
Hochtaunuskreis	6.320	6.588	4,2%	6,9%	2.939	2.928	-0,4%	11,5%
Kassel	7.887	7.466	-5,3%	-30,0%	3.315	3.055	-7,8%	-30,6%
Kassel, Stadt	15.242	15.214	-0,2%	-29,9%	6.202	6.103	-1,6%	-25,0%
Lahn-Dill-Kreis	11.521	11.304	-1,9%	-15,93%	4.757	4.497	-5,5%	-20,0%
Limburg-Weilburg	7.409	7.301	-1,5%	-24,8%	3.547	3.053	-13,9%	-29,5%
Main-Kinzig-Kreis	16.287	16.252	-0,2%	3,7%	7.857	7.500	-4,5%	-3,8%
Main-Taunus-Kreis	6.868	7.039	2,5%	19,1%	3.121	3.164	1,4%	15,7%
Marburg-Biedenkopf	8.315	8.350	0,4%	-21,8%	3.523	3.274	-7,1%	-28,3%
Odenwaldkreis	4.189	3.981	-5,0%	0,2%	1.811	1.659	-8,4%	-16,1%
Offenbach	14.983	15.251	1,8%	2,5%	7.547	7.599	0,7%	-0,4%
Offenbach/M., Stadt	13.146	13.141	0,0%	-3,6%	6.538	6.512	-0,4%	2,8%
Rheingau-Taunus-Kreis	5.323	5.343	0,4%	-3,0%	2.294	2.274	-0,9%	-12,6%
Schwalm-Eder-Kreis	6.002	5.595	-6,8%	-40,2%	2.465	2.071	-16,0%	-44,4%
Vogelsbergkreis	3.086	3.011	-2,4%	-50,0%	1.227	1.002	-18,3%	-56,7%
Waldeck-Frankenberg	5.470	5.196	-5,0%	-34,4%	2.221	1.867	-15,9%	-37,3%
Werra-Meißner-Kreis	4.788	4.583	-4,3%	-34,8%	1.863	1.679	-9,9%	-31,4%
Wetteraukreis	10.750	10.718	-0,3%	-15,7%	4.472	4.141	-7,4%	-23,4%
Wiesbaden, Stadt	21.095	21.268	0,8%	8,6%	10.283	10.274	-0,1%	7,3%
Hessen	286.035	285.442	-0,2%	-10,8%	128.600	124.052	-3,5%	-9,9%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember

Tab. 34: Durchschnittliche Personenstärke und Relationen in Bedarfsgemeinschaften (BG) Hessens

	LB/BG 2015	LB/BG 2014	LB/BG 2006-2014	ALG II- Bezieher/ BG 2015	ALG II- Bezieher/ BG 2014	ALG II- Bezieher/BG 2006-2015	Sozialgeld- Bezieher/BG 2015	Sozialgeld- Bezieher/BG 2014	Sozialgeld- Bezieher/BG 2006-2015
Bergstraße	1,97	1,93	-0,9%	1,40	1,39	3,1%	0,53	0,54	-9,3%
Darmstadt, Stadt	2,04	2,07	2,5%	1,32	1,37	-6,3%	0,67	0,70	10,2%
Darmstadt-Dieburg	2,06	2,06	-1,6%	1,36	1,37	-4,1%	0,64	0,69	-4,2%
Frankfurt/M., Stadt	1,94	1,92	1,8%	1,32	1,33	-2,9%	0,59	0,59	10,7%
Fulda	1,93	1,92	-7,3%	1,36	1,32	-3,5%	0,55	0,60	-17,1%
Gießen	1,88	1,87	-6,5%	1,37	1,36	-4,4%	0,49	0,52	-13,4%
Groß-Gerau	2,21	2,17	-0,1%	1,44	1,45	-3,2%	0,70	0,72	2,7%
Hersfeld-Rotenburg	1,94	1,90	-4,2%	1,32	1,32	-4,9%	0,54	0,58	-9,5%
Hochtaunuskreis	2,06	2,05	-2,2%	1,35	1,40	-8,2%	0,63	0,65	-0,2%
Kassel	1,90	1,93	-7,0%	1,38	1,36	-5,8%	0,54	0,57	-11,6%
Kassel, Stadt	1,91	1,88	-3,3%	1,34	1,33	-5,1%	0,54	0,54	1,4%
Lahn-Dill-Kreis	1,94	1,94	-6,5%	1,37	1,37	-5,8%	0,54	0,57	-12,1%
Limburg-Weilburg	2,06	2,08	-6,0%	1,41	1,40	-8,0%	0,58	0,67	-15,0%
Main-Kinzig-Kreis	2,02	2,03	-1,7%	1,36	1,37	-1,3%	0,63	0,66	-8,7%
Main-Taunus-Kreis	2,06	2,06	-0,7%	1,37	1,42	-3,7%	0,63	0,64	-4,1%
Marburg-Biedenkopf	1,85	1,85	-3,8%	1,29	1,30	-4,2%	0,51	0,55	-11,8%
Odenwaldkreis	2,04	2,07	-3,7%	1,49	1,45	3,5%	0,59	0,63	-17,7%
Offenbach	2,20	2,17	-1,1%	1,42	1,44	-2,0%	0,72	0,73	-3,0%
Offenbach/M., Stadt	2,23	2,21	4,1%	1,48	1,48	2,1%	0,73	0,74	8,8%
Rheingau-Taunus-	2,00	2,00	-7,6%	1,38	1,40	-6,2%	0,59	0,60	-15,1%
Schwalm-Eder-Kreis	1,86	1,87	-9,8%	1,39	1,33	-6,2%	0,48	0,54	-18,7%
Vogelsbergkreis	1,77	1,77	-9,7%	1,28	1,27	-9,7%	0,42	0,50	-23,9%
Waldeck-	1,85	1,85	-6,4%	1,36	1,31	-5,1%	0,46	0,53	-13,8%
Werra-Meißner-Kreis	1,80	1,81	-6,6%	1,33	1,30	-7,5%	0,47	0,51	-6,8%
Wetteraukreis	1,94	1,97	-4,4%	1,37	1,39	-5,2%	0,53	0,58	-14,1%
Wiesbaden, Stadt	2,07	2,04	0,9%	1,37	1,37	0,8%	0,67	0,67	0,4%
Hessen	2,00	1,99	-1,9%	1,37	1,37	-3,4%	0,59	0,62	-2,7%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember

Tab. 35: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Hessen 2015

	BG mit Kindern unter 15 Jahre	davon mit 1 Kind	Anteil	davon mit 2 Kindern	Anteil	davon mit 3 Kindern	Anteil	davon mit 4 und mehr Kindern	Anteil
Bergstraße	2.176	1.129	51,9%	658	30,2%	275	12,6%	114	5,2%
Darmstadt, Stadt	2.428	1.183	48,7%	804	33,1%	318	13,1%	123	5,1%
Darmstadt-Dieburg	2.689	1.407	52,3%	837	31,1%	311	11,6%	134	5,0%
Frankfurt/M., Stadt	12.796	6.277	49,1%	4.312	33,7%	1.620	12,7%	587	4,6%
Fulda	1.613	889	55,1%	496	30,8%	161	10,0%	67	4,2%
Gießen	2.931	1.563	53,3%	905	30,9%	356	12,1%	107	3,7%
Groß-Gerau	3.863	1.866	48,3%	1.270	32,9%	528	13,7%	199	5,2%
Hersfeld-Rotenburg	1.029	512	49,8%	357	34,7%	118	11,5%	42	4,1%
Hochtaunuskreis	1.652	800	48,4%	552	33,4%	215	13,0%	85	5,1%
Kassel	1.873	1.050	56,1%	597	31,9%	171	9,1%	55	2,9%
Kassel, Stadt	3.573	1.896	53,1%	1.096	30,7%	437	12,2%	144	4,0%
Lahn-Dill-Kreis	2.725	1.471	54,0%	842	30,9%	309	11,3%	103	3,8%
Limburg-Weilburg	1.898	940	49,5%	641	33,8%	226	11,9%	91	4,8%
Main-Kinzig-Kreis	4.262	2.184	51,2%	1.390	32,6%	514	12,1%	174	4,1%
Main-Taunus-Kreis	1.869	971	52,0%	619	33,1%	216	11,6%	63	3,4%
Marburg-Biedenkopf	2.011	1.096	54,5%	607	30,2%	223	11,1%	85	4,2%
Odenwaldkreis	927	576	61,3%	282	30,4%	118	12,7%	51	5,5%
Offenbach	4.226	2.034	48,1%	1.386	32,8%	583	13,8%	223	5,3%
Offenbach/M., Stadt	3.613	1.695	46,9%	1.199	33,2%	539	14,9%	180	5,0%
Rheingau-Taunus-Kreis	1.345	697	51,8%	434	32,3%	163	12,1%	51	3,8%
Schwalm-Eder-Kreis	1.341	713	53,2%	433	32,3%	138	10,3%	57	4,3%
Vogelsbergkreis	722	418	57,9%	200	27,7%	73	10,1%	31	4,3%
Waldeck-Frankenberg	1.225	659	53,8%	379	30,9%	125	10,2%	62	5,1%
Werra-Meißner-Kreis	1.057	572	54,1%	337	31,9%	122	11,5%	26	2,5%
Wetteraukreis	2.603	1.415	54,4%	806	31,0%	275	10,6%	107	4,1%
Wiesbaden, Stadt	5.724	2.905	50,8%	1.860	32,5%	702	12,3%	257	4,5%
Hessen	71.573	36.818	51,0%	23.299	32,3%	8.836	12,2%	3.218	4,5%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. Jeweils Dezember

Tab. 36: Bewilligte Leistungen nach Leistungsart

	insgesamt	ALG II (ohne LfU)	Sozialgeld (ohne LfU)	Leistungen für Unterkunft u. Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Sonstige Leistungen
2006	109.264.442 €	40.647.733 €	2.716.220 €	42.005.352 €	23.462.626 €	432.512 €
2007	99.021.621 €	38.267.848 €	2.643.933 €	41.537.653 €	16.247.039 €	325.148 €
2008	93.757.733 €	35.582.080 €	2.452.109 €	39.811.552 €	15.578.186 €	333.806 €
2009	94.722.995 €	35.119.666 €	2.761.183 €	40.398.968 €	16.102.454 €	340.724 €
2010	96.985.624 €	35.523.388 €	2.328.943 €	41.858.675 €	16.155.223 €	1.119.395 €
2011	90.541.144 €	33.892.826 €	1.935.475 €	41.931.399 €	11.812.528 €	968.916 €
2012*	91.105.606 €	34.214.181 €	1.816.640 €	42.898.543 €	11.835.672 €	340.569 €
2013	96.927.887 €	36.441.655 €	2.076.544 €	45.397.149 €	12.698.132 €	314.406 €
2014*	101.651.876 €	38.130.820 €	2.312.493 €	47.830.920 €	13.199.210 €	178.433 €
2015	102.850.599 €	38.220.841 €	2.325.610 €	48.345.270 €	13.784.582 €	174.298 €

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. * Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen

Tab. 37: Bewilligte Leistungen nach Anteilen an Gesamtleistung

	ALG II (ohne LfU)	Sozialgeld (ohne LfU)	Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	Sozialversicherungsbeiträge	Sonstige Leistungen
2006	37,2%	2,5%	38,4%	21,5%	0,4%
2007	38,6%	2,7%	41,9%	16,4%	0,3%
2008	38,0%	2,6%	42,5%	16,6%	0,4%
2009	37,1%	2,9%	42,6%	17,0%	0,4%
2010	36,6%	2,4%	43,2%	16,7%	1,2%
2011	37,4%	2,1%	46,3%	13,0%	1,1%
2012*	37,6%	2,0%	47,1%	13,0%	0,4%
2013	37,6%	2,1%	46,8%	13,1%	0,3%
2014*	37,5%	2,3%	47,1%	13,0%	0,2%
2015	37,2%	2,3%	47,0%	13,4%	0,2%

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. *Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen

Tab. 38: Leistungen pro Monat nach Leistungsart

	ALG II Regelleistung	Sozialgeld Regelleistung	Leistungen für Unterkunft/Heizung (nur laufende Kosten)
2006	357 €	105 €	380 €
2007	359 €	105 €	393 €
2008	353 €	103 €	396 €
2009	354 €	109 €	406 €
2010	355 €	92 €	410 €
2011	353 €	92 €	423 €
2012*	361 €	90 €	440 €
2013	368 €	93 €	454 €
2014*	377 €	98 €	472 €
2015	381 €	101 €	454 €

Quelle: BA. Berechnung Amt 81.3. *Für Januar und Februar 2012 sowie Januar 2014 standen keine Daten der BA zur Verfügung. Ersatzweise wurde für die Berechnung der Durchschnittswert der übrigen Monatswerte des jeweiligen Jahres genommen

	Zielwert 2015	Erreichter Wert	Zielabweichung	Zielerreichung
Ausgaben für passive Leistungen zum Lebensunterhalt	Max. 58 Mio. €	57,0 Mio. €	- 1,7 %	Ja
Ausgaben für Kosten der Unterkunft und Heizung	Max. 51 Mio. €	52,8 Mio. €	+ 3,5 %	Nein
Integration in Erwerbstätigkeit	Mind. 24,3 %	26,0 %	+ 1,7 %-Punkte	Ja
Integration in Erwerbsarbeit von Alleinerziehenden	Mind. 17,5 %	21,3 %	+ 3,8 %-Punkte	Ja
Langfristiger Leistungsbezug	Max. + 2,5 %	+ 0,1 %	- 2,4 %-Punkte	Ja
Nachhaltigkeit der Integrationen	Mind. 61 %	63,5 %	+ 2,5 %	Ja
Lernförderung im Rahmen der BuT-Leistungen	Mind. 377	464	+ 23,1 %	Ja
Inanspruchnahme BuT-Leistungen	73 %	91 %	+ 18 %-Punkte	Ja

Quelle: MainArbeit: Geschäftsjahr 2015 – Bericht der Geschäftsführung. Berechnung Amt 81.3

7.4 Tabellen zu Kapitel 3 (SGB XII)

	Bedarfs- gemeinschaften	Personen	darunter			
			weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil
Dez 2006	2.123	2.359	1.294	54,9%	872	37,0%
Dez 2007	2.305	2.554	1.382	54,1%	890	34,8%
Dez 2008	2.506	2.778	1.467	52,8%	969	34,9%
Dez 2009	2.595	2.848	1.495	52,5%	1.004	35,3%
Dez 2010	2.728	2.982	1.563	52,4%	1.046	35,1%
Dez 2011	2.849	3.094	1.602	51,8%	1.078	34,8%
Dez 2012	2.895	3.267	1.699	52,0%	1.181	36,1%
Dez 2013	3.058	3.371	1.732	51,4%	1.172	34,8%
Dez 2014	3.130	3.455	1.781	51,5%	1.248	36,1%
Dez 2015	3.341	3.584	1.792	50,0%	1.358	37,9%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

	0-6 Jahre	7-17 Jahre	18-64 Jahre	Anteil 0-64 Jahre	65-74 Jahre	75-84 Jahre	ab 85 Jahre	Anteil 65 und älter
Dez 2006	110	101	811	43,3%	1.250		85	56,6%
Dez 2007	137	104	921	45,5%	1.286		106	54,5%
Dez 2008	173	104	1.027	46,9%	1.367		107	53,1%
Dez 2009	173	118	1.069	47,8%	960	434	94	52,2%
Dez 2010	173	154	1.140	49,2%	969	430	116	50,8%
Dez 2011	160	181	1.164	48,6%	1.020	451	119	51,4%
Dez 2012	177	201	1.181	47,7%	1.075	517	116	52,3%
Dez 2013	193	230	1.210	48,4%	1.093	537	108	51,6%
Dez 2014	185	233	1.246	48,2%	1.127	551	113	51,8%
Dez 2015	207	239	1.256	47,5%	1.184	580	118	52,5%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

	BG	Anteil an allen BG	Personen	davon wegen				darunter				Personen auch mit HbL *
				Alters	Anteil	Erwerbsminderung	Anteil	weiblich	Anteil	nicht-deutsch	Anteil	
Dez 2006	1.620	76,3%	1.808	1.232	68,1%	576	31,9%	1.032	57,1%	715	39,5%	300
Dez 2007	1.765	76,6%	1.982	1.292	65,2%	690	34,8%	1.117	56,4%	765	38,6%	573
Dez 2008	1.891	75,5%	2.127	1.383	65,0%	744	35,0%	1.183	55,6%	807	37,9%	600
Dez 2009	2.005	77,3%	2.217	1.391	62,7%	826	37,3%	1.222	55,1%	853	38,5%	593
Dez 2010	2.101	77,0%	2.329	1.424	61,1%	905	38,9%	1.271	54,6%	898	38,6%	635
Dez 2011	2.200	77,2%	2.421	1.496	61,8%	925	38,2%	1.310	54,1%	938	38,7%	668
Dez 2012	2.221	76,7%	2.562	1.617	63,1%	945	36,9%	1.379	53,8%	1.035	40,4%	654
Dez 2013	2.328	76,1%	2.613	1.633	62,5%	980	37,5%	1.400	53,6%	1.004	38,4%	640
Dez 2014	2.412	77,1%	2.709	1.686	62,2%	1.023	37,8%	1.437	53,0%	1.081	39,9%	611
Dez 2015	2.569	76,9%	2.800	1.780	63,6%	1.020	36,4%	1.449	51,8%	1.157	41,3%	555

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. *Hilfe in besonderen Lebenssituationen

Tab. 43: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, Kap. 3 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	darunter				Personen auch mit HbL*
				weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil	
Dez 2006	175	8,2%	181	90	49,7%	66	36,5%	11
Dez 2007	189	8,2%	198	97	49,0%	57	28,8%	20
Dez 2008	229	9,1%	237	115	48,5%	80	33,8%	26
Dez 2009	239	9,2%	254	119	46,9%	77	30,3%	28
Dez 2010	227	8,3%	243	109	44,9%	80	32,9%	25
Dez 2011	236	8,3%	248	114	46,0%	66	26,6%	24
Dez 2012	236	8,2%	250	124	49,6%	61	24,4%	26
Dez 2013	233	7,6%	246	123	50,0%	67	27,2%	19
Dez 2014	248	7,9%	264	132	50,0%	76	28,8%	19
Dez 2015	262	7,8%	264	121	45,8%	89	33,7%	22

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. *Hilfe in besonderen Lebenssituationen

Tab. 44: Hilfen in besonderen Lebenssituationen mit ausschließlich dieser Leistung (Kap. 5-7 SGB XII)

	BG	Anteil an allen BG	Personen	darunter			
				weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil
Dez 2006	328	15,4%	370	172	46,5%	91	24,6%
Dez 2007	351	15,2%	374	168	44,9%	68	18,2%
Dez 2008	386	15,4%	414	169	40,8%	82	19,8%
Dez 2009	351	13,5%	377	154	40,8%	74	19,6%
Dez 2010	400	14,7%	410	183	44,6%	68	16,6%
Dez 2011	413	14,5%	425	178	41,9%	74	17,4%
Dez 2012	438	15,1%	455	196	43,1%	85	18,7%
Dez 2013	497	16,3%	512	209	40,8%	101	19,7%
Dez 2014	470	15,0%	482	212	44,0%	91	18,9%
Dez 2015	510	15,3%	520	222	42,7%	112	21,5%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 45: Hilfen in besonderen Lebenssituationen insgesamt

	Personen	Anteil an allen Personen	davon		
			HbL+ Grundsicherung	HbL + HLU	ausschließlich HbL
Dez 2006	681	28,9%	300	11	370
Dez 2007	967	37,9%	573	20	374
Dez 2008	1.040	37,4%	600	26	414
Dez 2009	1.034	36,3%	593	28	377
Dez 2010	1.070	35,9%	635	25	410
Dez 2011	1.117	36,1%	668	24	425
Dez 2012	1.135	34,7%	654	26	455
Dez 2013	1.171	34,7%	640	19	512
Dez 2014	1.112	32,2%	611	19	482
Dez 2015	1.097	30,6%	555	22	520

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Werte außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen

Tab. 46: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen (nur Kap. 7 SGB XII)

	Personen	darunter			
		weiblich	Anteil	nichtdeutsch	Anteil
Dez 2006	337	255	75,7%	9	2,7%
Dez 2007	371	277	74,7%	11	3,0%
Dez 2008	356	270	75,8%	9	2,5%
Dez 2009	373	278	74,5%	13	3,5%
Dez 2010	393	287	73,0%	21	5,3%
Dez 2011	409	298	72,9%	20	4,9%
Dez 2012	401	281	70,1%	30	7,5%
Dez 2013	387	285	73,6%	16	4,1%
Dez 2014	418	314	75,1%	21	5,0%
Dez 2015	429	328	76,5%	27	6,3%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3

Tab. 47: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG

	BG	Personen	davon im Alter von						
			0-6 Jahre	7-17 Jahre	18-64 Jahre	Anteil 0-64 Jahre	65-84 Jahre	ab 85 Jahre	Anteil 65 und älter
Dez 2006	134	274	41	76	150	97,4%	6	1	2,6%
Dez 2007	81	157	22	40	92	98,1%	3	0	1,9%
Dez 2008	75	111	13	19	72	93,7%	7	0	6,3%
Dez 2009	83	112	9	14	82	93,8%	7	0	6,3%
Dez 2010	82	112	13	12	79	92,9%	8	0	7,1%
Dez 2011	99	134	10	26	87	91,8%	11	0	8,2%
Dez 2012	104	145	15	23	93	90,3%	14	0	9,7%
Dez 2013	108	150	12	27	98	91,3%	12	1	8,7%
Dez 2014	104	145	8	26	99	91,7%	11	1	8,3%
Dez 2015	76	93	4	11	67	95,7%	4	0	4,3%

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3

	Ausgaben insgesamt	davon		
		HLU (laufende Leistungen)	Grundsicherung (laufende Leistungen)	HbL
2007[1]	21.453.715,05 €	916.181,82 €	9.733.791,55 €	10.683.001,22 €
2008	22.217.201,50 €	935.770,32 €	10.235.469,02 €	11.045.962,16 €
2009	24.586.815,68 €	1.245.587,20 €	12.164.890,30 €	11.176.338,18 €
2010	26.412.396,00 €	1.178.429,33 €	12.768.830,37 €	12.465.136,30 €
2011	27.292.121,53 €	1.271.528,70 €	13.594.862,73 €	12.425.730,10 €
2012	28.578.285,63 €	1.263.672,46 €	14.311.588,82 €	13.003.024,35 €
2013	30.432.364,05 €	1.545.058,93 €	15.976.203,26 €	12.911.101,86 €
2014	30.527.755,94 €	1.280.551,27 €	16.225.560,38 €	13.021.644,29 €
2015	32.974.672,11 €	1.375.439,81 €	17.291.257,44 €	14.307.974,86 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07)

	Grundsicherung (laufende Leistungen)	darunter: Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)	Anzahl Personen [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	darunter: durchschnittliche KdU/Person/Monat
2007 [1]	9.733.791,55 €	5.875.374,48 €	1.982	409,25 €	247,03 €
2008	10.235.469,02 €	6.080.226,77 €	2.127	401,01 €	238,22 €
2009	12.164.890,30 €	7.074.858,93 €	2.217	457,26 €	265,93 €
2010	12.768.830,37 €	7.493.073,63 €	2.329	456,88 €	268,11 €
2011	13.594.862,73 €	7.979.020,12 €	2.421	467,95 €	274,65 €
2012	14.311.588,82 €	8.312.606,33 €	2.562	465,51 €	270,38 €
2013	15.976.203,26 €	8.428.603,51 €	2.613	509,51 €	268,80 €
2014	16.225.560,38 €	8.830.533,45 €	2.709	499,13 €	271,64 €
2015	17.291.257,44 €	9.666.778,96 €	2.800	514,62 €	287,70 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Stichtag jeweils 31.12., Ausgabenwerte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

	HbL Kap. 5-7 einschließlich Mischfälle	Anzahl Personen Kap. 5-7 [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	HbL Kap. 9
2007 [1]	10.340.332,81 €	967	931,03 €	342.668,41 €
2008	10.789.441,26 €	1.040	885,09 €	256.520,90 €
2009	10.904.312,34 €	1.034	692,46 €	272.025,84 €
2010	12.180.645,90 €	1.070	809,00 €	284.490,40 €
2011	12.148.846,23 €	1.117	906,36 €	276.883,87 €
2012	12.639.715,86 €	1.135	928,03 €	363.308,49 €
2013	12.630.569,48 €	1.171	898,84 €	280.532,38 €
2014	12.804.272,27 €	1.112	959,55 €	217.372,02 €
2015	14.111.506,59 €	1.097	1.071,98 €	196.468,27 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Stichtag jeweils 31.12. Werte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

	HLU (laufende Leistungen)	darunter: Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU)	Anzahl Personen [2]	durchschnittlich pro Person/Monat	darunter: durchschnittliche KdU Person/Monat
2007 [1]	916.181,82 €	410.714,56 €	198	385,59 €	172,85 €
2008	935.770,32 €	443.588,88 €	237	329,03 €	155,97 €
2009	1.245.587,20 €	612.744,76 €	254	408,66 €	201,03 €
2010	1.178.429,33 €	613.535,81 €	243	404,13 €	210,40 €
2011	1.271.528,70 €	662.390,82 €	248	427,26 €	222,58 €
2012	1.263.672,46 €	664.226,48 €	250	421,22 €	221,41 €
2013	1.545.058,93 €	697.658,62 €	246	523,39 €	236,33 €
2014	1.280.551,27 €	390.666,01 €	264	404,21 €	123,32 €
2015	1.375.439,81 €	393.191,45 €	264	434,17 €	124,11 €

Quelle: Amt 50. Berechnung Amt 81.3. Außerhalb von Einrichtungen, einschließlich Kontingentflüchtlingen. [1] Rechnungsjahr (01.12.06-30.11.07); [2] Jeweils Stichtag 31.12., Werte pro Monat sind rechnerische Annäherungen

Tab. 52: Ausgaben Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen

2007*	4.895.161,98 €
2008	4.122.001,46 €
2009	4.225.080,15 €
2010	4.269.260,81 €
2011	4.368.458,22 €
2012	4.799.896,37 €
2013	5.025.894,77 €
2014	4.911.012,79 €
2015	6.038.006,21 €

Quelle: Amt 50, Berechnung Amt 81.3. *Rechnungsjahr 01.12.06-30.11.07

Tab. 53: Ausgaben nach AsylbLG

2007*	1.330.981,32 €
2008	1.087.444,89 €
2009	823.362,70 €
2010	964.880,89 €
2011	1.037.930,05 €
2012	1.446.939,82 €
2013	1.646.451,62 €
2014	1.623.884,53 €
2015	1.189.836,02 €

Quelle: Amt 50, Berechnung 81.3. *Rechnungsjahr 01.12.06-30.11.07

7.5 Tabellen zu Kapitel 4 (Leistungen für Bildung und Teilhabe)

Tab. 54: Anspruchsberechtigte und Anspruchnehmende des Bildungs- und Teilhabepakets 2015

	Anspruchsberechtigte	Anspruchnehmende inklusive Schulbedarf	Quote	Anspruchnehmende ohne Schulbedarf	Quote
SGB II	6.617	6.928	100,0%*	6.003	90,7%
SGB XII	74	74	100,0%	44	59,5%
Asyl	27	27	100,0%	9	33,3%
BKGG	-	882	-	618	-
Summe ohne BKGG	6.718	7.029	-	6.056	90,1%
Summe inkl. BKGG	-	7.911	-	6.674	-

Quelle: Amt 50, MainArbeit. * Rechnerisch höhere Quoten werden bei 100 Prozent gekappt. Der Grund für ihr Zustandekommen liegt in einer methodischen Einschränkung bei der Berechnung der Schülerzahlen (hessenweit einheitliche Schülerquote, jährlich einmal im Februar ermittelt)

Tab. 55: Mit BuT-Leistungen erreichte anspruchsberechtigte Personen in Hessen 2015

	SGB II				SGB XII			
	Anspruchsberechtigte inklusive Schulbedarf	Quote inklusive Schulbedarf	Anspruchsberechtigte ohne Schulbedarf	Quote ohne Schulbedarf	Anspruchsberechtigte inklusive Schulbedarf	Quote inklusive Schulbedarf	Anspruchsberechtigte ohne Schulbedarf	Quote ohne Schulbedarf
Kreis Bergstraße	3.725	100,0%	2.390	66,9%	41	100,0%	26	68,4%
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4.279	93,0%	2.355	51,0%	57	100,0%	17	31,5%
Landkreis Fulda	2.835	91,0%	1.777	57,0%	55	100,0%	40	73,0%
Landkreis Gießen	5.278	100,0%	2.385	47,0%	55	100,0%	35	72,9%
Landkreis Groß-Gerau	5.470	92,5%	3.134	53,2%	61	100,0%	37	63,8%
Landkreis Hersfeld-	1.766	100,0%	1.049	59,0%	32	100,0%	18	69,0%
Hochtaunuskreis	2.559	90,5%	1.378	48,7%	30	100,0%	8	32,0%
Landkreis Kassel	3.142	100,0%	1.815	58,7%	92	100,0%	68	100,0%
Lahn-Dill-Kreis	4.454	93,0%	2.537	53,0%	38	67,9%	33	58,9%
Landkreis Limburg-Weilburg	2.412	84,5%	1.449	50,8%	126	100,0%	20	40,0%
Main-Kinzig-Kreis	6.078	81,4%	3.289	44,0%	83	100,0%	74	100,0%
Main-Taunus-Kreis	2.452	96,0%	1.313	51,0%	40	100,0%	27	69,0%
Landkreis Marburg-Biedenkopf	3.562	92,7%	2.480	64,6%	57	81,4%	38	54,3%
Odenwaldkreis	1.626	79,5%	797	39,0%	58	96,7%	32	53,3%
Landkreis Offenbach	5.673	83,6%	2.854	44,0%	66	100,0%	31	64,6%
Rheingau-Taunus-Kreis	1.779	80,0%	1.744	78,0%	24	65,0%	14	38,0%
Schwalm-Eder-Kreis	1.984	84,4%	1.507	64,1%	35	87,5%	19	47,5%
Vogelsbergkreis	1.111	100,0%	596	55,7%	35	100,0%	22	78,6%
Landkreis Waldeck-	keine Angaben	k.A.	k.A.	k.A.	33	10,3%	16	48,5%
Werra-Meißner-Kreis	1.984	100,0%	1.126	62,9%	57	100,0%	35	49,6%
Wetteraukreis	4.321	7,0%	1.822	40,9%	35	57,4%	20	32,8%
Stadt Darmstadt	keine Angaben	k.A.	2.296	62,4%	97	100,0%	56	59,0%
Stadt Frankfurt am Main	17.328	86,2%	7.903	39,3%	209	68,5%	102	33,4%
Stadt Kassel	9.128	100,0%	5.197	87,2%	226	100,0%	189	100,0%
Stadt Offenbach am Main	6.928	100,0%	6.003	90,7%	74	100,0%	44	59,0%
Landeshauptstadt Wiesbaden	keine Angaben	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.
Hessen insgesamt	99.874	88,5%	59.196	57,0%	1.716	89,4%	1.021	59,9%

Quelle: Hessischer Landkreistag, Erhebung bei den Städten und Landkreisen

Tab. 56: Zahl der Personen mit Inanspruchnahme mindestens einer Leistung für Bildung und Teilhabe 2012-2015

	SGB II				SGB XII				AsylbLG				BKGG			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	1.188	1.507	1.571	1.965	9	10	13	13	1	4	1	3	188	205	209	259
Lernförderung	106	248	377	464	0	1	0	1	2	2	0	0	9	7	16	6
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	3.077	2.942	2.994	2.958	3	8	12	21	1	4	1	6	259	307	322	329
Schulbedarf	4.162	4.118	4.646	4.839	43	47	56	90	57	44	25	25	482	632	608	614
Schülerbeförderung	60	80	84	101	0	0	0	0	0	0	0	0	12	17	11	7
Teilhabe soziales/kulturelles Leben	427	694	1085	1338	3	2	9	9	0	0	0	1	129	131	141	120
Summen *	9.020	9.589	10.757	11.665	58	68	90	134	61	54	27	35	1.079	1.299	1.307	1.335

	Quersummen				Anteil einer Leistung an allen Leistungen			
	2012	2013	2014	2015	2012	2013	2014	2015
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	1.386	1.726	1.794	2.240	14%	16%	15%	17%
Lernförderung	117	258	393	471	1%	2%	3%	4%
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	3.340	3.261	3.329	3.314	33%	30%	27%	25%
Schulbedarf	4.744	4.841	5.335	5.568	46%	44%	44%	42%
Schülerbeförderung	72	97	95	108	1%	1%	1%	1%
Teilhabe soziales/kulturelles Leben	559	827	1235	1468	6%	8%	10%	11%
Summen *	10.218	11.010	12.181	13.169	100%	100%	100%	100%

Quelle: Amt 50, MainArbeit. *Bei Inanspruchnahme mehrerer Leistungsbereiche durch eine und dieselbe Person wird diese mehrfach gezählt

Tab. 57: Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2015

	SGB II	SGB XII	AsylbLG	BKGG	Summen
Ausflüge, Klassen-, Kindergartenfahrten	316.798,00 €	2.805,00	240,00	48.139,73	367.983 €
Lernförderung	250.447,00 €	0,00 €	0,00 €	5.607,00	256.054 €
Mittagsverpflegung (ohne Hort)	894.166,00 €	6.376,70	384,00	87.312,06	988.239 €
Schulbedarf	409.630,00 €	0,00 €	0,00 €	2.244,35	411.874 €
Schülerbeförderung	35.503,00 €	3.973,78	460,00	51.760,00	91.697 €
Teilhabe am sozialen/kulturellen Leben	66.915,00 €	663,40	0,00	10.100,55	77.679 €
Summen	1.973.459,00 €	13.818,88 €	1.084,00 €	205.163,69 €	2.193.526 €

Quelle: Amt 50, MainArbeit

7.6 Tabellen zu Kapitel 5 (Wohnungs- und Obdachlosigkeit)

Tab. 58: Alter von Bewohnern im dezentralen stationären Wohnbereich der Diakonie 2011-2013

18-21 Jahre	22-27 Jahre	28-35 Jahre	36-40 Jahre	41-45 Jahre	46-50 Jahre	51-55 Jahre	56-60 Jahre	61-64 Jahre	65 Jahre und älter	Summe
3	7	15	16	19	15	8	14	4	4	105

Quelle: Diakonisches Werk Offenbach-Dreieich-Rodgau

Tab. 59: Hinweise beim Sozialamt auf unmittelbar drohende Wohnungslosigkeit

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Eingegangene Hinweise im Sozialamt	1.266	1.073	1.202	909	783	793**
Fälle von Beratung mit anschließender Antragsaufnahme	510	382	454	286	180*	

Quelle: Amt 50. *Wert ohne Beratungen wegen Energiezahlungsrückständen; **Nur Hinweise in MainArbeit über Leistungsberechtigte im SGB II

Tab. 60: Untergebrachte Leistungsberechtigte der Zentralen Vermittlung von Unterkünften im Monatsdurchschnitt

	Gesamt						davon in											
							Gemeinschaftsunterkünften					Hotels						
							2010	2011	2012	2013	2014	2015	2010	2011	2012	2013	2014	2015
SGB II	189	206	243	323	373	452	15	155	163	173	182	199	38	51	80	150	191	253
SGB XII (HLU, Grundsicherung)	15	15	19	22	18	20	4	5	7	7	8	31	11	10	12	15	11	36
AsylbLG	18	23	27	31	31	35	15	18	23	20	20	3	5	4	11	10		
Gesamt*	221	244	289	374	422	507	17	178	194	200	210	230	52	65	96	175	212	280

Quelle: ZVU, MainArbeit. *Keine Spaltensummen, sondern Durchschnitt von zwölf Monatssummen, daher sind Rundungsdifferenzen möglich. Berechnung Amt 81.3

Tab. 61: Zahl der Übernachtungen in Notunterkünften über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Gesamt	81.187	89.245	106.227	138.150	155.014	186.433
darunter SGB II-Leistungsberechtigte	69.646	75.482	89.251	118.996	137.268	166.221

Quelle: ZVU, MainArbeit

Tab. 62: Gerichtliche Zwangsräumungen und Einweisungen in Notunterkünfte

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Angeordnete Räumungen	195	174	212	221	253	228	232	235	232	224
Von Räumung betroffene Personen	372	304	372	379	449	448	441	456	408	455
Einweisungen in Notunterkünfte	3	*	*	*	*	11	6	6	5	11
Von Einweisung betroffene Personen	6	*	*	*	3	24	49	49	14	17

Quelle: Amt 32. *Aus Datenschutzgründen nicht ausgewiesen

Tab. 63: Unterbringungen im Frauenhaus in Offenbach

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Zimmer/Schlafplätze im Frauenhaus	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32	12/32
Untergebrachte Frauen aus Offenbach	17	15	9	11	5	11	8	11	1	3
Übernachtungen im Frauenhaus	8.758	8.277	8.223	8.292	8.088	7.596	8.999	8.996	9.473	8.057
Außerhalb Offenbachs Untergebrachte (aus Offenbach/anderen Kommunen)	107	*	*	125	157	170	220	215	125	125

Quelle: Frauen helfen Frauen e.V. im Rahmen des Hessischen Sozialmonitors *keine Angaben vorhanden

7.7 Tabellen zu Kapitel 6 (Zusammenfassung)

Tab. 64: SGB II-Quoten Offenbach

	Sozialbericht Offenbach (Basis: Melderegister)	Bundesagentur für Arbeit (Basis: Statistisches Bundesamt)		Bundesagentur für Arbeit (Basis: Statistisches Bundesamt)
Dez 2006	20,7%	20,6%	JD 2006	20,2%
Dez 2007	19,9%	19,9%	JD 2007	20,4%
Dez 2008	19,3%	19,2%	JD 2008	19,7%
Dez 2009	19,5%	19,4%	JD 2009	19,3%
Dez 2010	18,8%	18,7%	JD 2010	19,4%
Dez 2011	17,8%	19,0%	JD 2011	19,3%
Dez 2012	18,1%	19,4%	JD 2012	19,3%
Dez 2013	18,3%	19,6%	JD 2013	19,7%
Dez 2014	18,3%	20,0%	JD 2014	20,1%
Dez 2015	17,9%	19,7%	JD 2015	19,9%

Quelle: BA, Amt 81.2, Melderegister. Berechnung Amt 81

Tab. 65: SGB II/SGB XII: Leistungsberechtigte (LB), Bevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

	LB SGB II und XII	davon				Gesamtbevölkerung	Anteil aller LB an Gesamtbevölkerung	Erwerbsfähige Bevölkerung (15-64 Jahre)	Anteil Erwerbsfähiger an Gesamtbevölkerung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort	Beschäftigungsquote (Anteil Beschäftigte an Erwerbsfähigen)
		SGB II	Anteil an Gesamtbevölkerung	SGB XII	Anteil an Gesamtbevölkerung						
Dez 2006	22.324	19.965	17,1%	2.359	2,0%	116.923	19,1%	79.098	67,6%	37.195	47,0%
Dez 2007	21.939	19.385	16,4%	2.554	2,2%	117.899	18,6%	79.836	67,7%	38.288	48,0%
Dez 2008	21.579	18.801	15,9%	2.778	2,4%	118.103	18,3%	80.036	67,8%	39.091	48,8%
Dez 2009	21.812	18.964	16,1%	2.848	2,4%	117.718	18,5%	79.536	67,6%	38.580	48,5%
Dez 2010	21.607	18.625	15,6%	2.982	2,5%	119.734	18,0%	81.235	67,8%	39.190	48,2%
Dez 2011	21.044	17.950	14,7%	3.094	2,5%	121.970	17,3%	83.080	68,1%	40.753	49,1%
Dez 2012	21.950	18.683	15,0%	3.267	2,6%	124.261	17,7%	84.912	68,3%	41.824	49,3%
Dez 2013	22.697	19.326	15,2%	3.371	2,7%	126.934	17,9%	86.941	68,5%	42.845	49,3%
Dez 2014	23.139	19.684	15,3%	3.455	2,7%	128.974	17,9%	88.535	68,6%	44.970	50,8%
Dez 2015	23.386	19.802	15,0%	3.584	2,7%	132.068	17,7%	90.982	68,9%	47.552*	53,2%**

Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2. Berechnung Amt 81.3.

* September 2015 letztes verfügbares Datum. ** bezogen auf vorläufigen Bevölkerungswert Sep. 2015

Tab. 66: SGB II/SGB XII: Entwicklungsindex von Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII sowie Bevölkerung

	Gesamtbevölkerung	Leistungsberechtigte SGB II	Leistungsberechtigte SGB XII	Leistungsberechtigte SGB II und SGB XII	Anteil aller Leistungsberechtigten an Bevölkerung (Gesamtquote)	Bevölkerung
Dez 2006	116.923	100	100	100	19,1%	100
Dez 2007	117.899	97	108	98	18,6%	101
Dez 2008	118.103	94	118	97	18,3%	101
Dez 2009	117.718	95	121	98	18,5%	101
Dez 2010	119.734	93	126	97	18,0%	102
Dez 2011	121.970	90	131	94	17,3%	104
Dez 2012	124.261	94	138	98	17,7%	106
Dez 2013	126.934	97	143	102	17,9%	109
Dez 2014	128.974	99	146	104	17,9%	110
Dez 2015	132.068	99	152	105	17,7%	113

Quelle: BA, Amt 50, Amt 81.2. Berechnung Amt 81.3.

7.8 Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildungen

	Seite
Abb. 1: Erwerbsfähige und nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte in Offenbach	4
Abb. 2: Kinder unter 15 Jahren nach BG-Typen	4
Abb. 3: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit eigenem Bruttoeinkommen („Ergänzer“)	5
Abb. 4: Entwicklung Leistungsberechtigte und Bevölkerung nach Nationalitäten	5
Abb. 5: SGB II-Leistungsberechtigte und Quoten nach Nationalitäten	6
Abb. 6: Entwicklung Leistungsberechtigte / Bevölkerung unter 65 Jahren in Statistischen Bezirken	6
Abb. 7: Über- und unterdurchschnittliche SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken	7
Abb. 8: Innerstädtische Segregation im Bezug von SGB II-Leistungen	7
Abb. 9: Entwicklung Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen	8
Abb. 10: Entwicklung Arbeitslosengeld II- und Sozialgeldempfänger in Hessen	8
Abb. 11: SGB II: Leistungen nach Leistungsart	9
Abb. 12: Durchschnittliche monatliche Gesamtleistungen pro Bedarfsgemeinschaft	9
Abb. 13 Durchschnittliche Monatsleistungen nach Leistungsart pro Bedarfsgemeinschaft	9
Abb. 14: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte im SGB XII	11
Abb. 15: Altersstruktur der Leistungsberechtigten im SGB XII	12
Abb. 16: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung	12
Abb. 17: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)	13
Abb. 18: Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL)	13
Abb. 19: Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL), mit Grundsicherung oder HLU	13
Abb. 20: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen	14
Abb. 21: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG	14
Abb. 22: Ausgaben nach Leistungsarten im SGB XII	15
Abb. 23: Quoten der erreichten Personen mit Anspruch auf BuT-Leistungen in Hessen	16
Abb. 24: Bewilligungen von Leistungen für Bildung und Teilhabe	17
Abb. 25: Entwicklung der Inanspruchnahme von BuT-Leistungen	17
Abb. 26: Ausgaben für BuT-Leistungen	17
Abb. 27: Entwicklung SGB II, SGB XII und Bevölkerung sowie Gesamtquote	20

Tabellen

	Seite
Tab. 1: Bevölkerung mit Migrationshintergrund am 31.12.2015 (Hauptwohnsitz)	27
Tab. 2: Sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigung in Offenbach und Vergleichsregionen	27
Tab. 3: Bevölkerungsentwicklung in Offenbach	27
Tab. 4: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte – Basiszahlen (<i>Jahresende</i>)	28
Tab. 5: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte – Basiszahlen (<i>Jahresdurchschnitt</i>)	28
Tab. 6: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (<i>Jahresende</i>)	28
Tab. 7: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Geschlecht und Alter (<i>Jahresdurchschnitt</i>)	28
Tab. 8: Anteile von Altersgruppen von Frauen an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung	29
Tab. 9: Anteile von Altersgruppen an erwerbsfähiger Bevölkerung (15 bis unter 65 Jahre)	29
Tab. 10: Nichtdeutsche erwerbsfähige (ELB)/nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (<i>Jahresende</i>)	29
Tab. 11: Nichtdeutsche erwerbsfähige (ELB)/ nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte (NEF) nach Geschlecht (<i>Jahresdurchschnitt</i>)	29
Tab. 12: Anteile von Altersgruppen Nichtdeutscher an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung	29
Tab. 13: Altersgruppen und Anteile nichterwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF)	30
Tab. 14: Anteile von Altersgruppen nichterwerbsfähiger Leistungsberechtigter (NEF) an jeweiliger Altersgruppe der Bevölkerung	30
Tab. 15: Anteile der Nichtdeutschen an den nichterwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Altersgruppen	30
Tab. 16: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 15 Jahren (<i>Jahresende</i>)	30

Tab. 17: Bedarfsgemeinschaften (BG) mit Kindern unter 15 Jahren (<i>Jahresdurchschnitt</i>).....	31
Tab. 18: Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahre nach Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG).....	31
Tab. 19: Typen von Bedarfsgemeinschaften (BG).....	31
Tab. 20: SGB II-Quoten nach ausgewählten Nationalitäten	31
Tab. 21: Bevölkerung unter 65 Jahre (Bev) und Leistungsberechtigte (LB) nach ausgewählten Nationalitäten	32
Tab. 22: Arbeitslosigkeit im SGB II und ALG I-Vorbezug erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (ELB)	32
Tab. 23: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung.....	32
Tab. 24: Aufstocker und „Ergänzer“ unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (ELB).....	32
Tab. 25: Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) mit Bruttoeinkommen (BE) aus Erwerbstätigkeit	33
Tab. 26: Bedarfsgemeinschaften (BG) nach Leistungsart	33
Tab. 27: Leistungsberechtigte nach Statistischen Bezirken.....	33
Tab. 28: Bedarfsgemeinschafts (BG)-Typen / erwerbsfähige Leistungsberechtigte (ELB) nach Statistischen Bezirken 2015	34
Tab. 29: Bevölkerung 0 bis unter 65 Jahre nach Statistischen Bezirken	34
Tab. 30: SGB II-Quoten nach Statistischen Bezirken	35
Tab. 31: Segregationsindex und Anteil von SGB-II-Beziehern an der Bevölkerung	35
Tab. 32: Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte in Hessen	35
Tab. 33: Leistungsberechtigte nach Bedarfsart in Hessen	36
Tab. 34: Durchschnittliche Personenstärke und Relationen in Bedarfsgemeinschaften (BG) Hessens	36
Tab. 35: Bedarfsgemeinschaften mit Kindern in Hessen 2015.....	37
Tab. 36: Bewilligte Leistungen nach Leistungsart.....	37
Tab. 37: Bewilligte Leistungen nach Anteilen an Gesamtleistung	37
Tab. 38: Leistungen pro Monat nach Leistungsart.....	37
Tab. 39: Ziele und Zielerreichung 2015 für die Umsetzung des SGB II in Offenbach	38
Tab. 40: Bedarfsgemeinschaften/Personen nach Geschlecht/Staatsbürgerschaft	38
Tab. 41: Altersstruktur der Leistungsberechtigten	38
Tab. 42: Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Kap. 4 SGB XII)	38
Tab. 43: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU, Kap. 3 SGB XII)	39
Tab. 44: Hilfen in besonderen Lebenssituationen mit UausschließlichU dieser Leistung (Kap. 5-7 SGB XII).....	39
Tab. 45: Hilfen in besonderen Lebenssituationen insgesamt	39
Tab. 46: Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen (nur Kap. 7 SGB XII)	39
Tab. 47: Altersstruktur der Leistungsberechtigten nach AsylbLG	39
Tab. 48: Ausgaben SGB XII (Kap. 3-4 [laufende Leistungen], Kap. 5-7, 9).....	40
Tab. 49: Ausgaben Grundsicherung	40
Tab. 50: Ausgaben Hilfe in besonderen Lebenssituationen (HbL, Kap. 5-7, 9).....	40
Tab. 51: Ausgaben Hilfen zum Lebensunterhalt (HLU)	40
Tab. 52: Ausgaben Hilfe zur Pflege innerhalb von Einrichtungen	41
Tab. 53: Ausgaben nach AsylbLG	41
Tab. 54: Anspruchsberechtigte und Anspruchnehmende des Bildungs- und Teilhabepakets 2015.....	41
Tab. 55: Mit BuT-Leistungen erreichte anspruchsberechtigte Personen in Hessen 2015	41
Tab. 56: Zahl der Personen mit Inanspruchnahme mindestens einer Leistung für Bildung und Teilhabe 2012-2015.....	42
Tab. 57: Ausgaben im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets 2015	42
Tab. 58: Alter von Bewohnern im dezentralen stationären Wohnbereich der Diakonie 2011-2013.....	42
Tab. 59: Hinweise beim Sozialamt auf unmittelbar drohende Wohnungslosigkeit.....	42
Tab. 60: Untergebrachte Leistungsberechtigte der Zentralen Vermittlung von Unterkünften im Monatsdurchschnitt	42
Tab. 61: Zahl der Übernachtungen in Notunterkünften über die Zentrale Vermittlung von Unterkünften	42
Tab. 62: Gerichtliche Zwangsräumungen und Einweisungen in Notunterkünfte	43
Tab. 63: Unterbringungen im Frauenhaus in Offenbach	43
Tab. 64: SGB II-Quoten Offenbach.....	43
Tab. 65: SGB II/SGB XII: Leistungsberechtigte (LB), Bevölkerung und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	43
Tab. 66: SGB II/SGB XII: Entwicklungsindex von Leistungsberechtigten im SGB II und SGB XII sowie Bevölkerung	43

7.9 Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
ALG I	Arbeitslosengeld I
ALG II	Arbeitslosengeld II
ALQ	Arbeitslosenquote
Amt 50	Sozialamt der Stadt Offenbach
Amt 81.2	Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, Abt. 81.2 Statistik und Wahlen
Amt 81.3	Amt für Arbeitsförderung, Statistik und Integration der Stadt Offenbach, Abt. 81.3 Soziale Stadtentwicklung und Integration, hier: Referat Sozialplanung
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz - Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet
AufnG HE	Hessisches Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen und anderen ausländischen Personen (Hessisches Landesaufnahmegesetz)
BA	Bundesagentur für Arbeit
BG	Bedarfsgemeinschaft
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BuT	Bildung und Teilhabe
bzw.	beziehungsweise
ELB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
ET	Erwerbstätigkeit
ff.	folgende
HbL	Hilfen in besonderen Lebenssituationen
HLU	Hilfe zum Lebensunterhalt
HSL	Hessisches Statistisches Landesamt
JD	Jahresdurchschnitt
k.A.	keine Angaben
Kap.	Kapitel
KdU	Kosten der Unterkunft
LB	Leistungsberechtigte
LfU	Leistungen für Unterkunft und Heizung
LK	Landkreis
NEF	Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte
SGB II	Zweites Buch Sozialgesetzbuch (Grundsicherung für Arbeitssuchende)
SGB III	Drittes Buch Sozialgesetzbuch (Arbeitsförderung)
SGB XII	Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch (Sozialhilfe)
sog.	sogenannte/r
Tab.	Tabelle
UBQ	Unterbeschäftigungsquote
vgl.	vergleiche
ZVU	Zentrale Vermittlung von Unterkünften

Impressum

Magistrat der Stadt Offenbach am Main
Arbeitsförderung, Statistik und Integration
Abteilung 81.3, Referat Sozialplanung
Berliner Straße 100
63065 Offenbach am Main

Tel. 069 8065-2275
Email: ralf.theisen@offenbach.de
Internet: www.offenbach.de/sozialplanung



Über oben genannten Kontakt bzw. QR-Code kann der Bericht im pdf-Dateiformat herunter geladen oder angefordert werden.

August 2016